

**Pressespiegel zum
Hearing der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes
„Aufarbeitung der SED-Diktatur“**

06.06.2006 bis 03.07.2006

**03.07.06 Das Parlament
suk**

DDR-Diktatur. Abgeordnete fordern Konzept zur Aufarbeitung

Kultur und Medien. Der Vorsitzende der so genannten Sabrow-Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Martin Sabrow, hat sich am 28. Juni erstaunt und erfreut über das breite Interesse der Öffentlichkeit an den Empfehlungen der Kommission gezeigt. "Es gibt ein großes Bedürfnis zur Verständigung über den Umgang der zweiten deutschen Diktatur", sagte Sabrow im Kulturausschuss. Die Expertenkommission hatte empfohlen, sich der Thematik aus verschiedenen Perspektiven zu nähern und dabei drei Themengebiete vorgeschlagen: Überwachung und Verfolgung; Mauer und Grenze sowie Herrschaft und Gesellschaft. Das Papier war im Mai vorgestellt worden und hatte ein breites Echo in der Öffentlichkeit zur Folge.

Alle Fraktionen betonten, die Empfehlungen der Kommission seien ein wichtiger Grundstein für ein Konzept zum Umgang mit der kommunistischen Diktatur, das nun schnellstmöglich folgen müsse. Die SPD-Fraktion regte an, die Diktatur müsse im internationalen Vergleich betrachtet werden. Zudem müsse konstatiert werden, dass die Aufarbeitung "faktisch unterfinanziert" sei. Die Fraktion appellierte an Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU), sich dieser "drängenden Haushaltsfrage" schnell anzunehmen. Auch die Union begrüßte das Gutachten. Es sei nötig, über die Aufarbeitung der deutschen Geschichte eine offene Diskussion zu führen. Besorgniserregend seien Zahlen, nach denen über 30 Prozent der Ostdeutschen es ablehnten, die DDR als Diktatur zu bezeichnen. Dies sei "alarmierend". Man beobachte zudem, dass ehemalige Stasi-Funktionäre "immer frecher auftreten" und so der Versuch unternommen werde, einen Unrechtsstaat im Nachhinein "demokratisch aufzupolieren". Dies bestätigten auch die Bündnisgrünen. Man sehe darin den Versuch, "Geschichtsklitterung" zu betreiben. Liberale und Linksfraktion betonten, die Aufarbeitung der DDR-Geschichte sei nicht nur für die Ostdeutschen wichtig, sondern ein gesamtdeutsches Thema. Die Linksfraktion sah den Beginn einer neuen Aufarbeitungsdiskussion. Dabei müsse neben den von der Kommission genannten Themen auch die Kultur einen breiten Raum einnehmen.

02.07.06 Die Welt

WELT.de/dpa

Druck auf die BIRTHLER-Behörde wächst

Die Stasi saß Ende der 60er Jahre in Fraktionsstärke im Bundestag. Wer genau damals als "U-Boot" unterwegs war, will die BIRTHLER-Behörde noch nicht öffentlich sagen.

Berlin - Bundestagspräsident Norbert Lammert und Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) erhalten in den nächsten Tagen Post aus der Berliner BIRTHLER-Behörde. Was ihnen die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der DDR-Staatssicherheit, Marianne BIRTHLER, mitzuteilen hat, wird sich wohl bis in die Formulierungen gleichen: Nach geltendem Recht dürfe sie die Namen von Stasi-registrierten Parlamentariern so lange nicht öffentlich nennen, bis diese als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) überführt sind.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hatte berichtet, daß die vor drei Jahren von den USA zurückgegebenen „Rosenholz“-Dateien der Stasi-Auslandsspionage die Namen von 43 Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages (1969-1972) enthalten. Damit sei die Stasi zur

Zeit der Ostpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten gewesen.

Birther wurde der Vorwurf gemacht, einen entsprechenden Bericht ihrer Forschungsgruppe „Rosenholz“ seit geraumer Zeit zurückzuhalten und die Arbeitsgruppe aufgelöst zu haben. Die Bundesbeauftragte wies dies zwar umgehend zurück, dennoch kam es zu unerwartet giftigen Angriffen. Sie gipfelten in einer Anmerkung des Leiters des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Professor Manfred Wilke, er habe für Birthers Vorgehen „keine andere persönliche Erklärung, als daß sie ihre Wiederwahl zur Bundesbeauftragten im Herbst 2005 nicht gefährden wollte“.

Der Berliner Historiker und Leiter der Gedenkstätte im früheren Stasi-Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, verlangte, die Namen aller damaligen Bundestagsabgeordneten mit Stasi-Vermerk offen zu legen, auch wenn der Nachweis einer IM-Tätigkeit nicht immer zu führen sei.

Die Bundesbeauftragte dürfte dem kaum folgen. Der Rechtsstreit um die Veröffentlichung der Stasi-Akten über Alt-Kanzler Helmut Kohl (CDU) vor einigen Jahren hat die Behörde vorsichtig werden lassen. Denn seither ist gerichtlich klargestellt, daß Namen und Material von Betroffenen nur herausgegeben werden dürfen, wenn diese keine Einwände erheben. Betroffene - das sind Menschen, die ohne ihr Wissen von der Stasi „abgeschöpft“ wurden.

Und zu den Betroffenen, sagt Birther, gehörten wohl auch 38 der 43 Parlamentarier mit Stasi-Vermerk. Nach gegenwärtiger Forschungslage seien nur die drei Abgeordneten William Borm (FDP), Gerhard Flämig (SPD) und Julius Steiner (CDU) IM gewesen. Die Abgeordneten Leo Wagner (CSU) und Karl Wienand (SPD) seien erst Mitte der 1970er Jahre als IM erfaßt worden. Diese fünf Namen sind seit vielen Jahren bekannt. Gewißheit über die anderen 38 Parlamentarier dürfte erst der Bericht bringen, den die Bundesbeauftragte nun für 2007 angekündigt hat.

Kollegen von Wilke und Knabe sehen keinen Grund zur Eile. „Ich bin Frau Birther dankbar dafür, daß sie nicht das Geschäft der schnellen Enthüllung betreibt, sondern Sorgfalt walten läßt“, sagt der Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, Prof. Martin Sabrow. Auch aus Sicht des Historikers Jochen Staadt vom Forschungsverbund SED-Staat hat sich die Bundesbeauftragte nichts zu Schulden kommen lassen: „Ich kann den Vorwurf, dass Frau Birther hier etwas deckeln wollte, aus eigener Erfahrung nicht bestätigen“, sagt Staadt. Das Stasiunterlagen-Gesetz mache der Behörde strenge Vorgaben.

Warum also die ganze Aufregung? Letztlich gehe es auch in dieser Debatte um die Zukunft der Birther-Behörde, sagt Wilke. Die Behörde habe ihre politischen Aufgaben im deutschen Einigungsprozeß 16 Jahre nach dem Ende der DDR erfüllt. Jetzt sei sie vor allem ein wichtiges zeithistorisches Archiv, zu dem die Forschung im Zuge der geplanten Novellierung des Stasiunterlagen-Gesetzes einen leichteren Zugang erhalten müsse.

Doch aus Sicht des Berliner Theologen Richard Schröder sollten sich DDR-Forscher von einer Schließung der Behörde nicht zu viel versprechen. Eine Überführung der Stasiakten ins Bundesarchiv würde nichts am eingeschränkten Zugang zu den Dokumenten ändern, sagte der Vorsitzende des Behörden-Beirates in einer Anhörung zur Zukunft der DDR-Gedenkstätten.

02.07.06 Die Welt

Interview: Sven Felix Kellerhoff und Uwe Müller

"Steht Willy Brandt in der Stasi-Datei?" Marianne Birther über Abgeordnete in den Rosenholz-Akten, Streit mit dem Parlament und Vorwürfe gegen ihre Behörde

DIE WELT: In der Rosenholz-Datei tauchen 43 Abgeordnete des 6. Deutschen Bundestages auf. Nur fünf sind namentlich bekannt. Nach unseren Informationen ist Willy Brandt unter den 38 übrigen. Bestätigen Sie das?

Marianne Birthler: Zu diesen Bundestagsabgeordneten gehören führende Politiker aller Fraktionen. Aber ich werde Ihnen keine Namen nennen. Und zwar nicht, weil ich wortkarg bin, sondern weil ich mich an das Gesetz halte.

WELT: Welchen Grund kann es geben, über eine Person der Zeitgeschichte wie Brandt nicht zu informieren? Hinzu kommt, daß die WELT dazu einen Medienantrag gestellt hat.

Birthler: Früher durften wir Unterlagen zu Personen der Zeitgeschichte selbstverständlich herausgeben. Im Zuge des dreijährigen Rechtsstreits mit Helmut Kohl hat sich das geändert: Wir müssen nun die Betroffenen vor der Herausgabe benachrichtigen.

WELT: Im konkreten Fall handelt es sich größtenteils um verstorbene Persönlichkeiten, da könnten die Unterlagen doch herausgegeben werden.

Birthler: Alle Anträge hierzu, auch der von der WELT, werden ohne Verzögerung bearbeitet. Dabei wird tatsächlich zwischen noch lebenden und bereits verstorbenen Personen zu differenzieren sein, denn letztere können wir nicht benachrichtigen. In diesen Fällen läßt uns das Gesetz bei der Herausgabe größere Spielräume, die in jedem Einzelfall geprüft werden müssen.

WELT: Dessenungeachtet ist Ihr Vorgehen in der Angelegenheit auf Unverständnis in Bundestag und Bundesregierung gestoßen.

Birthler: Das sehe ich anders. Es stimmt, daß einige zum Teil drastisches Unverständnis geäußert haben. Von anderen hingegen habe ich große Unterstützung erfahren und bin darin bestärkt worden, das Gesetz genauestens zu beachten.

WELT: Kulturstaatsminister Bernd Neumann sagt, die Debatte habe dem Ansehen der Behörde geschadet. Unverständlich bleibt, daß der Bundestag nicht schon im April 2005 informiert wurde. Im Stasi-Unterlagen-Gesetz steht: "Der Bundesbeauftragte kann sich jederzeit an den Deutschen Bundestag wenden."

Birthler: Dieser Paragraph ist nicht auf konkrete Sachverhalte in den Akten gemünzt. Das Gesetz enthält klare Regeln, wann wir von uns aus über IM-Belastungen zu informieren haben. Dabei geht es um sogenannte Mitteilungen ohne Ersuchen. Voraussetzungen hierfür sind in diesem Fall nicht gegeben.

WELT: Wir haben eine Kann-Bestimmung zitiert ...

Birthler: ... die hier aber nicht greift. Im Gesetz ist penibel geklärt, unter welchen Bedingungen wir Auskunft zu Personen erteilen dürfen und unter welchen nicht. Das betrifft auch den Bundestag.

WELT: Diesen hätten Sie über den Sachverhalt unterrichten können.

Birthler: Über aktuelle Ergebnisse ist der Bundestag bisher noch nie unterrichtet worden - das wurde von ihm auch noch nicht gefordert.

WELT: Im Gesetz heißt es zudem, daß die Behörde auf Anforderung von Bundestag oder Bundesregierung "Gutachten zu erstellen und Bericht zu erstatten" hat. Wir hören, daß die Politik davon Gebrauch machen will, um zu erreichen, daß die Ergebnisse alsbald veröffentlicht werden.

Birthler: Wenn wir von Bundestag oder Bundesregierung eine Anforderung erhalten, ein Gutachten über Kontakte der Staatssicherheit zu Bundestagsabgeordneten zu erstellen, werden wir dem unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen natürlich Folge leisten. Der Bundestag ist außerdem frei, in eigener Sache Forschungsprojekte auszulösen. Dies hätte für uns selbstverständlich hohe Priorität. Ansonsten bleibt es dabei, daß unsere Behörde für 2007 die Herausgabe mehrerer Publikationen zur West-Arbeit des DDR-Geheimdienstes plant.

WELT: Der sächsische Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bürgerrechtler Arnold Vaatz (CDU) sagt, die Behörde diene nicht der Aufklärung, sondern der Deckelung der Stasi-Vergangenheit.

Birthler: Es fällt mir schwer, solche allgemein gehaltenen Vorwürfe zu kommentieren. In ihnen steckt viel Meinung und wenig Information.

WELT: In Ihrer Behörde gibt es seit 2001 den Direktor Hans Altendorf, der als Westdeutscher einst mit der DDR sympathisierte und von Ihren eigenen Mitarbeitern als "Verhinderungsjurist" bezeichnet wird. Wissenschaftler und Politiker äußern sich ähnlich.

Birthler: Diese Vorwürfe sind haltlos und unqualifiziert. Der Direktor hat mein volles Vertrauen. Wir haben im übrigen in unserer Behörde Mitarbeiter aus Ost und West, die durchaus unterschiedliche politische Biographien haben. Ehemalige Angestellte des DDR-Staatsapparates arbeiten mit Leuten zusammen, die seinerzeit die Stasi-Zentralen besetzt haben. Das ist nicht immer spannungsfrei, aber heute zählt auch, was jemand dazugelernt hat. Bei den Kollegen, die aus dem Westen gekommen sind, ergibt sich ebenfalls ein heterogenes Bild.

WELT: Die Behörde geht doch zunehmend restriktiv bei der Aktenherausgabe vor. Gregor Gysi etwa wurde von ihr früher als Begünstigter der Stasi eingestuft. Das änderte sich, als man jüngst fünf weitere Seiten mit Bezug zu ihm gefunden wurden. Nun behandelte man ihn als Person der Zeitgeschichte - und ermöglichte es ihm damit, die Akten zu blockieren.

Birthler: Bitte haben Sie Verständnis: Öffentlich kann ich nicht Einzelheiten der Aktenlage erläutern. Sie ist bei Gregor Gysi sehr kompliziert. Der Bundestag hat eine Bewertung seiner Stasi-Verbindungen vorgenommen - nicht aufgrund einzelner Akten, sondern in der Gesamtwürdigung der Unterlagen. Wir teilen diese Bewertung, stufen aber trotzdem nicht jedes einzelne Aktenfragment als IM-Unterlage ein. Doch die neuen in der Behörde aufgefundenen Unterlagen haben Herrn Gysi dennoch veranlaßt, rechtliche Schritte gegen die Herausgabe zu unternehmen.

WELT: Wir verstehen, daß Sie Details der Akte nicht erörtern können. Andererseits ist das Urteil der ersten Instanz bekannt, in der Gysi scheiterte. Darin wird der Akteninhalt seitenlang besprochen. Nach der Lektüre drängt sich der Eindruck auf, daß das Gericht offensiver ist als die Behörde.

Birthler: Ich habe das Urteil mit Genugtuung gelesen, da ich darin unsere Rechtsauffassung zu 100 Prozent bestätigt sehe.

WELT: Auch die Abteilung Bildung und Forschung steht in der Kritik. Teuer, ineffizient, bürokratisch und extrem langsam lauten die Vorwürfe, die sogar im Kanzleramt für Beunruhigung sorgen.

Birthler: Ich kenne diese Vorwürfe nicht. In der WELT habe ich gelesen, daß es ein entsprechendes Memorandum geben soll. Da es mir nicht vorliegt, kann ich es auch nicht kommentieren. Richtig ist: Die Bilanz unserer Arbeit kann sich sehen lassen, auch wenn wir unsere Arbeit und auch die der Bildung und Forschung ständig weiter verbessern wollen.

WELT: Selbst Gedenkstättenleiter bekommen für Ausstellungen seit Jahren keine Unterlagen. Beispiel politisches Gefängnis in Bautzen: Gibt es eine andere Erklärung als bewußte Verschleppung?

Birthler: Ist Ihre Zeitung zu einer Art Kummerkasten für Wissenschaftler geworden? Ich bitte um Verständnis, daß ich zu einzelnen Forschungsanträgen nicht Stellung beziehen kann. Nicht zuletzt deshalb, weil auch Anträge nicht immer präzise gestellt und hilfreich formuliert sind. Um die Zugänge zu den Akten zu verbessern, sind wir in unseren Nutzerforen mit unseren Antragstellern im regelmäßigen Kontakt.

WELT: Aber schlechte Anträge können doch nicht der einzige Grund sein.

Birthler: Natürlich ist es schmerzlich, daß der Zugang zu den MfS-Akten teilweise viel schwieriger als in anderen Archiven ist. Das liegt jedoch nicht an uns, sondern unter anderem am letztinstanzlichen Urteil im Streit mit Helmut Kohl. Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, daß die Stasi-Akten eigentlich ganz geschlossen gehören und gar nicht genutzt werden dürfen. Nur um die SED-Diktatur aufzuarbeiten, kann es Ausnahmen geben. So eine Zweckbindung ist dem normalen Archivrecht absolut fremd.

WELT: Die Intention des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, Täterwissen öffentlich zu machen, wird außerdem durch eine restriktive Rechtsprechung der Pressekammern pervertiert. Wie

beurteilen Sie es, daß Stasi-IMs wie der ARD-Sportkoordinator Hagen Boßdorf mit rechtlichen Schritten die Berichterstattung über ihre Verstrickungen unerträglich erschweren können?

Birthler: Ich verfolge mit großer Sorge, daß manche Gerichte offenbar dazu neigen, die Aussagekraft von Stasi-Unterlagen immer mehr in Zweifel zu ziehen. Das geschieht gegen unseren Rat und unsere Expertise.

WELT: Sie haben angekündigt, bis 2011 sollten alle Bestände des MfS verzeichnet sein. Nach gegenwärtigem Tempo, so Berechnungen von Insidern, wird das Ziel jedoch erst in mehreren Jahrzehnten erreicht.

Birthler: Ich bleibe dabei: Wir wollen mit der Erschließung der Akten bis 2011 fertig sein. Das wird ein wirklicher Kraftakt. Und natürlich gilt dieses Datum nicht für die zerrissenen Unterlagen, die wir erst einmal rekonstruieren müssen.

WELT: Zufrieden konnten Sie mit den Vorschlägen der Sabrow-Kommission zum künftigen DDR-Gedenken sein. Dort wird die Kompetenz Ihrer Behörde als sehr hoch eingeschätzt. Allerdings hat dieses Votum kritische Fragen ausgelöst. Haben Ihnen die Experten ein Danaergeschenk gemacht?

Birthler: Ich fühle mich überhaupt nicht "beschenkt" von der Sabrow-Kommission. Manche ihrer Vorschläge finde ich interessant, andere nicht. Ich habe mich zum Beispiel gefreut über die Wertschätzung unserer Forschungsabteilung, und ich fände es auch gut, wenn wir unsere Dauerausstellung künftig im Haus 1 der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße zeigen könnten. Skeptisch sehe ich dagegen den Vorschlag, uns die Gedenkstätte Hohenschönhausen zuzuschlagen. Dafür kann ich keinen Grund sehen. Dort gibt es eine funktionierende Struktur, und man sollte auch das Land Berlin nicht aus der Verantwortung entlassen.

29.06.06 DeutschlandradioKultur

Karl Wilhelm Fricke

DDR-Geschichtsbilder: Kein Ende der Aufarbeitung

Sie ist noch lange nicht beendet - die historische Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit - wie eigentlich sollte es anders sein? Seit der friedlichen Revolution der DDR und ihrem Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes sind erst rund anderthalb Jahrzehnte vergangen - eine historisch kurze Zeit. Der Zusammenbruch der ersten deutschen Diktatur im 20. Jahrhundert liegt über sechs Jahrzehnte zurück - doch bis heute treibt die NS-Vergangenheit viele Menschen in unserem Land um. Warum sollte die historische Erblast der zweiten Diktatur - die nicht zwölf, sondern vierzig Jahre gedauert hat - in kürzerer Frist abzutragen sein?

Die unlängst vorgelegten Empfehlungen der nach dem Potsdamer Historiker Martin Sabrow benannten Experten-Kommission zur Schaffung eines Geschichtsverbands "Aufarbeitung der SED-Diktatur" bestätigen das auf ihre Weise. Allerdings erinnern sie auch daran, wie weit Zeitgeschichtsforschung und Politik von einem konsensualen Umgang mit Ulbrichts und Honeckers Hinterlassenschaft entfernt sind. Der öffentliche Diskurs dauert an. Nicht einmal die Kommission selber war sich einig. Freya Klier gab ein Gegen-Votum ab. Im Ergebnis schrumpfen die Experten-Empfehlungen auf das Verdienst zusammen, die geschichtspolitische Kontroverse aufs Neue entfacht zu haben - aufs Neue insofern, als vieles schon einmal in den Beratungen der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Sprache gekommen war.

Gefordert ist ein gesellschaftlicher Konsens im Umgang mit der DDR-Vergangenheit nicht zuletzt deshalb, weil restaurative Kräfte der Linkspartei/PDS unverhohlen auf Retuschen an der historischen Wahrheit über die DDR bedacht sind. Exemplarisch dafür war die provokative These Hans Modrows, des letzten der SED zugehörigen DDR-Ministerpräsidenten, wonach die Verantwortung für die Toten an Mauer und Stacheldraht in

der Zeit der Teilung der Politik in beiden deutschen Staaten anzulasten sei. Aus dem Geschichtsbewusstsein soll verdrängt werden, dass der Staat der SED im Kern ein Unrechtsstaat war.

Noch drastischer aktualisieren Ex-Obristen und Generale der DDR-Staatssicherheit das Problem. Mielkes Altkader melden sich immer vehementer zu Wort, sie suchen geradezu den politischen Eklat. Wohl ausgestattet mit Renten vom früheren Klassenfeind und wissend, dass sie kein Risiko eingehen, provozieren sie gewollt Widerspruch, indem sie in Büchern und Pamphleten ihre Legenden und Unwahrheiten über die Stasi verbreiten oder wie neulich in Berlin-Hohenschönhausen öffentliche Diskussionen durch polemisch zugespitzte Wortmeldungen dominieren und stören.

Es wäre politisch leichtfertig, solche Symptome zu bagatellisieren. Sie finden zunehmend ihren Niederschlag in den Medien, zumal im Fernsehen, wo ehemalige DDR-Tschekisten ein umso größeres Echo finden, je höher einst ihr Dienstrang war. Indes ist zu fragen, wo sie den kläglichen Mut her nehmen, mit dem sie sich jenseits von Scham, Selbstkritik und Schuldgefühl artikulieren. Die Antwort ist einfach. Nach allen Enthüllungen über die Staatssicherheit seit Öffnung der Akten sind ihre einstigen Funktionsträger zur geschichtspolitischen Gegenoffensive angetreten. Sie beschweigen, verharmlosen oder leugnen das Unrecht, das sie zu verantworten haben. Zwar ist es nicht ganz einfach, die Arbeit der Staatssicherheit zur humanitären Erfolgsgeschichte umzuschreiben. Sie weist zu viele verbrecherische Züge auf, sie hat zu viele Opfer gefordert, aber die Ruheständler aus dem MfS versuchen sich gleichwohl darin, sie geben die Biedermänner, die sich stets an Recht und Gesetz gehalten haben wollen. Dabei hat die Staatssicherheit - immer Schild und Schwert der Partei - nachweislich nicht einmal die Gesetze des eigenen Staates eingehalten, wo ihre Missachtung der herrschenden Macht zu nützen schien.

Unter diesem Aspekt ist es, nun ja, kaum verwunderlich, wenn führende Leute der Linkspartei/PDS die nötige Distanz zu den Alt-Tschekisten vermissen lassen. Im Übrigen lässt sich der Alltag in der DDR gewiss nicht auf Justizunrecht und Stasi-Terror reduzieren, aber ohne sie wäre der Alltag in der Diktatur auch nicht gewesen, wie er war. Die Erkenntnis ist trivial. In dem Papier der Sabrow-Kommission wird sie auch gar nicht bestritten - allerdings ein wenig verschleiert. Sein Text wird weiter zu diskutieren sein, eine konkrete Handlungsempfehlung für die Politik ist er nicht.

Karl Wilhelm Fricke, geboren 1929 in Hoym (Anhalt), floh nach dem Abitur 1949 aus der SBZ nach Westdeutschland. Bis 1953 studierte er an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven und an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und war im Westen der Stadt als freiberuflicher Journalist tätig. 1955 wurde Fricke von Stasi-Agenten aus West-Berlin entführt und 1956 in der DDR wegen 'Kriegshetze' zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Er war bis 1959 in Brandenburg-Görden bzw. in Bautzen inhaftiert. Anschließend arbeitete er als Journalist in Hamburg, von 1970 bis 1994 als Leitender Redakteur beim Deutschlandfunk in Köln, seit 1994 wieder freiberuflich als Publizist. Fricke war Sachverständigen-Mitglied beider Enquetekommissionen zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" sowie zur "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit". 1996 wurde er Ehrendoktor der Freien Universität Berlin im Fachbereich Politische Wissenschaft. Seine Buchveröffentlichungen: "Politik und Justiz in der DDR" (1979), "Die DDR-Staatssicherheit" (1982), "Opposition und Widerstand in der DDR" (1984), "MfS intern" (1991), "Akten-Einsicht" (1995), (gemeinsam mit Roger Engelmann), "Konzentrierte Schläge" (1998), "Der Wahrheit verpflichtet" (2000); zusammen mit Silke Klewin: "Bautzen II. Sonderhaftanstalt unter MfS-Kontrolle 1956 bis 1989" (Verlag Gustav Kiepenheuer).

29.06.2006 Die Zeit
Evelyn Finger

Interview mit Adolf Endler: Das Museum bin ich - Erst ging er 1955 aus dem Westen »nach drüben«, dann begann er den Sozialismus zu hassen. Ein Gespräch mit dem Schriftsteller Adolf Endler über die DDR-Nostalgie und den neuen deutschen Patriotismus

Kaum ein DDR-Schriftsteller entsprach dem Ideal einer sozialistischen Vorzeigepersönlichkeit so wenig wie **Adolf Endler**, 76. Seine wild in alle Richtungen feuernden Polemiken spotteten jeglichen Klassenstandpunktes. Er lebte in ständig wechselnden Ostberliner Wohnungen oder, wie er selbst präzisierte, »Buden«, in denen er Manuskriptberge und Schnapsflaschen anhäuften. Misstrauisch beäugt von der Stasi, führte er die Existenz eines genialischen Großstadtnomaden: brillierte auf illegalen Wohnzimmerlesungen, inszenierte sich als radikalpoetischen Penner »Bobbi Bergermann«, zerschnippelte die linientreuen Presse-Erzeugnisse der DDR zwecks Herstellung komischer Collagen und pflegte das neosurrealistische Genre des Sammelsuriums. Nach seinem Ausschluss aus dem Schriftstellerband 1979 veröffentlichte er hauptsächlich in Untergrundzeitschriften und wurde für die alternative Literaturszene am Prenzlauer Berg eine Art Übervater. Heute ist Endler noch immer einer der unkonventionellsten Gegenwartsauf Autoren. Er wohnt, dank treusorgender Ehefrau nun sehr aufgeräumt, in Berlin-Pankow.

DIE ZEIT: Herr Endler, Sie sind der seltene Fall eines in den Osten geflohenen Westdeutschen. 1930 in Düsseldorf geboren, gingen Sie 1955 in die DDR, nachdem in der Bundesrepublik gegen Sie eine Klage wegen Staatsgefährdung erhoben worden war.

Adolf Endler: Ich hatte im Westen wirklich einige Sachen gemacht, die gegen das Gesetz verstießen. Denn ich lehnte die BRD als nach wie vor kapitalistischen Staat ab. Die DDR war für mich die Alternative. 1961 habe ich sogar ein Gedicht zur Begrüßung der Mauer geschrieben. Später sind meine Texte dann klüger geworden und irgendwann auch ich selbst.

ZEIT: Sie wurden erst vom BND bespitzelt und nachher von der Stasi. Was ist der Unterschied zwischen einer Bespitzelung in der Demokratie und in der Diktatur?

Anzeige

Endler: Ich hatte nie Todesangst vorm BND. In der DDR gab es eine Phase Ende der Siebziger, da stieß ich auf unheimliche Verbindungen zwischen Leuten, mit denen ich bekannt war. Und vor meinem Fenster in Weißensee standen plötzlich merkwürdige Autos. In einer Kneipe kam jemand zu mir und sagte: Du weißt doch, dass du dich hier nicht mehr sehen lassen sollst. So hat die Stasi mich für einige Wochen in Todesangst versetzt. Das hörte erst auf, als die Westpresse mit großem Brimborium meinen Ausschluss aus dem Schriftstellerverband verkündete. Sogar in der Bild-Zeitung stand: »Sieben gegen die Partei!« Da dachte ich, jetzt können sie mir nichts mehr tun, jetzt bin ich zu bekannt.

ZEIT: In Ihrem jüngsten Buch *Nebbich. Eine deutsche Karriere*, das aus Tagebuchblättern der letzten drei Jahrzehnte besteht, heißt es, eine »mindestens 1000-seitige, glitzrige Geschichte der DDR-Nostalgie« von 1989 bis heute wäre interessanter als eine Geschichte der DDR. Warum?

Endler: Man müsste mal beschreiben, wie die nostalgischen Motive auf die DDR zurückverweisen. So könnte eine indirekte Geschichtsschreibung entstehen. Meine Überlegung entspringt natürlich der permanenten Vergangenheitsverklärung, dass alte Stasi-Generäle sich hinstellen und behaupten, das Gefängnis Hohenschönhausen sei eine gute Adresse gewesen.

ZEIT: Wie sehr beschäftigt Sie die DDR noch?

Endler: Aus meinen neuen Texten streiche ich sie konsequent raus. Aber das Thema ist leider unausweichlich. Eine Zeit lang hatte ich einen Freundeskreis, in dem ich mich fast schämte, nie im Knast gewesen zu sein, nur mal in der Ausnüchterungszelle. Jetzt bekomme ich jede Woche drei Einladungen von der Stiftung Aufarbeitung (*haut mit der flachen Hand auf einen dicken Stapel Zeitungsausschnitte, Flyer, Notizen, Werbepostkarten*). Leider trifft sich bei

solchen Veranstaltungen immer nur ein kleiner Kreis. Der Großteil der Leute, auch hier in meiner Straße, interessiert sich nicht für die Wahrheit. Neulich sagte meine Frau bei einem Streit, wie er sich auf Hinterhöfen gelegentlich ergibt, zu einem dieser Betonköpfe: Aber wir haben schließlich immer noch das Grundgesetz! Worauf der rief: Wieso Grundgesetz? Hier ist doch DDR.

ZEIT: Hat die DDR die Wende überlebt?

Endler: Das ist nicht die DDR, sondern die DDR-Nostalgie. Vor 1989 waren höchstens 30 Prozent der Leute für den Staat. Abends wanderte die Bevölkerung ins Westfernsehen ab – eine seltsame Schizophrenie. Ich glaube, die DDR-Nostalgie entspringt den Empfindungen dieser 70 Prozent, die nicht an die DDR geglaubt haben, aber sich heute an etwas Schönes erinnern wollen. Das ist die neue Schizophrenie.

ZEIT: Woher dieser Beschönigungszwang?

Endler: Weil viele Leute nach der Wende in eine Entwicklung gerieten, die sie nicht erwartet hatten. Sie dachten, dass alles wie in Düsseldorf wird, was aber nicht geschah. Ich könnte mir ein Buch vorstellen: *Die DDR – eine Gaunergesellschaft*. Alles in der DDR hing ja mit Gaunerei oder Schwarzhandel oder Bestechung zusammen. Ich bin auch nicht freizusprechen von kleinen Gaunereien: Umtausch von Westgeld in Ostgeld und so weiter. Kurz bevor Franz Fühmann starb, besuchten Wolfgang Hilbig und ich ihn in der Charité. Da sagte er: Was höre ich denn, in den Betrieben werden Leute erst zur Verantwortung gezogen, wenn 25 Prozent der Sachen, die sie herstellen, verschwunden sind? Es hat ihn bis in seine Todesstunde beunruhigt, dass die DDR-Betriebe nicht richtig funktionieren. Es gab ein berühmtes Wort von Honecker: »Wir müssen noch mehr aus den Betrieben rausholen!« Tja, das ist dann auch geschehen. Und nun kommt diese Bevölkerung 1990 in eine völlig anders geartete Gaunergesellschaft, wo die alten Gaunereien nicht mehr funktionierten.

ZEIT: Die Anpassungsfähigkeit der Ostdeutschen war offenbar doch nicht weit genug gediehen.

Endler: Am ehesten angepasst haben sich nach 1989 ein paar ganz schlaue Stasi-Mitarbeiter, die schon während der Wende wussten, wie es läuft. Die beiden Spitzel vom Prenzlauer Berg, Schedlinski und Anderson, sind heute hoch erfolgreiche Geschäftsleute. Ich bin sicher, dass die Treuhand mit Stasi-Leuten zusammengearbeitet hat und dass es unglaubliche Nachwendegeschichten gibt, von denen wir nichts wissen. Deshalb fühlen sich die Stasi-Generäle so stark. Es gibt bis heute kein einziges Buch, in dem ein IM beschreibt, was er gemacht hat. Höchstwahrscheinlich existiert eine Geheimorganisation, die ehemalige Stasi-Leute davon abhält, sich zu äußern. Die haben Angst.

ZEIT: Eine Expertenkommission zur »Aufarbeitung der DDR-Diktatur« empfiehlt, wir sollten uns mehr mit dem sozialistischen Alltag befassen und uns von der Fixierung auf die Stasi lösen.

Endler: Das hat nichts zu tun mit dem Zurückweisen der Stasi-Thematik. Soweit ich es verstehe, soll ja das eine nicht aufhören und das andere anfangen. Ich sehe die DDR als Gesamtsystem, die in ein noch größeres System eingebettet war, und bin nicht bereit, sie aufgrund irgendwelcher Details zu verteidigen. Sie ist mir seit langem verhasst.

ZEIT: Hätten Sie gern zu dieser Kommission gehört?

Endler: Nein, aber ich mache meine privaten Aufarbeitungserfahrungen. Vor einigen Jahren habe ich an dem Buch *Revolution im geschlossenen Raum. Die andere Kultur in Leipzig 1970 bis 1990* mitgewirkt. Jetzt soll ich etwas beisteuern zu dem Fotoband *Weltnest. Literarisches Leben in Leipzig 1970 bis 1989*, das praktisch eine Gegendarstellung ist. Es kolportiert die vollkommen offizielle Literaturgeschichte, wie sie vom Ministerium für Kultur zurechtmanipuliert wurde. Dieses Buch könnte auch der DDR-Kulturminister Höpcke zu seinem Ruhm herausgeben. Ich will ja nicht bestreiten, dass in Leipzig mal Grass oder Rühmkorf auftreten durfte, aber das wird jetzt herausgestellt, um zu zeigen, wie toll die DDR war.

ZEIT: Was werden Sie dagegen tun?

Endler: Vielleicht schicke ich denen ein altes Tagebuchblatt über die Endler-Legende der DDR, die mich als Gescheiterten darstellte. Man schmierte westdeutschen Journalisten aufs Butterbrot, der Endler sei kaputt, leer geschrieben. Für die Literatur-Funktionäre war ich nicht vorhanden, es gab fast keine Rezensionen. Heute stelle ich fest, dass das Totschweigen, das in der DDR meinen Sachen galt, sich von den DDR-Germanisten auf die Westgermanisten überträgt.

ZEIT: Vielleicht liegt es auch an der Widerspenstigkeit Ihrer Texte? Sie haben mal gesagt, für klare Botschaften sei nicht Endler, sondern das Echo im Bayerischen Wald zuständig.

Endler: Die großen Bucherfolge zum Thema DDR stammen von jungen Autoren wie Jakob Hein oder Jana Hensel, die in schlichten Worten ihre Jugend beschreiben. Es gab vor Jahren schon die Forderung, wir müssten zum Geschichtenerzählen zurückkehren, und jetzt ist es tatsächlich in Gang gekommen. Na, Elke Heidenreich freut sich. Experimentelles wird kaum noch gedruckt. Von wem ich auf dem Gebiet wirklich etwas erwarte, ist Reinhard Jirgl. Ein schwer zu lesender Autor, aber dem gelingt ein tieferes Infragestellen dieses Luftblasenartigen namens DDR, das irgendwann zerplatze.

ZEIT: Sind Sie nie traurig, dass die Zeit der illegalen Drucke, der romantischen Feld-Wald-und-Wiesen-Lesungen vorbei ist?

Endler: Es gab wirklich Wiesenlesungen, sogar Waldlesungen. (*lacht*) Manchmal drängelten sich in einer Zweizimmerwohnung hundert Leute. Aber ich kann das nicht vermissen, weil ich die Situation, aufgrund deren die Lesungen so waren, wie sie waren, nie akzeptiert habe.

ZEIT: In Ihrer Stasi-Akte stand als Charakterisierung: »E. lebt sehr zurückgezogen und macht einen mürrischen Eindruck.« Hatte das Mürrische Methode?

Endler: Nein. Ich war einfach manchmal sehr sauer. Methode hatte vielleicht die Art und Weise, wie ich in Briefen die Behörden beschimpft habe. Schimpfen konnte ein Schutz sein. Dem Heinz Czechowski beispielsweise hat keiner mehr was getan, wenn der gesagt hat: Dieser Staat ist scheiße, diese Regierung ist pleite. Oft war völlig unklar, warum einer, der drei schnöde Zeilen geschrieben hatte, ein Jahr im Gefängnis landete, während ein anderer, der einen ganzen kritischen Roman im Westen herausbrachte, unbehelligt davonkam. Es ist eine unheimliche Zufälligkeit in alledem, weshalb ich auch den Opferverbänden misstraue. Und dann kommt das Wort von der zweiten deutschen Diktatur. Für mich war die DDR nicht dasselbe wie die Nazizeit.

ZEIT: Weshalb?

Endler: Die DDR hatte kein Auschwitz. Punktum. Die DDR war abhängig von der Sowjetunion, Großdeutschland war nicht abhängig von irgendwem. Hitler wurde von 95 Prozent der Deutschen akzeptiert, sodass die keine IMs brauchten, weil es Tausende von Denunzianten gab. Die DDR hingegen hatte 70 Prozent der Bevölkerung gegen sich, deshalb brauchte man IMs. Da sind riesige Unterschiede.

ZEIT: In Fällen von willkürlicher Verhaftung verschwindet der Unterschied für den Einzelnen. Man konnte in den Fünfigern wegen ein paar Flugblättern zehn Jahre weggesperrt, auch gefoltert werden. Nicht mit mittelalterlichen Folterwerkzeugen, aber mit Schlafentzug, Kälte, monatelanger Isolation.

Endler: Der Stalinismus spielte sicher eine große Rolle bei der Ausbildung der Verhörspezialisten. Was Hitler und Stalin angestellt haben, kann man vergleichen. Es gibt auch offenkundige Ähnlichkeiten zwischen »Drittem Reich« und DDR: die Massenaufmärsche, das Fahngeschwenke, die FDJ-Ideologie. Aber anders als Ernst Nolte würde ich die Systeme nicht gleichsetzen. Verglichen mit der Nazizeit war die DDR etwas ziemlich Harmloses.

ZEIT: War die DDR eine Diktatur?

Endler: Natürlich. Man muss sie ja nicht mal als solche erfinden, denn sie hat sich selbst so bezeichnet, als Diktatur des Proletariats. Kurzzeitig gab es sogar die Parole »Erziehung zum Hass«. Das war ein ganz mieser Polizeistaat.

ZEIT: In Ihrem *Nebbich*-Band von 2005 trifft der Held Bubi Blazezak den Reichspropagandaminister Goebbels. Der sitzt auf einer silbern gepolsterten Parkbank und sagt: »Der Bolschewismus steht vor der entscheidenden Niederlage seiner Geschichte!« Hat Goebbels Recht behalten?

Endler: Als Nazideutschland zusammenbrach, hatte Goebbels nicht Recht behalten, und der Kommunismus zog sich ja noch lange hin. Meine Mutter stammte aus Belgien, und ein Teil unserer Familie waren Widerstandskämpfer, die von den Nazis erschossen wurden. Ich erinnere mich, dass ich nach dem Krieg überlegte: Wen könntest du eigentlich erschießen? Und ich habe mir geantwortet: Einen Nazi könntest du immer erschießen. Ich war Antifaschist durch und durch und dachte, dass mit dem Sozialismus etwas Neues würde. Gesiegt hat vorerst das kapitalistische System, das eines Tages untergehen wird wie alles in der Geschichte. Es ist kein von mir geliebtes System, aber in der Bundesrepublik sind die Verhältnisse erträglich, während sie in der DDR letztlich unerträglich waren.

ZEIT: In einem Brief von 2003 schreiben Sie, Ihr gesammeltes Erinnerungsmaterial sei ungeeignet, »dem realitätsflüchtigen Phänomen DDR-Nostalgie Nahrung zu geben«.

Endler: Mir schwebt vor, ein Buch zusammenzustellen nach Durchforstung alter DDR-Zeitschriften, mit Fotos von schießenden Kindern und fröhlichen Soldaten. Das Bild, das da zustande käme, wäre so wahnsinnig, dass einem alle Nostalgie vergehen möchte. Hier habe ich noch ein Exemplar des *Neuen Deutschlands* vom 9. Oktober 1989. Da sieht man die offiziellen Militärparaden vom 40. Jahrestag der Republik und zehn Fotos nebeneinander, auf denen immer wieder Erich Honecker mit einem Staatsgast abgebildet ist. Die DDR als Absurdität sondergleichen! Hier sind zum Beispiel die »Initiativen der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter zur Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitag des SED«. Auf jeden Fall waren die Kleintierzüchter schwer gegen die Hochrüstungspolitik der USA. Welche Zeitung Sie auch nehmen, es ist alles von ungeheurer Blödheit.

ZEIT: Daran möchte natürlich niemand gern erinnert werden.

Endler: Und die Blödheit setzt sich mit der Wende fort. Die Blödheit besteht darin, dass man glaubt: Jetzt kommt ein neues System, und alles wird gut. Ich habe mir nie Illusionen gemacht. Die Vorstellungen, die ich als Jungkommunist vom Kapitalismus hatte, haben sich im Großen und Ganzen bis heute erhalten.

ZEIT: Sie haben unsere Epoche mal als »Knotenpunkt einer Ära beispielloser Geschichtsverknäulung« bezeichnet. Wie ließe sich der Knoten aufdröseln?

Endler: Gar nicht. Ich träume oft von DDR-Verhältnissen, meistens in Angstträumen. Nach dem Krieg hatte ich Verfolgungsträume, wurde ständig von Flugzeugen angegriffen, die zischten über mich hinweg und warfen Bomben. Ich träume natürlich nicht nur Angstträume, aber die guten Träume sind keine DDR-Träume.

ZEIT: Unter dem Titel *Ich möchte kotzen* schrieben Sie eine Polemik zum Denkmalstreit über die Skulpturen der DDR und forderten, die sozialistischen »Klopse und Klamotten« sollten aus pädagogischen Gründen stehen bleiben, »verwundert begutachtet von unseren Kindern und Kindeskindern«.

Endler: Ich bin nicht mehr dieser Meinung, weil viele Leute das Unsinnige an der Vergangenheit nicht erkennen. Sie verteidigen diese grandios hässlichen Dinger, die sie früher nicht mochten, weil sie glauben, da werde unzulässigerweise etwas angegriffen. Jetzt hat sich ein Westler gefunden, der das Thälmann-Denkmal am Prenzlauer Berg immer schön sauber hält. Und auf den Parteisitzungen der PDS kann man kleine Lenin-Denkmalchen kaufen.

ZEIT: Gruseln Sie sich vor der allenthalben spürbaren Sehnsucht, politische Probleme durch eine gemeinsame Begeisterung fürs Deutschsein zu überwinden?

Endler: Die Kampagne »Du bist Deutschland« ist mir sehr unangenehm, wie auch der neue Patriotismus, der sich überall breit macht. Patriotismus heißt Vaterlandsliebe. Bundespräsident Heinemann hat mal gesagt: Ich liebe nicht mein Vaterland, sondern meine Frau. Es fängt schon mit der Leitkultur an, dieses Hinüberdriften aus der Misere in große Worte. Ich misstraue ein bisschen dem neu eröffneten Geschichtsmuseum, dem DHM. Bin ich Deutschland? Bin ich Deutscher? Ich habe mich mal als böhmischen Zigeunergerger bezeichnet, der auf einem Holzklotz sitzt und in die nächsten zehn Jahre starrt. Falls es zehn Jahre werden.

ZEIT: Wenn Sie ein Museum hätten, was würden Sie ausstellen?

Endler: Kunst. Die Surrealisten, Dadaisten, Futuristen. Bloß keine DDR-Geschichte! Ich mag das überschaubare Brücke-Museum, kleine Museen mit 20, 30 Bildern. Mein Freund, der Schriftsteller Jan Faktor, war mehrmals in dem Museum der DDR-Alltagskultur in Eisenhüttenstadt, das immer vergessen wird. Faktor befasste sich ständig mit Werbetexten der DDR, da habe ich ihm ein Buch geliehen, in dem all die Gegenstände aufgelistet waren, vom Schwamm bis zur Bürste. Ich selber habe so viel altes Zeugs gesammelt, dass es mir bis zur Halskrause steht.

ZEIT: Das Museum sind Sie?

Endler: Kann man so sagen. Aber deshalb muss ich mir nicht noch mal den Trabant angucken. Unser alter Trabi kam übrigens nach der Wende um, als die Hausbesetzer aus der Mainzer Straße von der Polizei vertrieben wurden. Wir konnten vom fünften Stock aus zusehen, wie das kleine Auto erst von den Besetzern umgekippt, dann von der Polizei als Schild benutzt wurde. Dann war es hin.

Das Gespräch führte **Evelyn Finger**

Von Adolf Endler erschienen nach der Wende unter anderem »Nebbich« (Wallstein-Verlag), »Der Pudding der Apokalypse« (Suhrkamp), »Tarzan am Prenzlauer Berg« (Reclam). Bibliophile Künstler-Bände aus seiner Underground-Zeit finden sich unter www.zvab.de: »Bubi Blazezaks gedenkend«, »Nadelkissen. Aus den Notizzetteln Bobbi Bergermanns«, »Nächtlicher Besucher in seine Schranken gewiesen. Eine Fortsetzungs-Züchtigung« (alles Berliner Handpresse)

»Viele hatten nach der Wende erwartet, alles werde nun so wie in Düsseldorf, was aber nicht geschah« »Ich habe so viel altes Zeugs aus der DDR gesammelt, dass es mir heute bis zur Halskrause steht«

29.06.2006 Die Zeit

Richard Schröder

Auch wir hatten glückliche Tage - Die Wirklichkeit der DDR erfasst nur, wer auf Grautöne achtet. Es gab ein richtiges Leben im falschen, etwa bei der Revolution 1989.

Es waren die DDR-Bürger selbst, die die DDR zur Vergangenheit gemacht haben, durch Demonstrieren und dies mit unkalkulierbarem Risiko, solange die Grenze noch dicht war. Reisefreiheit, freie Wahlen, »Stasi in die Produktion« und – in Plauen noch vor dem Fall der Mauer – »Deutschland, einig Vaterland«, das waren die Forderungen der Demonstranten, unterstützt auch von vielen Mitgliedern der SED und der Blockparteien. Die Forderungen sind längst erfüllt.

Von einer gemeinsamen Erinnerung an die DDR aber sind wir noch weit entfernt. Das hat mehrere Gründe. Mit dem ersehnten Westgeld kam die Arbeitslosigkeit, weil nun die DDR-Produkte weder im Inland noch im Ausland Käufer fanden. Während die Westdeutschen unter den Bedingungen des Wirtschaftswunders die Demokratie schätzen lernten, wurde den Ostdeutschen dies unter den Bedingungen eines wirtschaftlichen Niedergangs abverlangt, der freilich – anders als bei den östlichen Nachbarn – sozial abgefedert war, aber abgefedert mit Geld aus dem Westen, oft ausdrücklich verbunden mit der Zumutung der Dankbarkeit, eine Zumutung, die auf Dauer jede Beziehung ruiniert, weil sie das Eingeständnis der

Abhängigkeit einschließt. Das Hochgefühl des Herbstes versank bei nicht wenigen in Depression und Desorientierung.

Dann kamen die Stasi-Enthüllungen. Es waren die Ostdeutschen selbst, die ihre Stasi-Akte sehen und wissen wollten, wer sie bespitzelt hat. Deshalb die Konzentration auf die IM, die inoffiziellen Mitarbeiter, die oft vergessen ließ, dass die Stasi lediglich ein Machtinstrument der SED war. Aber die medial inszenierten Stasi-Enthüllungen wurden manchen bald zu viel, weil sie den Eindruck gewannen, man zeige vom Westen aus mit dem Finger auf sie.

War die DDR ein Unrechtsstaat? Darüber wurde heiß gestritten. Manche Westdeutsche sagten es, noch mehr Ostdeutsche hörten den Vorwurf: »Ihr hattet den Staat, den ihr verdient habt – denn ihr habt ja alle irgendwie mitgemacht«, was schon deshalb Unfug ist, weil die SED-Diktatur von Moskau installiert und erhalten wurde. Darauf antworteten viele mit Identitätstrotz. »Es war nicht alles schlecht in der DDR«, sagten nun auch solche, die im Herbst auf die Straße gegangen waren – und wählten PDS. Es entstand die DDR-Identität post festum. Selbstverständlich gab es auch in der DDR erfülltes Leben und glückliche Tage, aber nicht wegen, sondern trotz der Diktatur. Wer behauptet, es gebe kein richtiges Leben im falschen, hat keine Diktatur erlebt.

Anzeige ist das Problem mancher Ostdeutscher. Sie übersehen, dass man nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen kann, dass man nicht Freiheit haben kann ohne die Risiken und Befremdlichkeiten der Freiheit. Und sie übersehen, dass die DDR schon deshalb nicht zur Nachahmung taugt, weil sie, wie alle sozialistischen Länder, auch ökonomisch gescheitert ist. DDR-Nostalgie befördert übrigens auch rechtsextreme Haltungen: Da waren wir noch unter uns, ohne Ausländer. Da hatte jeder seinen Arbeitsplatz. Da herrschte noch Ordnung.

Wie also sollen wir die DDR angemessen erinnern? Die rot-grüne Regierung hatte dafür eine »Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbands ›Aufarbeitung der SED-Diktatur« eingesetzt, die am 15. Mai dieses Jahres ihre Empfehlungen vorgelegt hat, begleitet von heftigen Attacken, die im Wesentlichen von Westdeutschen vorgetragen wurden. Denn die professionelle »Vergangenheitsbewältigung« der DDR ist fest in westdeutscher Hand. Das hat auch damit zu tun, dass die meisten Historiker der DDR dem Regime zu treu verbunden waren, um nun glaubhaft kritisch sein zu können. Aber es hat zur Folge, dass nun Kämpfe um Status und Forschungsgelder auf dem Feld der DDR-Forschung ausgetragen werden. Und manche scheinen zu sagen: »Wir bewältigen euch eure Vergangenheit, denn die unserer Väter haben wir ihnen auch schon bewältigt.« Da gibt es subtile Zusammenhänge – und Irritationen. Die Kommission möchte neben die Schwerpunkte »Überwachung und Verfolgung« sowie »Teilung und Grenze« einen dritten Schwerpunkt »Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand« stellen mit den Themen »Widerstand und Opposition«, »Ideologie«, »Alltag in der durchherrschten Gesellschaft« und »Mechanismen der Machtausübung«. Dass auch der Alltag thematisiert werden soll, ist der Stein des Anstoßes. Das Gedenken habe sich auf die Opfer und das Erbe des Widerstands zu beschränken, wurde behauptet. Wie bitte will man dann diejenigen einordnen, die sich im atheistischen Staat als Christen bekannten und dafür Nachteile in Kauf nahmen, aber nichts unternahmen, um den Staat zu stürzen? Wie sind diejenigen zu beurteilen, die in die CDU eintraten, um nicht in die SED eintreten zu müssen? Man erfasst die DDR-Wirklichkeit nicht, wenn man die Grautöne übersieht.

Die DDR glaubte, sie stünde auf der Seite der Sieger. Welch ein Irrtum

Eine Verharmlosung der Diktatur hat man auch darin gesehen, dass der Bericht von »Bindekräften« spricht, die die DDR-Gesellschaft zusammengehalten hätten. Natürlich hat es sie gegeben, als partielle Identifikationen mit dem System: »Die Idee des Sozialismus ist gut, nur die Durchführung ist schlecht.« – »Immerhin ist die kapitalistische Ausbeutung abgeschafft.« – »Wenigstens gibt es bei uns keine Arbeitslosen.« – »Der Faschismus ist bei uns mit Stumpf und Stiel ausgerottet.« Dergleichen ist ja bis heute noch im Osten zu hören.

Zum Leben unter einer Diktatur gehören leider auch die kleineren und größeren Kompromisse oder Lebenslügen, durch die die gefährliche Situation der offenen Gegnerschaft vermieden wird. In der »durchherrschten« Gesellschaft einer Diktatur – auch dieser Ausdruck wird zu Unrecht als Verharmlosung gewertet – herrscht ein ungeheurer Konformitätsdruck, weil fortdauernd und von jedem das Bekenntnis zum System eingefordert wird, vom Kindergarten bis zur Arbeitsstelle, im Schulaufsatz wie in der Brigade, bei Demonstrationen wie bei Wahlen.

Ich habe für diejenigen, die überzeugt sind, sie hätten die eine wie die andere deutsche Diktatur durch Widerstand zum Einsturz gebracht, diese bittere Erkenntnis: Wenn sich eine Diktatur erst einmal etabliert hat, lässt sie sich nicht von innen heraus stürzen. Entscheidend ist die Frage, ob noch genügend Freiheitswille vorhanden ist, um die Diktatur zu stürzen, wenn sie ins Wanken gerät. Und das war 1989 der Fall.

Es ist auch diesmal wieder bestritten worden, dass der Herbst 89 den Namen Revolution verdient, da der Wandel durch günstige äußere Umstände, namentlich durch Gorbatschow ermöglicht worden sei. Aber bitte: Erfolgreiche Revolutionen finden immer unter günstigen Umständen statt. Andernfalls werden sie im Keim oder im Blut erstickt – wie 1953. Wenn wir unter einer Revolution den vom Volk erzwungenen Zusammenbruch eines Herrschaftssystems verstehen, dann war es eine. Darauf sollten die Ostdeutschen wieder stolz sein, und die Westdeutschen sollten das neidlos anerkennen, auch wenn's schwer fällt. Den blassen Ausdruck »Wende« hat Egon Krenz eingeführt, als er Honecker ablöste.

Den Empfehlungen ist vorgehalten worden, sie hätten die umgehende Auflösung der Stasi-Akten-Behörde BStU und die Überführung der Akten ins Bundesarchiv fordern sollen, damit die Zugangsbeschränkungen zu den Stasi-Akten fallen. Denn nur die Forschungsabteilung der Behörde darf an ungeschwärzten Akten arbeiten. Andere Forscher bekommen nur anonymisierte Akten, wegen des Persönlichkeitsschutzes. Das macht neidisch.

Dieser Forderung liegt ein grandioser Fehlschluss zugrunde, denn die Zugangsbeschränkungen hängen nicht an der Existenz der Behörde, sondern an der Eigenart dieser Akten. So dürfen etwa Stasi-Offiziere nicht die Akten ihrer Opfer einsehen. Diesen Unterschied kennt das derzeitige Bundesarchivrecht nicht. Es wäre aber gar nicht zum Lachen, wenn sich die Führungsoffiziere in Zukunft noch einmal die von ihnen gefertigten Akten ihrer Opfer ansehen könnten.

Auch wenn nach dem 31. Dezember 2006 die Regelanfrage bei Anstellungen im öffentlichen Dienst entfällt, wird es doch weiterhin Überprüfungen auf Stasi-Mitarbeit geben müssen, nämlich mindestens, wenn sie ein Kandidat für ein öffentliches Amt selbst erbittet und wenn der Vorwurf der Stasi-Mitarbeit überprüft werden soll. Weiterhin wollen Bürger ihre Akten sehen. 2005 wurden 80000 neue Anträge gestellt. Solange diese und weitere Aufgaben fortbestehen, ist es abwegig, die Behörde zu schließen, die sie erledigt. Die Zahl der Mitarbeiter ist vom Höchstwert 3200 heute bereits auf 1600 gesunken und kann auch ohne Kündigungen weiter sinken. Eine Schließung der Behörde vor dem Jahre 2020 – das wäre dreißig Jahre nach dem Ende der DDR – ist abwegig.

Ich bewundere die Gründlichkeit und Ehrlichkeit, mit der sich die westdeutsche Öffentlichkeit schließlich doch der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gestellt hat. Es gehörte zu den Lebenslügen der DDR, sich mit der Behauptung, die DDR stehe auf der Seite der Sieger der Geschichte, dieser Auseinandersetzung zu entziehen und mittels des Antifaschismus-Mythos die nächste Diktatur zu legitimieren.

In der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war zu begreifen, wie eine Diktatur das deutsche Volk in eine moralische, politische, militärische und wirtschaftliche Katastrophe geführt hat. In der Nazizeit wurde alles immer schlimmer bis zum katastrophalen Ende. Und die Befreiung kam von außen, durch die Soldaten der Siegermächte. Von daher stammt wohl auch die Auffassung, die Erinnerung an eine Diktatur bestehe aus Opfergedenken und Erinnerung an den (gescheiterten) Widerstand.

SED-Diktatur? Ja, aber unter Stalin und Ulbricht war es schlimmer

Die meistgelesenen Artikel des Tages

Die SED-Diktatur hat aber einen anderen Verlauf genommen. Wir Älteren jedenfalls mussten sagen: Es war schon einmal schlimmer, nämlich unter Stalin und Ulbricht. Die wilden Verhaftungen und Haft ohne Gerichtsurteil gab es unter Honecker kaum noch, Feindsender hören wurde toleriert, das Risiko von Ost-West-Kontakten minderte sich erheblich. Und zur Geschichte der DDR gehört doch auch der Herbst 89 und das Jahr 1990, die ersten freien Wahlen, die Arbeit der freien Volkskammer und die ersten freien Kommunalwahlen im Mai. Offenbar haben wir Berührungspunkte mit erfreulichen Tatsachen. Weil Selbstbefreiung in der westdeutschen Vergangenheitsbewältigung nicht vorkommen konnte, wird sie nun übersehen. Wohlmeinende fordern jetzt ein Denkmal für die Opfer der DDR-Diktatur. Ich habe nichts dagegen. Aber wäre nicht vorher ein Denkmal für die deutsche Einheit dran? Eine Demokratie kann sich nicht nur aus traurigen Diktaturerfahrungen legitimieren. Wir sollten uns an den Gedanken gewöhnen, dass die deutsche Geschichte auch Erfreuliches zu bieten hat, nämlich manches vor 1933 und vieles seit 1989. Die Erinnerung allein an Katastrophen ermuntert nicht.

Der Theologe Richard Schröder gehörte 1990 zur frei gewählten Volkskammer der DDR und arbeitete mit am Verfassungsentwurf des Runden Tisches. Seit 1992 ist er im Beirat der Gauck-Behörde, seit 1993 Verfassungsrichter. Schröder lehrt Philosophie und Theologie an der Humboldt-Universität Berlin

29.06.2006 Die Zeit

Evelyn Finger

Was war die DDR? - Und was soll von ihr bleiben? Eine Reise zu den Gedenkstätten des untergegangenen deutschen Staates, von Marienborn über Leipzig nach Bautzen.

Das Archivbild vom 15. Februar 1999 zeigt den Abfertigungsbereich des ehemaligen Grenzübergangs an der A2 zwischen Marienborn (Sachsen-Anhalt) und Helmstedt (Niedersachsen). Der im Juli 1945 von den Alliierten eingerichtete Kontrollpunkt wurde zu einem Symbol des Kalten Krieges und der deutschen Teilung.

Die deutsche Geschichte ist kein angenehmer Reisebegleiter. Die Geschichte in Gestalt eines grobschlächtigen Mannes, der leicht schwankend das Zugabteil betritt, sieht anders aus, als man sich einen Renegaten der verflissenen DDR vorstellt. Er ist unrasiert, trägt ein schmutziges Netzhemd und riecht nach Schnaps. Frank Franz Draeger, geboren 1958 in Magdeburg, eingesperrt von 1979 bis 1985 unter anderem in Bautzen, wurde wegen versuchter Republikflucht verurteilt. Seine Neigung zu Tötlichkeiten brachte ihm aber noch andere, »normale« Haftstrafen ein, insgesamt 21 Jahre. Draeger, wie er da sitzt mit seinem Einkaufsbeutel als einzigem Gepäck, ist kein Vorzeige-Zeitzeuge aus dem ZDF-Spätprogramm, kein zur Heroisierung geeignetes Opfer des Stalinismus. Er hat gestern im Suff versehentlich den Zug nach Hamburg erwischt, jetzt will er zurück in den Osten. Ungefragt erzählt er seine Gefängnis Karriere.

Es ist die Allerweltsbiografie von einem, der immer wieder abstürzte, ausrastete, zuschlug, aber sie versinnbildlicht auch die Vertracktheit der DDR-Aufarbeitung. Draeger ist der Typ, von dem Revisionisten leicht behaupten können, er sei kein richtiger politischer Gefangener gewesen. Man hört förmlich die Lieblingslügen der Ex-Haftanstaltsleiter, Ex-Stasi-Offiziere, Ex-Richter, Ex-Polizisten: So einer habe zu Recht gegessen, so einer wäre auch in der Bundesrepublik kriminell geworden. Gerade ist Draeger wegen Mietschulden aus seiner Wohnung geflogen. Was er mit seiner Haftentschädigung gemacht hat? »22000 Mark«, sagt er erinnerungsselig, »wir wollten doch schon immer mal Mercedes fahren.« Nur als er seine erste Haftzeit erwähnt, drei Jahre Jugendwerkhof, beginnt er zu weinen. Der Vater habe ständig die Mutter verprügelt, und eines Tages fasste der Sohn den Mut, zurückzuschlagen.

Wenn Draeger weint, bekommt das Wort »aufarbeiten« einen schrecklich konkreten Klang. Dann tut sich der Abgrund des Unbewältigten auf, der von den Ostalgiefilmchen des Mitteldeutschen Rundfunks gemieden und durch die Geschichtswissenschaft allein nicht überbrückt wird. Denn hier geht es um moralische Fragen, um erlittenes Unrecht und fortwirkende Demütigung.

Der Grenzübergang in die DDR – hier ahnten auch Wessis, was Willkür heißt

Solche Fragen werden von Erinnerungsarchäologen wie Joachim Scherrieble beackert. Er leitet die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, ist Herr über rostige Schlagbäume, leere Passkontrollhäuschen, ein echtes Fluchtfahrzeug und viel betonierten Platz. Der größte innerdeutsche Grenzübergang, auf halber Strecke zwischen Hannover und Magdeburg, war mal die Vorhölle des Kalten Krieges, eine Schikaniermeile und bedrohlich knirschende Schleuse zwischen den Gesellschaftssystemen. Jetzt brettert im Norden der Autobahnverkehr der A2 vorbei, im Süden rauscht ungehindert der Intercity durch. »Gedenkstätte sein«, sagt Scherrieble, »heißt mehr als eine Dauerausstellung beheizen.« Es heiße Lebensgeschichten sammeln, mit Opfern streiten, mit Tätern, Schulklassen und den Rentnern der Bremer Seniorenunion, »die kommen, um sich anzuschauen, worüber sie schon immer Bescheid wussten«.

Marienborn ist einer der wenigen Orte, an dem Ost- und Westdeutsche nach 1945 gemeinsame Erfahrungen mit der Diktatur machten. Hier schüchtere das MfS auch die Transitwestler ein. Die waren plötzlich konfrontiert mit der Entscheidung: Kuschen oder drei Stunden Kontrollgarage riskieren? Da schwante einem, was Willkür bedeutet, aufhaltbar zu sein, womöglich erpressbar. »Stolpersteinpädagogik« nennt der aus Baden-Württemberg stammende Historiker Scherrieble seine Strategie, westdeutsche Besucher mit der Behauptung zu provozieren, die DDR gehöre auch zu ihrer Geschichte, und ostdeutschen Vergangenheitsverklärern die Vokabel Diktatur einzubimsen. »Bei meinem ersten Gedenkstättenleiter-Treffen wurde ich fast gelyncht, als ich den Begriff Diktatur verwendete, gerade von westdeutschen Kollegen, die fast alle aus NS-Einrichtungen kamen und gleich eine Bagatellisierung des Faschismus fürchteten.«

1995, als Scherrieble in Marienborn ankam, stand das Gras zwei Meter hoch. Das Stabsgebäude, wo heute Ausstellungen, Depots, Bibliothek und Seminarräume untergebracht sind, sei nicht wie jetzt gelb gewesen, sondern weiß. »Nachdem die Grenztruppen im Winter 1989/90 abgezogen waren, hat das MfS die Geschichte geweißelt.« Scherrieble rekonstruierte mühsam den Zustand vom Herbst 89. Als herauskam, dass am Passförderband die vorderste Kontrollbox fehlte, suchte er im Umkreis von zwanzig Kilometern die Gärten ab. Und wurde fündig.

Jetzt steht die hässliche Grenzer-Schachtel wieder an alter Stelle – ein Monument für die Geschichtsaktivisten der ersten Stunde, solche wie Scherrieble, die es auch in Leipzig, Jena, Bautzen, Potsdam, Berlin und Schnakenburg gibt. Fast 30 Einrichtungen gehören heute zur Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten. Wenn es 1995 nach dem CDU-Kanzler Helmut Kohl und Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder gegangen wäre, die die Förderung Marienborns ablehnten, würde eine der modernsten Dauerausstellungen zum Thema DDR nicht existieren. Allein letztes Jahr kamen 167000 Besucher (im Vergleich zu 32000 im Jahr 1996), und das bei einem Etat von bloß 500000 Euro und nur sechs fest angestellten Mitarbeitern, zu denen auch Hausmeister, Sekretärin, Buchhalterin zählen. Museumsführungen im klassischen Sinn bietet Scherrieble übrigens nicht. »Wir begleiten einen schmerzlichen Erinnerungsprozess. Ich sage meinen Mitarbeitern immer, sie sollen auf der Klaviatur der Gedenkstätte spielen wie auf einem Instrument.«

Er hat es vorgemacht, mit Rockkonzert und Freilufttheater, mit deutsch-deutschen Sprayer-, Harley- und Klöppel-Treffen. Da kämen sie »aus aller Herren Bundesländer«, machten das Bollwerk der Teilung zum Ort der Begegnung. Eben wurde auf Wunsch jugendlicher Fans eine Sonderschau wieder aufgebaut, die der abstrakten Zahl von etwa tausend Grenztoten ein

Gesicht gibt: das des Lehrlings Michael Gartenschläger. 1961 verurteilte die DDR ihn wegen staatsfeindlicher Schmierereien (»Macht das Tor auf«) und Anzünden einer Scheune zu lebenslänglichem Zuchthaus. Als er nach seinem Freikauf 1971 in die Bundesrepublik der freundschaftlichen Ostpolitik kam, prangerte er die Menschenrechtsverletzungen der SED an. Zum Beweis baute er an der innerdeutschen Grenze zwei Splitterminen ab. Wenige Wochen später durchsiebte ein Sondereinsatzkommando des MfS mit Dauerfeuer diesen Feind. Wie heißt es in Heiner Müllers *Mauser?* »Das tägliche Brot der Revolution ist der Tod ihrer Feinde.«

Dass Gartenschlägers Erschießung zur gesamtdeutschen Geschichte gehört, ebenso wie der Freispruch der Schützen im Jahr 2000 und der Freispruch des zuständigen Offiziers im Jahr 2003, erscheint in Marienborn selbstverständlich. Doch wo sonst kommen solche bitteren Wahrheiten massenwirksam zur Sprache? In Schulbüchern nicht. Im Kino nicht. Im Bundestag nur ausnahmsweise. Dass viele Repräsentanten des DDR-Regimes sich durch die Zahnlosigkeit der demokratischen Rechtsordnung bestätigt fühlen, gehört ja zu den prekärsten Aufarbeitungshindernissen. Weit über 20000 Untersuchungsverfahren wurden seit der Wende eingeleitet, doch am Ende gab es weniger als 1000 Strafverfahren, weniger als 300 Verurteilungen und weniger als 50 Haftstrafen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Opfer durch eine »Opferrente« Anerkennung finden, wie es die Bundesregierung nun endlich beschließen will. Das könnte den Beschönigungsfleiß der alten Kader dämpfen, die seit Jahren auf Gedenkveranstaltungen Geschichtsklitterung betreiben oder revisionistische Bücher verfassen. Das Gegenwartsträchtige unserer jüngsten Geschichte bleibt den Gedenkstätten in der schlecht bezuschussten, von Großpolitikern selten besuchten Aufarbeitungsprovinz überlassen. Neulich fehlte Marienborn sogar das Porto für die Einladungen zum 17. Juni.

Man muss das DDR-Aufarbeitungs-Spiel, das oft genug ein Vabanquespiel ist, eben spielen können. Tobias Hollitzer hat darin länger Übung als die meisten Kollegen – seit der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale Anfang Dezember 1989. Heute ist sie als Museum in der »Runden Ecke« bekannt und für eine enorme Sammlung von Wanzen, Abhöranlagen, Postkontrollmaschinen, Geruchsproben berühmt. Wenn man die schmalen Büroflure betritt, wird man wie durch eine Zeitschleuse ins trübe Zentrum des Überwachungswahns gesogen. Hier riecht es noch nach DDR-Linoleum, hier sind die Sprelacardtische und die grobmaschigen Gardinen weiterhin in Gebrauch. Vergangene Woche ersteigerte Museumschef Hollitzer auf eBay Mielkes Privatzimmer aus dem Leipziger Gästehaus des Ministerrates. Aber, sagt er, langsam vergehe ihm die Lust an Sammlertriumphen. Denn der laufende Ausstellungs-, Stadtführungs-, Vortrags-, Kino- und Geschäftsbetrieb bleibe eine Plackerei. »Es fällt uns immer wieder auf die Füße, dass wir zehn Jahre lang fast ohne Geld ausgekommen sind.«

Die Geschichte der DDR ist beileibe kein abgeschlossenes Problem

Bis zum Jahr 2000 hatte das Leipziger Bürgerkomitee, das sich aus Demonstranten des Wendeherbstes rekrutierte und die ehemalige Bezirksverwaltung des MfS buchstäblich in Handarbeit zum Museum umbaute, nur eine einzige feste Stelle. Auch jetzt malt Hollitzers Mutter aktuelle Plakate oft noch per Hand. Hollitzer hat sich maßlos geärgert, als vergangenen Herbst im Auftrag des Bundes eine Expertenkommission antrat, um die Gedenklandschaft zu evaluieren. Als wüssten die Malocher im Aufarbeitungsbergwerk nicht selbst am besten, wo ihre Defizite liegen, als hätten sie nicht in zahllosen Fördermittelanträgen um deren Behebung gerungen. Forschung beispielsweise bekam die Runde Ecke bisher nie finanziert, obwohl jedes seriöse DDR-Geschichte-Museum auf eigene Forschung angewiesen ist. »Museumsobjekte an sich sind ja lächerlich, wenn man sie nicht ausreichend kontextualisiert«, sagt Hollitzer. So ist die Brief-Aufdampfmaschine, die man für den Dreh des preisgekrönten Stasi-Films *Das Leben der Anderen* verlieh, im Museum an ein weit verzweigtes Wissenskonvolut angeschlossen: »Bei uns hätte der Regisseur noch viel

lernen können. Zum Beispiel, dass das Abhören keinesfalls auf dem Dachboden stattfand, sondern per Mietleitung der Post vom offiziellen Stasi-Quartier aus.«

Hollitzer kommt aus einem christlich-bürgerbewegten Elternhaus, durfte nicht studieren und hat vor 1989 die Oberen mit Hinweisen auf staatliche Verstöße gegen DDR-Gesetze malträtiert. Diese kohlhaassche Attitüde blitzt noch durch, wenn er in seiner MfS-Zentrale sitzt. »Wenn der Bund von uns Professionalität fordert, muss er sie auch ermöglichen. Es gibt kein Kontrollrecht ohne Förderpflicht.« Als Beispiel für vorbildliches Erinnern wird nun allenthalben das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig gepriesen. Es befindet sich zehn Spazierminuten von der Runden Ecke entfernt, ein auf Hochglanz polierter, bunt bestückter Ableger des Bonner Hauses der Geschichte, leicht konsumierbar. »Der Quadratmeterpreis dieser Ausstellung entspricht ungefähr dem Jahresetat, den die Runde Ecke lange Zeit hatte«, hat die Westberliner Historikerin Silke Klewin mal bemerkt, die die Gedenkstätte Bautzen leitet und gemeinsam mit Hollitzer und Scherrieble gegen die Expertenkommission protestierte.

»Hier tobt ja der memoriale Klassenkampf«, sagt Hollitzer sarkastisch. Seine Gegner saßen unter anderem im Bunkermuseum Kossa, einem ehemaligen Gefechtsstand der NVA, der jetzt vom so genannten Eurocenter Sächsische Militärgeschichte betrieben wird. Dessen Geschäftsführer ist der ehemalige Kommandant des Leipziger MfS-Bunkers, der Vereinsvorsitzende war vor der Wende Chef der städtischen Volkspolizei. Die friedliche Revolution ist noch nicht gewonnen, und es sind die Hollitzers, die weiterkämpfen, widerwillig unterstützt von der Politik. Die betrachtet die DDR-Geschichte als abgeschlossenes Problem, das sich vom Thron der Nachwendezufriedenheit herab verhandeln lässt. Die Forderung der Expertenkommission nach einer Verwissenschaftlichung der Aufarbeitung kann aber für Museen und Gedenkstätten nicht im gleichen Maße gelten wie für einen Forschungsverbund. Denn die berühmte Distanz zu den Gegenständen, die ein Schreibtischhistoriker vielleicht braucht, gibt es vor Ort naturgemäß nicht. Dort sind die »Gegenstände« präsent: die geschredderten, verklumpten Stasi-Akten, die Verhör Lampen, die Gefangenentransporter mit den spindschmalen Blechkabinen.

Thomas Raufeisen ist in so einem Transporter herumgekartt worden, mit dem Rücken in Fahrtrichtung und eingezogenem Kopf, ohne zu wissen, wohin die Fahrt ging. Das war 1982, da rollte er nach 14 Monaten Stasi-U-Haft von Hohenschönhausen in Richtung Bautzen. Das berüchtigtste Zuchthaus der DDR östlich von Dresden ist heute Gedenkstätte, manchmal kommt Raufeisen, Jahrgang 1962, noch hierher, um Auskunft zu geben. »Was man heute sieht und was man damals fühlte, ist nicht das Gleiche«, sagt er in der Einfahrt, wo an diesem Junisamstag die Sonne scheint und alle Türen offen stehen. Dann geht er hinein in den kühlen Knast, der früher viel kühler war. Die langen Gänge, die niedrigen Zellentüren, die Pritschen, die kellerfensterschmalen Lichtspalte, die Klappen vor den Türspionen, das filmreife Treppenhaus. Es sei damals vor allem lauter gewesen, sagt Raufeisen, auch die Stille war lauter. Der Ingenieur, der mit Frau und Kind angereist ist, wirkt nicht wie einer, der stündlich unter seiner Vergangenheit leidet. Er spricht ruhig, sehr reflektiert über die schlüsselrasselnde Verlorenheit, die einen hier erfasste. »Nach der Freilassung 1985 hatte ich anfangs Probleme, beim Bäcker ein Brötchen zu verlangen. Man traute sich nicht mehr, etwas zu wollen.«

Auch Raufeisen ist ein untypisches Opfer des Stalinismus, wie jeder Einzelne bei näherer Betrachtung. Bis zu seinem 17. Lebensjahr hatte er ein ganz normales Leben in Hannover geführt. Dann musste die Familie Hals über Kopf in die DDR fahren, weil sich herausstellte, dass der Vater Stasi-Agent bei der Preussag war und Gefahr lief, enttarnt zu werden. »Ein Schock«, sagt Raufeisen. Sein älterer Bruder, der volljährig war, schaffte es, legal wieder auszureisen. Er selbst wurde in eine Eliteschule gesteckt, die er schmiss, weil er die Fahnenappelle, den Frontalunterricht, den Handgranatenweitwurf nicht aushielt. »Ich kam mir vor wie in einem Schwarzweißfilm aus den Dreißigern. Dieser völlig normale Militarismus.« Anders, als manche Wissenschaftler glauben, können gerade die ehemaligen Gefangenen mit

ihren Ausnahmebiografien viel über die alltägliche Diktatur erzählen. Der junge Raufeisen, der Architekt werden wollen und nun eine Kfz-Schlosser-Lehre machte, wurde sogar von der NVA gemustert. Als er sich weigerte, drohte die Stasi, nahm ihn eine Nacht in Abschreckungshaft. Nach zwei alpträumen Jahren endete die Familie wegen geplanter Republikflucht im Gefängnis. Thomas Raufeisen bekam drei Jahre, seine Mutter sieben, sein Vater lebenslänglich.

Das Zentrum der Aufarbeitung ist die Provinz, vier Autostunden von Berlin

Silke Klewin lebt diesen schwer zu verortenden Zorn stellvertretend für die Opfer gelegentlich aus. Wenn sich bei einer Bautzener Veranstaltung die Bewacher zu Wort melden und die rehabilitierten Ex-Häftlinge als Kriminelle beschimpfen. Oder wenn wieder mal ein Stasi-Major behauptet, in der DDR habe es keine Isolationshaft gegeben. »Neulich wollte ich so einen am liebsten schütteln. Aber ich bin nur aufgestanden und habe gewettert.« Solche geharnischten Auftritte gehören auch zur Erinnerungsarbeit. Ein halber Sieg sei einzugestehen und eine neue Niederlage, schrieb Jürgen Fuchs 1998 in seinem Stasi-Roman *Magdalena*: das Wegtauchen der Täter, das Versacken der Fakten in einem merkwürdigen Macht- und Meinungsmorast. »War die Diktatur nur die Erfindung irgendwelcher Opfer, die nichts beweisen können?«

Klewin versucht, den Opfern wenigstens symbolische Genugtuung zu verschaffen. Zwar werden die Führungen in Bautzen nur ganz selten von ehemaligen Häftlingen gemacht. Aber sie leitet ihr Haus in dem Bewusstsein, dass es kein bloßes Museum wie ein Komponistengeburtshaus ist, sondern privater Gedenkort, öffentliches Podium, Friedhof. An diesem Junisamstag kommt zufällig noch ein älterer Häftling vorbei, der in den Fünzigern einsaß, er bringt seine Familie mit. Silke Klewin, die seit 1996 ein halbes Dutzend penibel recherchierte Publikationen über Bautzen herausgegeben hat, kocht Kaffee für alle. Heute ist mal wieder so ein Tag, an dem sie die gebotene Distanz zu ihren »Gegenständen« außer Acht lassen muss. Heute ist wieder so ein Tag, an dem man merkt, dass die Aufarbeitungsprovinz, vier Autostunden von Berlin entfernt, das Zentrum der Aufarbeitung ist. Später steht vor dem äußeren Tor auch der westdeutsche Haftanstaltsleiter, der nach der Wende als Letzter hier Dienst tat, und diskutiert mit einem befreundeten Gefängnispfarrer über Gerechtigkeit.

29.06.2006 Die Welt

Lars-Broder Keil und Uwe Müller

"Sie wird Rede und Antwort stehen" - Kulturstaatsminister Bernd Neumann fordert Aufklärung von der BIRTHLER-Behörde. Es geht um zurückgehaltene Berichte über die Stasi-Kontakte von Bundestagsabgeordneten

DIE WELT: Herr Neumann, die BIRTHLER-Behörde hält seit April 2005 einen Forschungsbericht zurück, nach dem 43 Abgeordnete des 6. Deutschen Bundestages (1969-72) vom DDR-Geheimdienst erfaßt waren. Halten Sie es für klug, daß derartige Erkenntnisse selbst dem Parlament vorenthalten werden?

Bernd Neumann: In einer ersten Stellungnahme hat mich die Behördenleiterin Marianne BIRTHLER darauf hingewiesen, daß mit den Daten sorgfältig umgegangen werden muß. Eine Registrierung in den sogenannten Rosenholz-Dateien bedeute nicht automatisch eine Zusammenarbeit mit der Stasi. Lediglich drei der 43 Abgeordneten hätten nach derzeitigem Stand aktiv mit dem DDR-Geheimdienst kooperiert. Frau BIRTHLER sagt, man wolle keinen falschen Verdacht nähren, den Bericht zunächst gründlich prüfen und ihn dann im kommenden Jahr vorlegen. Das klingt plausibel.

WELT: Nach unserer Kenntnis wollte das fünfköpfige Forscherteam anhand der Befunde weiterforschen. Das ist von der Behördenspitze gedeckelt worden. Uns fällt es daher schwer, die Ernsthaftigkeit zu erkennen, sich diesem Thema zu widmen.

Neumann: Frau BIRTHLER weist dieses als falsch zurück. Dennoch haben wir einen detaillierten Bericht angefordert, der zu den entsprechenden Vorwürfen Stellung nimmt, die in den Medien

kursieren. Dieser Bericht liegt noch nicht vor. Leider schadet die Debatte dem Ansehen der Behörde.

WELT: Welche Möglichkeiten haben Sie, einzuschreiten?

Neumann: Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat lediglich die Dienstaufsicht über die BIRTHLER-Behörde und keine Fachaufsicht. Das heißt, ich kann nur einschreiten, wenn Dinge rechtlich nicht in Ordnung sind. Dafür gibt es im vorliegenden Fall keine Anzeichen. Die Mitteilungspflicht der Behörde gegenüber dem Parlament bezieht sich nicht auf frühere Abgeordnete. Aber es gibt einen Beirat, der die inhaltliche Arbeit begleitet und die Bundesbeauftragte in wichtigen Angelegenheiten berät. Dem Beirat gehören acht Mitglieder an, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden. Dazu zählen aktive Bundestagsabgeordnete und auch Experten wie Professor Manfred Wilke. Ferner gehören neun Mitglieder zum Beirat, die von den neuen Bundesländern vorgeschlagen werden. Ich gehe davon aus, daß die von Wilke geäußerten Vorwürfe in einer Beiratssitzung behandelt und auch aufgeklärt werden.

WELT: Der SED-Forscher Wilke hat Frau BIRTHLER in der WELT vorgeworfen, sie habe den Bericht im vergangenen Jahr aus privaten Karrieregründen zurückgehalten. Sie habe keinen Konflikt mit dem Parlament gewollt, um ihre Wiederwahl nicht zu gefährden. Halten Sie das für möglich?

Neumann: Bislang hat Frau BIRTHLER nie den Eindruck gemacht, sie würde Konflikten aus dem Weg gehen. Eher hat sie sich die Kritik zugezogen, sie würde zu weit gehen bei der Ausfüllung ihres Auftrages. Andererseits ist Professor Wilke ein anerkannter Wissenschaftler. Deshalb besteht hier Aufklärungsbedarf.

WELT: Kritisiert wird die Forschungs- und Bildungsarbeit der Behörde insgesamt. In einem Memorandum ziehen Manfred Wilke und der Stasi-Experte Hubertus Knabe jetzt eine vernichtende Bilanz. Die Abteilung arbeite ineffizient, sei zuwenig mit externen Einrichtungen vernetzt und werde fachlich nicht evaluiert. Alarmiert Sie das?

Neumann: Den Bereich Forschung und Bildung müssen wir uns genauer ansehen, es gibt Anzeichen, daß man dort effizienter werden muß. Die BIRTHLER-Behörde ist eine nachgeordnete Behörde meines Hauses und wird aus unserem Etat mit über 100 Millionen Euro pro Jahr finanziert. Daher bin ich der Auffassung, daß diejenigen, die das Geld zur Verfügung stellen, das Recht haben nachzufragen.

WELT: Bisher hat sich Frau BIRTHLER solche Einmischungen stets verboten.

Neumann: Frau BIRTHLER vertritt die Meinung, daß sie nur dem Parlament auskunftspflichtig sei. Aber ich werde mich unabhängig von Fragen der Rechtsaufsicht auch inhaltlich um die Arbeit der Behörde kümmern, zumal wir für Personal, Organisation und Haushalt eine Dienstaufsicht haben.

WELT: Hat das Parlament sich zuwenig für die Arbeit der Behörde interessiert?

Neumann: Das kann ich nicht erkennen. Nach den Irritationen der letzten Tage bin ich mir sicher, daß der Bundestag seine Verantwortung sieht, sich dieser Vorgänge direkt oder über seine Vertreter im Kulturausschuß annimmt. Ich habe im übrigen heute im Kulturausschuß des Deutschen Bundestages dieses Thema angesprochen und Entsprechendes vorgeschlagen. Da sich Frau BIRTHLER am Parlament orientiert, wird sie dort Rede und Antwort stehen.

WELT: Über die Zukunft der BIRTHLER-Behörde wird auch im Rahmen der Sabrow-Kommission nachgedacht, der Vorschläge zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur SED-Diktatur vorgelegt hat.

Neumann: Wir müssen überlegen, wie die Arbeit der Behörde angesichts zurückgehender Anträge auf Akteneinsicht strukturiert wird. Wir brauchen ein langfristig tragendes Konzept. Über die diesbezüglichen Vorschläge der Sabrow-Kommission muß man sachlich diskutieren. Zum Beispiel halte ich es nicht für sinnvoll, der BIRTHLER-Behörde die Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen zuzuschlagen.

WELT: Sie sind insgesamt sehr kritisch gegenüber den Vorschlägen?

Neumann: Es gibt bei den Vorschlägen eine Reihe von Punkten, die man kritisch hinterfragen muß. Die Zusammensetzung der Kommission wurde von manchen als nicht ausgewogen bezeichnet. Sie wurde von der Vorgängerregierung eingesetzt. Die Opferverbände beklagen, sie seien nicht angemessen berücksichtigt worden. Inhaltlich wird beispielsweise kritisiert, daß die DDR-Diktatur zu sehr unter historischen Forschungsgesichtspunkten gesehen wird. Es ist schon bei der Aufarbeitung wichtig, den emotionalen Aspekt durch Gedenkstätten zu berücksichtigen. Die Mauer, die Deutschland getrennt hat, muß auch für künftige Generationen an zentralen Orten sichtbar und erlebbar bleiben. Wichtige Erinnerungsorte wie das Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen müssen in ihrer Eigenständigkeit und Wirksamkeit erhalten bleiben. Es ist wichtig, daß Geschichte auch emotional erfahrbar wird. Auch nachfolgende Generationen müssen immer wieder zur Erkenntnis kommen, daß Diktaturen jedweder Richtung durch Unterdrückung und Unmenschlichkeit gekennzeichnet sind und in Deutschland für alle Zeiten keinen Platz mehr haben dürfen.

29.06.2006 Die Welt

lbk/sfk

Der Streit um das DDR-Gedenken geht weiter - Am Mittwochnachmittag hat der Kulturausschuß des Bundestages erstmals über das Gutachten zum künftigen Gedenken an das DDR-Unrecht beraten. Das vieldiskutierte Papier hatte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU, siehe Interview) bei der Präsentation Mitte Mai eher unfreundlich in Empfang genommen; die Kommission war noch von seiner Vorgängerin Christina Weiss eingesetzt worden. Die Experten unter Vorsitz des Potsdamer Zeithistorikers Martin Sabrow schlagen vor, künftig drei Säulen der Erinnerung an die SED-Diktatur zu unterstützen.

Im Komplex "Überwachung und Verfolgung" sollen langfristig die Forschungsabteilung der Birthler-Behörde und verschiedene Stasi-Gedenkstätten zusammengefaßt werden. Der zweite Bereich, "Mauer und Teilung", wird mit Rücksicht auf das erst vergangene Woche beschlossene "Gesamtkonzept zum Mauergedenken" des Berliner Senats nur knapp behandelt. Da der Bund hier fast 20 Millionen Euro der Kosten übernehmen soll, muß der Bundestag zustimmen.

Am heftigsten ist die Kritik an der dritten Säule: "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand." Hier sollen die Auswirkungen der Diktatur bis in den Alltag der DDR-Bürger behandelt werden. Die Durchdringung der Gesellschaft durch die SED drangsalierte die Ostdeutschen weit bis ins Privatleben. Nach den Vorstellungen der Kommission soll diese Säule künftig besonders betont werden. Kritiker dagegen fürchten vor dem Hintergrund einer um sich greifenden Verklärung des SED-Regimes, daß sich unter dem Begriff "Alltag" eine Relativierung der Diktaturwirklichkeit einschleichen könnte.

Ehemalige DDR-Bürger, etwa die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe sowie der Theologe Richard Schröder, verteidigen jedoch die vorgeschlagene Erweiterung. Joachim Gauck, bis 2000 erster Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, sagte der WELT: "Damit würde der SED-Staat erneut demaskiert und delegitimiert." Er erzähle bei Veranstaltungen in Westdeutschland "immer von der Schule in der DDR, in der ein Typus geschaffen wurde, den ich nicht als Bürger, sondern als Staatsinsassen bezeichne". Beispiele für die Arroganz der Macht im Alltäglichen fände man auch bei der Kaderpolitik, bei der Unterdrückung von privater Eigeninitiative, beim Umgang mit Versorgungsmängeln und selbst im Zivilrecht. Dies darzustellen wäre ein neuer Zugang zur Wirklichkeit der Diktatur. Gauck betont: "Ich kann darin keine Weichzeichnung der DDR erkennen." Auch Marianne Birthler, Gaucks Nachfolgerin in der Stasi-Unterlagen-Behörde, ist dieser Aspekt bisher zu kurz gekommen: "Das Wesen einer Diktatur ist der Verlust von Recht und Freiheit. Der zeigt sich aber nicht nur in Gefängnissen, sondern auch im täglichen Leben."

Dagegen sieht Jörg Drieselmann die Gefahr einer "Weichzeichnung" der DDR. Der Geschäftsführer der Gedenkstätte in der Berliner Stasi-Zentrale kritisiert: "Die Formulierung vom Paradigmenwechsel im DDR-Gedenken in früheren Papieren der Expertenkommission wurde zwar entschärft. Aber ich fürchte, daß es trotzdem in diese Richtung laufen soll." Für ihn ist es trivial, der Allgegenwart der Diktatur mehr Raum einzuräumen: "Die DDR hat mehr durch Belohnung und Privilegien funktioniert als durch Repression." Man könne die Darstellung der DDR jedoch nicht aufteilen und das noch institutionell zementieren. Damit ginge das Verbindende verloren, eben der Diktaturcharakter.

Die Debatte ist schwierig, weil es neben der inhaltlichen Kontroverse um das Verständnis von "Alltag" auch um den künftigen Status bestehender Institutionen und damit um Fördermittel geht. Darüber, wie eine Einigung aussehen könnte, scheint im Kulturausschuß keine klare Haltung zu bestehen. Die Forderungen sind vielfältig. Vor der gestrigen Sitzung sagte Rainer Eppelmann, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Aufarbeitung: "Noch immer gibt es in der Mitte Berlins keinen zentralen Ort der Erinnerung an die Opfer des SED-Regimes, an Opposition und Widerstand, für Freiheit und Demokratie. Hier wünsche ich mir ein klares Votum der Parlamentarier." Der Kulturausschuß, so war im Vorfeld zu hören, wird wohl nun eine eigene Anhörung zum Sabrow-Papier veranstalten.

28.06.2006 Berliner Morgenpost

Uwe Müller

Chefin der BIRTHLER-Behörde in Erklär-Not – Sie soll brisanten Bericht über Abgeordnete zurückgehalten haben

Kaum war die Bundestagswahl am 18. September gelaufen, meldete sich Marianne Birthler mit einem Anliegen zu Wort: Die Chefin der Unterlagen-Behörde forderte die frisch gewählten Volksvertreter auf, sich freiwillig einer Stasi-Überprüfung zu unterziehen. Die Öffentlichkeit "habe ein Recht darauf zu erfahren, welche Abgeordneten früher mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammengearbeitet haben", erklärte sie und erhielt dafür Beifall.

Inzwischen klingt der damalige Appell unglaubwürdig. Denn bekannt wurde: Ausgerechnet die Behörde hält der Öffentlichkeit seit über einem Jahr wichtige Informationen zu Verbindungen zwischen Volksvertretern und Mielkes Spitzeln vor. Auf Anweisung von Marianne Birthler, so berichtete die Wochenzeitung "Die Zeit", wird ein interner Forschungsbericht unter Verschuß gehalten. Zu dem Vorgang werden unterdessen immer neue Details bekannt, die sich nach und nach zu einem handfesten Skandal verdichten.

Abgeordnete offenbar "abgeschöpft"

Worum geht es? Forscher der Behörde haben sogenannte Rosenholz-Dateien ausgewertet. Dabei handelt es sich um Datenträger der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), dem Auslandsnachrichtendienst des MfS. Das Material, rund 350 000 auf Mikrofilm gebannte Einzeldaten, gelangte in der Wendezeit auf mysteriöse Weise in die Hände der CIA und wurde den deutschen Behörden erst 2003 übergeben. Die Entschlüsselung gestaltete sich schwierig, doch seit April 2005 liegt ein 238 Seiten dickes Dossier vor.

Ein Aspekt ist besonders brisant. Die Behördenforscher verglichen die Namen der "Rosenholz"-Dateien mit sämtlichen Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages (1969-1972). Das verblüffende Ergebnis: Zu 43 Parlamentariern - 30 von der SPD, zehn von der CDU und drei von der FDP - fanden sich Einträge. Ihre Registrierung bedeutet nicht automatisch, daß sie als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) tätig waren. Aber vermutlich wurden die Politiker vom MfS abgeschöpft. Grund genug also, der Sache auf den Grund zu gehen. Genau das jedoch untersagte die Behörden-Spitze.

Forschungsgruppe aufgelöst

Gegen interne Widerstände wurde die fünfköpfige "Forschungsgruppe Rosenholz" aufgelöst und die gewonnenen Erkenntnisse als "nicht publikationsfähig" eingestuft. Eine Unterrichtung

des Bundestages unterblieb. Manfred Wilke, einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin, erhebt deshalb schwere Vorwürfe. Der Berliner Morgenpost sagte er: "Es spricht viel dafür, daß Frau Birthler die Veröffentlichung der Ergebnisse aus persönlichen Karrieregründen verhindert hat." Die Amtsleiterin mit grünem Parteibuch habe Mitte 2005 trotz rot-grüner Bundestagsmehrheit keinen Konflikt gewollt, um ihre anstehende Wiederwahl nicht zu gefährden. Wilke: "Einen anderen Grund für diese Entscheidung kann ich nicht erkennen."

Was der DDR-Spezialist sagt, hat auch deshalb Gewicht, weil er ein vom Bundestag entsandtes Mitglied im Beirat der Birthler-Behörde ist. Trotz mehrfacher Nachfrage sei dieses Gremium erst im Mai 2006 über den Bericht und die Auflösung der "Rosenholz"-Gruppe informiert worden, sagte Wilke. Dafür seien zwar auch Termingründe verantwortlich gewesen. Doch seine Ankündigung, die Unions-Bundestagsfraktion zu unterrichten, sei "entschieden mißbilligt" worden. Der Wissenschaftler: "Da herrscht Closed-Shop-Mentalität." Öffentlichkeitsarbeit kritisiert

Zusammen mit dem Stasi-Experten Hubertus Knabe hat Wilke unterdessen ein Memorandum ("Die Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Akten-Behörde") vorgelegt. Ihre Bilanz fällt durchweg vernichtend aus. Die aus annähernd 70 Mitarbeitern bestehende Abteilung habe in fast 15 Jahren ihrer Existenz "vergleichsweise wenig" zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweisen der Stasi beigetragen. Trotz großzügiger staatlicher Unterstützung würden selbstgewählte Aufgaben "zu einem erheblichen Teil verspätet, unvollständig oder gar nicht realisiert". Eine fachliche Kontrolle sei ebensowenig gegeben wie eine externe Evaluierung, heißt es in dem achtseitigen Papier.

Die Birthler-Forscher haben einen bevorzugten Zugang zu Stasi-Dokumenten, die sie im Gegensatz zu anderen Wissenschaftlern oder Medienvertretern ungeschwärzt einsehen dürfen. Gerade wegen dieses Privilegs halten es Knabe und Wilke für unverständlich, daß "Unterstützungsbitten externer Einrichtungen" zumeist abschlägig beschieden würden. Bemängelt wird die interne Organisation im "bürokratischen Großapparat": So dürften die Forscher ihre Texte erst nach langwieriger Prüfung veröffentlichen, was "extrem demotivierend" sei und "an die Druckgenehmigungspraxis der früheren DDR" erinnere.

Im Bundestag regt sich Unmut

Unterdessen regt sich auch im Bundestag Unmut über die Behörde. Der sächsische Abgeordnete Arnold Vaatz (CDU), als Bürgerrechtler früher selbst Opfer der Stasi-Methoden, findet es "sehr irritierend", wie mit "Rosenholz"-Erkenntnissen verfahren worden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum nicht längst überprüft worden sei, ob auch zu den Parlamentariern anderer Legislaturperioden Erfassungen vorliegen würden. Der Sprecher der ostdeutschen CDU-Gruppe im Bundestag meint: "Das ist keine Behörde zur Aufarbeitung, sondern zur Deckelung." So gut wie keine relevante Diskussion zu Stasi-Themen sei auf die Arbeit der Behörde zurückzuführen. Medienberichte oder Filme wie "Das Leben der Anderen" hätten eine viel größere Wirkung.

Auf Anfrage teilt die Behörde mit, Frau Birthler stehe der Berliner Morgenpost erst am Donnerstag für ein Gespräch zur Verfügung. Die Kritik am Umgang mit dem Forschungsbericht, "dessen Details für die Fachwelt gewiß von Interesse sind", wird kategorisch zurückgewiesen. Die erst für 2007 vorgesehene Veröffentlichung bedürfe "noch der hausinternen Abstimmung sowie - aus Qualitätsgründen - einer grundlegenden redaktionellen Überarbeitung."

Im übrigen wird betont, daß der Bundestag noch nicht erledigte Aufgaben der Behörde nie "als pflichtwidriges Versäumnis" gerügt habe. Alle Fraktionen im Hohen Haus hätten wiederholt "die großen Leistungen der Behörde hervorgehoben".

**28.06.2006 Märkische Allgemeine Zeitung
Dr. Günter Müller**

Für eine ausgewogene Darstellung der Geschichte (Zu „Die DDR war ein Paradoxon“)

28.06.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Marianne Birthler

Unterwanderte Republik? Seit drei Jahren ist die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen im Besitz der "Rosenholz"-Daten. Mit Hilfe dieser Karteien ...

28.06.2007 Berliner Morgenpost

Uwe Müller

Chefin der Birthler-Behörde in Erklär-Not – Sie soll brisanten Bericht über Abgeordnete zurückgehalten haben

Kaum war die Bundestagswahl am 18. September gelaufen, meldete sich Marianne Birthler mit einem Anliegen zu Wort: Die Chefin der Unterlagen-Behörde forderte die frisch gewählten Volksvertreter auf, sich freiwillig einer Stasi-Überprüfung zu unterziehen. Die Öffentlichkeit "habe ein Recht darauf zu erfahren, welche Abgeordneten früher mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zusammengearbeitet haben", erklärte sie und erhielt dafür Beifall.

Inzwischen klingt der damalige Appell unglaubwürdig. Denn bekannt wurde: Ausgerechnet die Behörde hält der Öffentlichkeit seit über einem Jahr wichtige Informationen zu Verbindungen zwischen Volksvertretern und Mielkes Spitzeln vor. Auf Anweisung von Marianne Birthler, so berichtete die Wochenzeitung "Die Zeit", wird ein interner Forschungsbericht unter Verschluss gehalten. Zu dem Vorgang werden unterdessen immer neue Details bekannt, die sich nach und nach zu einem handfesten Skandal verdichten.

Abgeordnete offenbar "abgeschöpft"

Worum geht es? Forscher der Behörde haben sogenannte Rosenholz-Dateien ausgewertet. Dabei handelt es sich um Datenträger der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), dem Auslandsnachrichtendienst des MfS. Das Material, rund 350 000 auf Mikrofilm gebannte Einzeldaten, gelangte in der Wendezeit auf mysteriöse Weise in die Hände der CIA und wurde den deutschen Behörden erst 2003 übergeben. Die Entschlüsselung gestaltete sich schwierig, doch seit April 2005 liegt ein 238 Seiten dickes Dossier vor.

Ein Aspekt ist besonders brisant. Die Behördenforscher verglichen die Namen der "Rosenholz"-Dateien mit sämtlichen Abgeordneten des 6. Deutschen Bundestages (1969-1972). Das verblüffende Ergebnis: Zu 43 Parlamentariern - 30 von der SPD, zehn von der CDU und drei von der FDP - fanden sich Einträge. Ihre Registrierung bedeutet nicht automatisch, daß sie als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) tätig waren. Aber vermutlich wurden die Politiker vom MfS abgeschöpft. Grund genug also, der Sache auf den Grund zu gehen. Genau das jedoch untersagte die Behörden-Spitze.

Forschungsgruppe aufgelöst

Gegen interne Widerstände wurde die fünfköpfige "Forschungsgruppe Rosenholz" aufgelöst und die gewonnenen Erkenntnisse als "nicht publikationsfähig" eingestuft. Eine Unterrichtung des Bundestages unterblieb. Manfred Wilke, einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin, erhebt deshalb schwere Vorwürfe. Der Berliner Morgenpost sagte er: "Es spricht viel dafür, daß Frau Birthler die Veröffentlichung der Ergebnisse aus persönlichen Karrieregründen verhindert hat." Die Amtsleiterin mit grünem Parteibuch habe Mitte 2005 trotz rot-grüner Bundestagsmehrheit keinen Konflikt gewollt, um ihre anstehende Wiederwahl nicht zu gefährden. Wilke: "Einen anderen Grund für diese Entscheidung kann ich nicht erkennen."

Was der DDR-Spezialist sagt, hat auch deshalb Gewicht, weil er ein vom Bundestag entsandtes Mitglied im Beirat der Birthler-Behörde ist. Trotz mehrfacher Nachfrage sei dieses Gremium erst im Mai 2006 über den Bericht und die Auflösung der "Rosenholz"-Gruppe informiert worden, sagte Wilke. Dafür seien zwar auch Termingründe verantwortlich

gewesen. Doch seine Ankündigung, die Unions-Bundestagsfraktion zu unterrichten, sei "entschieden mißbilligt" worden. Der Wissenschaftler: "Da herrscht Closed-Shop-Mentalität." Öffentlichkeitsarbeit kritisiert

Zusammen mit dem Stasi-Experten Hubertus Knabe hat Wilke unterdessen ein Memorandum ("Die Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Akten-Behörde") vorgelegt. Ihre Bilanz fällt durchweg vernichtend aus. Die aus annähernd 70 Mitarbeitern bestehende Abteilung habe in fast 15 Jahren ihrer Existenz "vergleichsweise wenig" zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweisen der Stasi beigetragen. Trotz großzügiger staatlicher Unterstützung würden selbstgewählte Aufgaben "zu einem erheblichen Teil verspätet, unvollständig oder gar nicht realisiert". Eine fachliche Kontrolle sei ebensowenig gegeben wie eine externe Evaluierung, heißt es in dem achtseitigen Papier.

Die Birthler-Forscher haben einen bevorzugten Zugang zu Stasi-Dokumenten, die sie im Gegensatz zu anderen Wissenschaftlern oder Medienvertretern ungeschwärzt einsehen dürfen. Gerade wegen dieses Privilegs halten es Knabe und Wilke für unverständlich, daß "Unterstützungsbitten externer Einrichtungen" zumeist abschlägig beschieden würden. Bemängelt wird die interne Organisation im "bürokratischen Großapparat": So dürften die Forscher ihre Texte erst nach langwieriger Prüfung veröffentlichen, was "extrem demotivierend" sei und "an die Druckgenehmigungspraxis der früheren DDR" erinnere.

Im Bundestag regt sich Unmut

Unterdessen regt sich auch im Bundestag Unmut über die Behörde. Der sächsische Abgeordnete Arnold Vaatz (CDU), als Bürgerrechtler früher selbst Opfer der Stasi-Methoden, findet es "sehr irritierend", wie mit "Rosenholz"-Erkenntnissen verfahren worden sei. Er könne nicht nachvollziehen, warum nicht längst überprüft worden sei, ob auch zu den Parlamentariern anderer Legislaturperioden Erfassungen vorliegen würden. Der Sprecher der ostdeutschen CDU-Gruppe im Bundestag meint: "Das ist keine Behörde zur Aufarbeitung, sondern zur Deckelung." So gut wie keine relevante Diskussion zu Stasi-Themen sei auf die Arbeit der Behörde zurückzuführen. Medienberichte oder Filme wie "Das Leben der Anderen" hätten eine viel größere Wirkung.

Auf Anfrage teilt die Behörde mit, Frau Birthler stehe der Berliner Morgenpost erst am Donnerstag für ein Gespräch zur Verfügung. Die Kritik am Umgang mit dem Forschungsbericht, "dessen Details für die Fachwelt gewiß von Interesse sind", wird kategorisch zurückgewiesen. Die erst für 2007 vorgesehene Veröffentlichung bedürfe "noch der hausinternen Abstimmung sowie - aus Qualitätsgründen - einer grundlegenden redaktionellen Überarbeitung."

Im übrigen wird betont, daß der Bundestag noch nicht erledigte Aufgaben der Behörde nie "als pflichtwidriges Versäumnis" gerügt habe. Alle Fraktionen im Hohen Haus hätten wiederholt "die großen Leistungen der Behörde hervorgehoben".

27.06.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Regina Mönch

Pathos des Alltags - Die DDR ist nicht zu verstehen, wenn man das alltägliche Leben im totalitären Staat ignoriert. Ignoranz wiederum unterstellen Opferverbände und einige Historiker jedem, der es wagt, an den Alltag in der DDR zu erinnern. Sie behaupten, darüber würden die wahren Opfer der Diktatur vergessen, und unterstellen statt dessen eine Verherrlichung des Kleine-Leute-Idylls der Nostalgiker. Doch die Expertenkommission der Bundesregierung hatte nichts weniger im Sinn, als sie kürzlich das Thema "Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand" zur öffentlichen Diskussion gestellt hat.

Die Erinnerung an die SED-Diktatur allein auf dem Schrecken der Zuchthäuser aufbauen zu wollen, hält sie für unzureichend. Denn Mitgefühl allein vermag nicht zu erklären, wie Machtmißbrauch funktionierte. Wer Mitgefühl zeigt, aber nichts weiß über den Alltag in der

DDR, wird nicht verstehen, warum die einen sich anpaßten und andere aufbegehrten, warum Menschen verschwanden, ohne daß es zu nennenswerten Protesten kam, trotzdem aber die Sehnsucht nach Freiheit genausowenig zu ersticken war wie die Furcht vor dem allmächtigen Staat.

Der Furor, mit dem sich die Kritiker der Sabrow-Kommission gegen eine Beschäftigung mit Alltagsphänomenen der DDR wenden, ist irritierend. Die Behauptung aber, Alltag verharmlose die Diktatur, ist gefährlich. Denn so entsteht ein Zerrbild, das die alltäglichen Mechanismen der Macht ausblendet. Man muß neben dem Terror der Staatssicherheit auch an das Bildungssystem der DDR erinnern, das so vielen, Schülern wie Lehrern, das Rückgrat gebrochen hat. Man muß an die Verachtung für Randgruppen, die Mißhandlung von Heimkindern, den verlogenen Antifaschismus, die rigide Kaderpolitik der SED und die Kontrolle des gesamten öffentlichen Lebens in der DDR erinnern, weil auch das unmenschlich war und die Macht der Partei stützte.

Das Bild, das sich die Öffentlichkeit bisher machte, ist zu einseitig, wenn man diesen Untertanenstaat begreifen will. Der verbreitete Glaube, die Spitzel der Staatssicherheit und ihre hauptamtlichen Führer seien das Böse an sich gewesen, entlastet all jene, die ihre Kollegen beim Parteisekretär oder Kaderleiter anschwärzten. Er übersieht jene, die bis zum letzten Tag Mitglieder der paramilitärischen Kampfgruppen waren, die nicht Mut, sondern opportunistische Wendigkeit davor bewahrte, ihre Waffen gegen Nachbarn und Kollegen auf den Straßen der Revolution zu richten. In das Schwarzweißbild einer geschlossenen, unmündigen Gesellschaft muß man die Grautöne der Angst eintragen, die Eltern dazu trieb, ihren Kindern das Lügen beizubringen, auf daß sie durchkämen im Dschungel unscharfer oder nur vermuteter Verbote; dieser Angst, die immer wieder Untertanen formen half, aber eben auch den Widerstand, die Verweigerung hervorrief.

Vor allem aber erklärt sich mit der Beschränkung des Blicks auf Staatssicherheit, Folter und Mauerbrand keinem die Revolution von 1989. Als im Sommer dieses Epochenjahres Zehntausende junger Leute ihre Rucksäcke packten, um durch das Loch im Eisernen Vorhang, das sich in Ungarn gerade geöffnet hatte, in den Westen zu verschwinden, weg aus dem verlogenen Land ihrer Eltern, flohen sie nicht vor drohender Stasihaft. Sie flohen vor einem Alltag, den sie als unerträglich und unfrei empfanden. Sie hatten erkannt, noch vor ihren Eltern, daß die Kluft zwischen versprochener lichter Zukunft und realer sozialistischer Alltagsmühe nicht mehr überbrückbar war. Sie folgten einem Impuls der Freiheit, wie später die Eltern, die auch auf die Straßen gingen, um einen Staat zum Teufel zu jagen, der ihre Kinder außer Landes getrieben hatte.

Im Herbst vor sechzehn Jahren brachten alltägliche, ganz normale Menschen ein Weltreich zum Einsturz, ein marodes zwar, aber doch eines, das vermeintlich gerüstet war gegen jede Form von Eigensinn und Zivilcourage und das bis dahin noch jede sich ausbreitende Sehnsucht nach Freiheit zu unterdrücken vermocht hatte. Der Mauerfall, ein Weltereignis und eine Epochenzäsur, wird heute gern, vielleicht der in Deutschland verbreiteten Pathosallergie wegen, lieber mit günstiger außenpolitischer Konstellation und dem wirtschaftlichen Desaster des sozialistischen Lagers erklärt. Doch ausgelöst zu gerade diesem Zeitpunkt hat den Umsturz etwas anderes: Die Unerträglichkeit des Seins verlieh schließlich Millionen von Menschen den Mut, aus dem falschen Leben auszusteigen, ohne sich zuvor vergewissern zu können, daß sie das andere, das eigentliche Leben auch meistern würden. Die Erinnerung daran wäre es wert, wieder aufgefrischt zu werden, nur ist das ohne Pathos nicht zu haben. Und ohne die Kenntnis des Alltags nicht zu verstehen.

Die Kühnheit des Jahres 1989 entfaltete sich so unerwartet und explosiv aus einer Gesellschaft heraus, die nicht nur zerrissen, unzufrieden und depressiv war, sondern deren Mehrheit überangepaßt und brav zu sein schien. Wer aber den Westen wollte und damit die Freiheit, sein Schicksal selbst zu bestimmen, so vehement verlangte wie das Volk von 1989, hatte tausend Gründe dafür und erkannte sein Recht: das Recht auf Freiheit. Das von der

Sabrow-Kommission empfohlene Geschichtshaus, das sich dem Alltag im totalitären Staat widmen soll, könnte man auch als Museum der Freiheit inszenieren.

Die Ignoranz, mit der Alltag und Revolution bisher behandelt wurden, hat die Frustration und Entmutigung vieler Ostdeutscher befördert und der Ostalgie Tür und Tor geöffnet. Doch wer die Kühnheit dieses Augenblicks der Weltgeschichte übersieht, degradiert die Revolution von 1989 zu einem Zufall, in den die Ostdeutschen hineingeraten scheinen, ohne Sinn und Verstand. Es war anders, und dies zu erklären und in den Erinnerungskanon aufzunehmen wäre an der Zeit: Es gehört zur europäischen Freiheitsgeschichte.

23.06.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Mechthild Küpper

Die Stasi in Fraktionsstärke? Kritik an der Birthler-Behörde.

23.06.2006 Berliner Zeitung

Frank Herold

Was war der Sozialismus? - Nicht nur die Deutschen tun sich schwer mit der Aufarbeitung dieses Teils der Vergangenheit

Wie soll der verblichene Sozialismus gedeutet, wie soll seiner gedacht werden? Die heftigen Wortgefechte, die kürzlich in Deutschland um das Gutachten der Sabrow-Kommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte entbrannten, hätten sich ähnlich auch in den anderen "Wendestaaten" Mittel- und Osteuropas abspielen können.

In Tschechien hat der Senat, die zweite Parlamentskammer, gerade erst ein Gesetz zur Einrichtung einer Art Birthler-Behörde verabschiedet. Das Institut für das Nationale Gedenken soll die Akten der kommunistischen Zeit, vor allem die des Staatssicherheitsdienstes StB, sammeln, aufbereiten und teilweise öffentlich zugänglich machen. Wirklich eilig ist es den Politikern jedoch nicht. Wenn auch die Abgeordnetenkammer zustimmt, wird das Gesetz zum 1. Juli 2007 in Kraft treten - knapp 18 Jahre nach der Wende.

Tschechiens Vergangenheitsbewältigung hatte bislang vor allem in der so genannten Lustration bestanden. Um die junge Demokratie vor der Rückkehr der alten Kader zu bewahren, hatte sich jeder, der ein öffentliches Amt anstrebte, einer Überprüfung seiner Vergangenheit zu unterziehen. Das Gesetz galt von 1991 bis 2000. 15 000 Menschen wurden in dieser Zeit wegen ihrer Kontakte zum StB von staatlichen Positionen entfernt oder fern gehalten. Prozesse gegen Führungspersonlichkeiten blieben die absolute Ausnahme. Sie drehten sich um Landesverrat im Zusammenhang mit dem Einmarsch des Warschauer Paktes 1968.

Die Akten verblieben bis heute in den Behörden, die sie zu sozialistischen Zeiten angelegt hatten. So war es auch in Polen, bis 1997 das Institut für das Nationale Gedenken eingerichtet wurde. Auch in Polen ist die Aufarbeitung lange auf einzelne spektakuläre Vorgänge beschränkt geblieben. Das Ausweichen vor einer breiten öffentlichen Diskussion hat fatale Wirkungen. Das muss derzeit die katholische Kirche erfahren. Rund zehn Prozent ihrer Priester, manche sagen sogar ein Drittel, sollen für den Geheimdienst gearbeitet haben. Die Kirche, bislang unumstritten als moralische Institution, ist erschüttert.

Ungarn gedenkt in diesem Jahr des Aufstandes von 1956. Der Streit der Parteien um dieses Datum war so heftig, dass Staatspräsident Laszlo Solyom sich die Deutungshoheit bei den staatlichen Feiern im Herbst vorbehielt. Kein anderer Politiker darf sprechen. Zwar sind in Ungarn die Opfer in den letzten Jahren besser gewürdigt worden und die Historiker können freier forschen, doch der generelle Zugang zu den Akten und die oft beschworene Bewältigung der Vergangenheit steht auch dort weiter aus.

Ein vorurteilsfreier Zugang zu diesem Abschnitt der Geschichte war nach der Wende oft verstellt von einer Generation, die ihre alten Gefechte emotions- und ideologiebeladen

fortsetzte. Auf der einen Seite standen jene vor gut anderthalb Jahrzehnten noch jüngeren Parteikader, die darauf beharrten, keine entscheidende Verantwortung getragen zu haben und die auch kein Interesse hatten, dass tiefer nachgefragt wurde. Auf der anderen Seite waren die Dissidenten, die - inzwischen ins politische Establishment aufgestiegen - nicht von ihrem moralischen Rigorismus in Bezug auf die Vergangenheit lassen wollten.

Diese Generation hat die politische Bühne inzwischen größtenteils verlassen. Sie wurde abgelöst von Nachwende-Aufsteigern, die Enthüllungen über ihre Aktivitäten in den ersten, wilden Jahren der Demokratie mehr fürchten müssen, als die Akten des alten Systems. Vielleicht eröffnet dieser Generationswechsel die Chance, dass Rechtfertigung auf der einen und Abrechnung auf der anderen Seite zurücktreten und die Aufklärung über den Sozialismus in den Vordergrund tritt.

22.06.2006 Rheinischer Merkur

Horst Möller

Trabi, Stasi, Kinderkrippen Das Gedenken an das SED-System wird neu geregelt. War die DDR nur ein Unterdrücker-Staat? Gab es einen normalen Alltag? Ein Zwischenruf.

Im Gutachten der Expertenkommission mischen sich selbstverständliche, sinnvolle und fragwürdige Aussagen. Das vorgeschlagene Drei-Säulen-Konzept ist sowohl methodologisch als auch institutionell fragwürdig und widersprüchlich. Das Gutachten schlägt tatsächlich vor, im „Forum Aufarbeitung“ die „Bindungskräfte zu erfassen...“, die nach Schließung der DDR-Grenzen zumindest in den sechziger und siebziger Jahren zur relativen Stabilität einer diktatorisch verfassten Gesellschaft beigetragen haben“. Da „Teilung und Grenze“ in eine andere Zuständigkeit fallen soll, fällt die Massenflucht als Ursache ebenso weg wie die Repression durch die Stasi, die ebenfalls gesondert betrachtet werden soll.

Das Drei-Säulen-Konzept ignoriert entscheidende Aspekte der Geschichte: So fallen die Etablierung der SED-Diktatur durch die sowjetische Besatzungsherrschaft und ihre weitere Abhängigkeit von der Sowjetunion weg: Wo waren denn die verschiedentlich erwähnten „gesellschaftlichen Bindungskräfte“, als die sowjetische Unterstützung 1989 wegbrach? Die sowjetische Terrorherrschaft mit ihren Speziallagern, willkürlichen Erschießungen, Todesurteilen und Verschleppungen während der 1940er und 1950er Jahre war ebenso charakteristisch wie die von der SED installierte „Klassenjustiz“: Von all dem ist so wenig die Rede wie von den weltpolitischen Zusammenhängen. Und natürlich passen auch die millionenfache Fluchtbewegung, die Abstimmung mit den Füßen oder die Mauertoten nicht zu den vermeintlichen „gesellschaftlichen Bindungskräften“: Ein Regime, das bei 16 Millionen Einwohnern 91000 hauptamtliche und 173000 inoffizielle Stasi-Mitarbeiter beschäftigte, hat wohl kaum auf „Bindungskräfte“ vertraut, sondern jegliche Regung von Opposition gefürchtet.

Die Akten offen halten

Es fällt übrigens auf, wie auch außerhalb der Kommission Historiker nach abenteuerlichen Begriffsverbindungen suchen, die den Diktaturcharakter der DDR abschwächen: „durchherrschte Gesellschaft“ (Jürgen Kocka), „Fürsorgediktatur“ (Konrad Jarausch), „Wirklichkeitsdiktatur“ (Martin Sabrow) oder gar „Konsensdiktatur“. Warum nicht einfach sagen, was die DDR war: die SED-Diktatur? Da Begriffe den Kern der Interpretation bilden, handelt es sich nicht um eine marginale, sondern um eine zentrale Problematik. Tatsächlich existiert weder ein einfacher Konsens in der DDR-Forschung, noch treffen alle historiografischen Aussagen der Kommission in dieser Hinsicht zu. Die Behauptung, der DDR-Alltag sei in der Forschung deutlich unterbelichtet gegenüber der Darstellung der Repressionsinstrumente, ist falsch. Aus solchen unzutreffenden Diagnosen werden im Gutachten jedoch bedeutsame Prioritäten für den künftigen Umgang mit der DDR-Geschichte abgeleitet.

In all dem zeigt sich die methodische Problematik des Drei-Säulen-Konzepts: Es ist eben nicht möglich, die drei Themenkomplexe zu trennen: Der fundamentale Bedingungs-zusammenhang war die Diktatur. Natürlich bilden diktatorische Herrschaften Funktionseliten aus. Mit der Unterdrückung der Unangepassten, der potenziell Oppositionellen und der Minderheiten verbinden sie die Privilegierung für die ideologisch Überzeugten, diejenigen, die sich mangels anderer Möglichkeiten anpassen, oder die Opportunisten: Sind das aber „gesellschaftliche Bindungskräfte“? Erzwungene Anpassung darf nicht als gesellschaftliche „Bindungskraft“ interpretiert werden: Eine solche „Verinselung“ von Sektoren der SED-Diktatur führt zu Fehleinschätzungen, im schlimmsten Fall zur Verharmlosung.

Das begegnet in der Tat nicht nur bei DDR-Nostalgikern, sondern auch in der Wissenschaft, wenn Teilbereiche der Sozialpolitik als besonders positive Leistungen buchstäblich vom Diktaturcharakter des Regimes gelöst werden: Die Stasi dürfte doch wohl charakteristischer für die DDR gewesen sein als die Kinderkrippen! Niemand würde aus der Sozialpolitik der NS-Diktatur folgern, dass sie weniger diktatorisch, terroristisch und mörderisch gewesen sei, weil sie ein sozialpolitisches Konzept hatte oder sich der Sozialpolitik als gesellschaftliches Steuerungsinstrument oder Herrschaftsmittel bedient hat.

Aber das Drei-Säulen-Konzept ist auch aus institutionellen Gründen fragwürdig: Es würden dadurch institutionelle Zuständigkeiten in Stiftungsform geschaffen, die dauerhaft bundesfinanziert wären. Das widerspricht nicht nur der kommunalen, föderativen und bundespolitischen Gliederung von Zuständigkeiten, sondern auch einem pluralistischen Wissenschaftsverständnis und zivilgesellschaftlichem Engagement. Die grundlegend neue Zuordnung von Forschungsaufgaben stellt zudem mehr als eine „gleitende strategische Neuausrichtung“ dar, wie die Kommission sagt, sondern bedürfte einer gesetzlichen Änderung. Sinnvoll wäre wohl eine mittelfristige Eingliederung der Bestände in das Bundesarchiv beziehungsweise gemäß Provenienzprinzip in die Landesarchive. Dafür werden in öffentlichen Diskussionen zwei weit auseinander liegende Termine genannt: 2010 oder 2020, also nach der 30-Jahres-Frist.

Da die Behörde aber bisher eine ungeheuer wichtige Aufgabe erfüllt hat und noch erfüllen muss, sollte sie einerseits Planungssicherheit haben, andererseits auch nach einer Eingliederung in das Bundesarchiv noch sichtbar bleiben, beispielsweise wie die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ (SAPMO) im Bundesarchiv. Dafür müssten aber sowohl die gesetzlichen Änderungen erfolgen als auch die Besonderheit des Aktenzugangs berücksichtigt werden, wie sie in den Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts festgestellt worden sind.

Kurz: Die thematische, methodische und institutionelle Trennung der Bereiche „Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Grenze und Teilung“ reißt Sektoren auseinander, die nur im wechselseitigen Bedingungsverhältnis angemessen analysiert und für die politische Bildung veranschaulicht werden können. Für die Bereiche der Alltagsgeschichte gilt diese Dialektik ganz besonders. Hier kommt es aber nicht auf das Ob, sondern auf die Gewichtung an. Die Alltagsgeschichte zu stark ins Zentrum zu rücken heißt, dem Nichtspezifischen der Diktatur einen höheren Stellenwert einzuräumen als der DDR-Spezifik.

Alltagsgeschichte gibt es unter jedem politischen System, sie enthält eine Fülle von anthropologischen Konstanten, baren Selbstverständlichkeiten oder aber durchaus interessanten, jedoch für die politische Herrschaft zweitrangigen Bereichen. Interessant wird es immer dann, wenn es diktatur- oder systemspezifisch wird: Den Trabi für sich zu betrachten mag vielleicht gar einen sozialpolitischen „Erfolg“ der DDR reflektieren, interessanter ist aber der Vergleich etwa mit dem Golf oder anderen Westmodellen, was seine Technik, seinen Preis im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen oder seine Lieferfristen anbelangt.

Wenn Erinnerung verblasst

Insgesamt gilt: Zum Alltag in der Diktatur gehören Repression und Überwachung. Sinnvoll ist also nicht eine allgemeine Aufwertung der Alltagsgeschichte, sondern die Einbeziehung des spezifischen Alltags unter einer Diktatur, eben der DDR-Diktatur. Sicher trifft es zu, dass die politische Bildung in Bezug auf die DDR-Diktatur gerade auch in Westdeutschland unzureichend ist. Doch halte ich es nicht nur für illusorisch, sondern für falsch, die in West und Ost verschiedene Sicht der DDR „gleichschalten“ zu wollen. Tatsächlich führt die unterschiedliche Lebenserfahrung in der alten Bundesrepublik Deutschland und der DDR auch zu differierenden Sichtweisen. Die entscheidende Gemeinsamkeit muss für alle Demokraten bleiben, den Diktaturcharakter eines Staates nicht zu verwischen, der durch permanente Menschenrechtsverletzung charakterisiert war, wengleich sich die Methoden zwischen 1949 und 1989 wandelten.

So ist auch die Kritik des Gutachtens an den Gedenkstätten überzogen: Natürlich stehen hier die Opfer und die Repressionsmechanismen im Mittelpunkt. Die verschiedenen Ausstellungen und Museen, sei es im Haus der Geschichte mit dem Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, im Deutschen Historischen Museum oder in der Mauerstraße, sind Beispiele für gelungene Präsentationen. Wünschbar wäre eine Ausstellung, die auf überschaubarem Raum die wesentlichen aufeinander bezogenen Sektoren der DDR-Diktatur veranschaulicht.

Für eine nicht zu große Gesamtdokumentation der DDR-Diktatur wären verschiedene Träger von der BIRTHLER-Behörde bis zum Haus der Geschichte denkbar. Keinesfalls sollte man sich aber von den riesenhaften Flächen verführen lassen und eine gleichermaßen riesenhafte Ausstellung machen. Das Institut für Zeitgeschichte hat auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden auf weniger als 400 Quadratmetern zuzüglich authentischem Bunker die zentralen Charakteristika des NS-Regimes präsentiert und damit in fünf Jahren trotz abgelegener Lage zirka 850000 Besucher erreicht.

In der vorliegenden Form halte ich den Kommissionsbericht für keine geeignete Grundlage der weiteren Planung, auch wenn er einzelne bedenkenswerte Teile enthält. Insgesamt scheint es mir aber nach den Erfahrungen in der Entwicklung der Forschung und Gedenkstättenarbeit über die NS-Diktatur ohnehin fragwürdig, in einer mit guten Sach- und Rechtsgründen pluralistischen Forschungs- und Gedenkstättenlandschaft zu sehr zentralisieren zu wollen, zumal die wissenschaftlichen und erinnerungspolitischen Interessen von heute nicht zwangsläufig die von morgen sind.

Eine gemeinsame „Planungsstrategie“ von Bund, Ländern, Kommunen und bürgerschaftlichen Initiativen halte ich nicht nur für illusorisch, sondern auch für problematisch. Wenn man aber eine solche Drei-Säulen-Zuständigkeit hätte, würden diese Säulen entscheiden, was von „gesamtstaatlicher“ Bedeutung – und also förderungswürdig! – ist, und die Pluralität der Forschungs- und Darstellungsweisen gefährden.

Auch ist der offenbar in der letzten Fassung des Gutachtens entfernte symptomatische Begriff des Paradigmenwechsels problematisch. Paradigmenwechsel entwickeln sich ohnehin durch den Gang der Forschung, den Generationenwechsel und das Verblassen persönlicher Erinnerung. In einer demokratischen Wissensgesellschaft darf aber ein solcher Paradigmenwechsel nicht vorgegeben oder (wie seinerzeit in der DDR) staatlich verordnet werden.

Drei Säulen der DDR

Wie wird aus persönlichen Erinnerungen Geschichte? Wie entsteht Historie aus Akten? Wie sah das Leben unter Hammer und Sichel aus? Kürzlich haben Joachim Gauck und andere gefordert, bei der Untersuchung der DDR besonders auch den für die Realität des SED-Regimes bedeutsamen realsozialistischen Alltag zu analysieren. Im Zentrum der Debatten um die Historisierung der DDR steht ein Gutachten, das Fachleute und Bürgerrechtler unter der Leitung des Potsdamer Historikers Martin Sabrow (siehe RM Nr. 21 vom 25. Mai 2006) erstellt haben. Die „Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines

Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ sehen ein Modell aus drei „Säulen“ vor.

Unter dem Titel „Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand“ soll ein „Forum Aufarbeitung“ künftig die gesellschaftliche Realität der DDR untersuchen. „Überwachung und Verfolgung“ ist der zweite Teil des Konzepts überschrieben: In ihm sollen die Unterdrückungsmechanismen des SED-Staates erfasst und analysiert werden. Das zu diesem Zweck geplante Dokumentations- und Forschungszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ soll Aufgaben der Gedenkstätten Hohenschönhausen (Stasi-Untersuchungsgefängnis) und Normannenstraße (Stasi-Zentrale) übernehmen und zugleich den Auftrag der Birthler-Behörde erfüllen, Akten zu sichern, zu erforschen und zugänglich zu halten.

Die dritte Säule, „Teilung und Grenze“, soll der Erinnerung an die Geschichte des geteilten Landes verpflichtet sein und von der Gedenkstätte Berliner Mauer gestaltet werden. Alle drei Institutionen sind als Stiftungen geplant. Hjn. Unser Autor ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin

22.06.2206 Berliner Umschau.de

Martin Müller-Mertens

Flucht in den „authentischen Ort“ - Der Berliner Senat verabschiedete sein Mauer-Gedenkkonzept

Dabei trägt das 65 Seiten starke Papier schon ob seiner Eigenständigkeit das Mal des Notbehelfs. Sollte das Mauer-Gedenken doch ursprünglich gemeinsam mit der Bundesregierung vorgestellt werden, was der Regierungswechsel verhinderte. Und welche Position die gegenwärtige Koalition zum Geschichtsbild ihrer Vorgänger hat, daraus macht sie kein Hehl. Erst jüngst eindrucksvoll bei der Vorstellung der Empfehlungen einer Expertenkommission zur DDR-Vergangenheit, deren Leiter, der Potsdamer Zeitgeschichtler Sabrow, inhaltlich vielleicht nicht unberechtigt, in der Form jedoch völlig unangemessen während der Übergabe an den Kultustatsminister vorgeführt worden.

Im Gegensatz zum Vorentwurf vor einem Jahr liest sich die nunmehriger Berliner Konzeption zunächst fast versöhnlich. Keine Rabulistik in der Wortwahl, eine - angesichts des Gewohnten - fast schon sachliche Beschreibung des DDR-Systems und seiner nicht wegzudiskutierenden diktatorischen Elemente. Da sich das Konzept ausschließlich auf die Mauer bezieht, spielen die Fragen der bewaffneten Abschottung des SED-Staates nach innen naturgemäß eine größere Rolle, als dies für eine Gesamtbetrachtung des östlichen Staates angemessen wäre. Erfreulich - und wohl der Koalitionsdisziplin geschuldet -, daß neben den Flüchtlingen und Fluchthelfern auch die im Dienst zu Tode gekommenen Grenzsoldaten zumindest eingangs Erwähnung finden.

Es geht, wie die Autoren unter Anleitung von Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei) nahezu gebetsmühlenartig wiederholen, um die Bewahrung authentischer Orte. Was vor allem heißt: Weiterführung und gesicherte Finanzierung der bereits angelaufenen Vorzeige- und Touristenprojekte, insbesondere an der Bernauer Straße. Die bisherigen dezentralen Initiativen von Privatpersonen und Vereinen werden mit ein paar abfälligen Bemerkungen versehen, erhalten aber eine Existenzberechtigung; wobei unklar bleibt, ob dies nur für bestehende, oder auch zukünftige Vorhaben gilt. Abfällige Bemerkungen übrigens, die angesichts der Aktivitäten einiger Berufsoffer im Grunde noch zu freundlich sind, in diesem Fall jedoch nicht aus inhaltlichen Unterschieden verwendet zu werden scheinen. Es geht darum, die Touristenschau in Wedding/Mitte nicht zu gefährden. Selbstverständlich ohne einen „hollywoodhaften Wiederaufbau der Mauer als trivialisierten Themenpark“, wie das gegenwärtige Mode-Todsclagargument der DDR-Forschung lautet. Ob eine Geisterbahn aus Mauerresten, längst nur noch rudimentär vorhanden, aus ihrem Zusammenhang gerissen und mit Infoecke und Buchshop versetzt unbedingt eine geringere Trivialisierung aus Sicht der den Wert von Originalität betonenden Zeitgeschichte ist, bleibt eine andere Frage.

Wie übrigens auch die Fixierung auf die „authentischen Orte“ so eine Sache ist. Es stimmt wohl, daß stumme Zeitzeugen für die Vermittlung von Geschichte eine nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung haben. Doch verbunden mit einem Erinnerungskonzept wird man den Verdacht nicht los, hier soll interpretierte Geschichte mit ständigem Verweis auf die überkommenen Monumente unangemessen objektiviert werden. Mal abgesehen davon, daß es nicht mehr sehr viele dieser Orte gibt und hier rasch eine Monopolisierung des akzeptablen Erinnerens mit dem Argument eben dieser Originalität durchgesetzt werden kann.

Letztendlich geht es bei der Angelegenheit um Geschichtspolitik, die auch in der Einleitung ganz offen als „fortwährende Aufgabe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur“ genannt wird. So viel Offenheit zeichnet in gewisser Weise aus und darf verlangen, daß der Kommentator auf die Umsetzung des Konzeptes wartet.

Einige Ahnungen hat man jedoch und sie spiegeln eine vorherrschende Sichtweise wieder. So wird etwa im Stadtbild in der Regel der Verlauf der äußeren Mauer markiert - also jener, die für die West-Berliner wohl bedrückend, jedoch nicht unüberbrückbar war. Die innere Mauer, an der die DDR-Bürger unter Androhung des Schußwaffengebrauchs zurückgehalten wurden, scheint weniger erinnerungswürdig. Völlig unverständlich ist, weshalb der Systemwechsel im Osten eine Folge des Mauerfalls gewesen sein soll, tatsächlich verlief die Geschichte exakt anders herum. Und den Weg zur Einheit zu betonen, wenn zuvor Menschenrechte und Freiheit als bestimmende Werte herausgestellt werden, bedeutet praktisch die Behauptung, selbige wären eben nur durch Eingliederung in das bundesrepublikanische Staats- und Gesellschaftssystem zu verwirklichen. Was im Grunde eine Unverschämtheit darstellt, spricht es der DDR-Volksbewegung doch praktisch die eigenständige Handlungsfähigkeit ab und würdigt die nationale Einheit Deutschlands zu einer Frage der Systemüberlegenheit herab. Aber letzteres ist man ja gewohnt. Der Grund für diese Sicht ist wohl der, daß die neuere deutsche Geschichte vom Westen aus dessen Sicht geschrieben wird und die DDR 1990 quasi „nach Deutschland“ und nicht mit Westdeutschland zusammen kam. Insofern ist aus dem Selbstverständnis der westdominierten Zeitgeschichte die Entwicklung im Osten erst dann interessant, wenn sie Auswirkungen auf den Westen hat. Nicht der Sturz Honneckers, der sofort zu einer spürbaren Entlastung in der drückenden Stimmung des Herbstes 1989 führte, sondern die Trabanten auf dem Kurfürstendamm sind von eigendlicher Relevanz.

Das ist nicht gut für die innere Einheit und vielleicht ein Grund dafür, weshalb es mit ihr nicht vorankommt. Aber so sind halt die Verhältnisse.

21.06.2006 Deutschlandfunk Kultur heute

Christoph Schmitz

Interview: Hubertus Knabe fordert Mauer-Museum im Zentrum Berlins

Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen beklagt einseitige Erinnerungspolitik des rot-roten Senats

Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat grundsätzliche Änderungen bei der Erinnerung an die SED-Diktatur gefordert. Knabe sagte, der Berliner Senat habe es sich mit seinem Mauer-Gedenkstättenkonzept zu einfach gemacht. Man brauche "im Zentrum der Stadt eine Erinnerung an dieses weltweit einmalige monströse Bauwerk".

Christoph Schmitz: Die Tyrannei der DDR an der innerdeutschen Grenze hatte hunderte Opfer gefordert. Wer in den Westen wollte, wurde erschossen. Denn ohne Grenzwall und Mauer hätte es den sozialistischen Staat nicht lange gegeben, das hatte Berlins Kultursenator Thomas Flierl selbst eindeutig zweideutig feststellen müssen. Nun muss gerade der PDS-Mann dafür sorgen, dass die Überreste der DDR-Diktatur sichtbar und historisch korrekt dargestellt werden. Dazu hat er dem Senat ein "Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer" vorgelegt, der Senat hat es gestern beschlossen. Abgeordnetenhaus und Bundestag

müssen noch zustimmen, damit die Gedenkstätte Bernauer Straße ausgebaut, damit im künftigen U-Bahnhof unter dem Brandenburger Tor ebenso wie am Checkpoint Charlie Orte der Information eingerichtet werden können. Ein dezentrales Gedenken und Aufklären an authentischen Orten soll es also geben, kein zentrales inszeniertes Mahnmal.

Ist das die richtige Grundsatzentscheidung, habe ich Hubertus Knabe gefragt, Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen Berlin.

Hubertus Knabe: Ja, ich glaube man macht es sich da ein bisschen einfach. Denn der Ausgangspunkt der ganzen Debatte war ja, dass irgendetwas fehlt in der Stadt, weil Millionen Besucher hier nach Berlin kommen und nach der Mauer suchen und sie nicht finden. Dabei muss man wissen, dass die Mauer in den Augen der ausländischen Touristen auf Platz Eins noch vor dem Brandenburger Tor steht. Und wenn sie dann nach Berlin kommen, finden sie eben praktisch nichts mehr von dieser weltweit bekannten Sehenswürdigkeit in Anführungsstrichen. Und hier, glaube ich, hat es sich der Senator ein bisschen einfach gemacht, indem er einfach die vorhandenen Reste, die noch da sind, in ein Papier geschrieben hat und gesagt hat, das ist jetzt unser Mauergedenken, wir werden das vernetzen. Ich glaube, dass man hier etwas anderes braucht, nämlich im Zentrum der Stadt eine Erinnerung an dieses wirklich weltweit einmalige, monströse Bauwerk.

Schmitz: Wie soll das geschehen? In welcher Form? In einem Museum?

Knabe: Ja, ich denke, dass hier einmal zu berücksichtigen ist, der Beschluss des Deutschen Bundestages, am Brandenburger Tor eine zentrale Mauergedenkstätte zu schaffen. Nach dem Konzept des Berliner Kultursenators soll dieser Gedenkort jetzt praktisch unter die Erde verbannt werden, in die U-Bahn-Station. Ich glaube nicht, dass das das ist, was dem Bundestag damals vorgeschwebt hat. Darüber hinaus meine ich, dass man in der Tat ein modernes, zentrales Museum zu diesem Thema bräuchte, in der Stadt. Da würde sich anbieten etwa der Tränenpalast, wo hunderttausende Menschen durchgegangen sind, am Bahnhof Friedrichstraße bei der Grenzpassage. Und das letzte Element, das ich vermisse ist, dass man an einer Stelle in der Stadt das Grenzregime wirklich komplett nachempfinden kann. Das heißt, was sich zwischen zwei Wachtürmen abgespielt hat, Vorderlandmauer, Hinterlandmauer, Panzersperre, PKW-Graben und so weiter und so fort. Das kann man eben nicht vermitteln, wenn man nur über die Stadt verstreute Reste von Beton den Besuchern zeigt

Schmitz: Wollen Sie damit andeuten, dass hier im Grunde der Bock zum Gärtner gemacht wurde, indem ein PDS-Mann als Kultursenator, Thomas Flierl eben, das Gedenken der Maueropfer historisch darstellen sollte?

Knabe: Also für die Opfer ist das natürlich schon eine etwas bizarre Vorstellung, dass ausgerechnet ein Politiker der alten Diktaturpartei, die diese Mauer gebaut hat, hier das Mauergedenken jetzt verantwortet. Aber man soll ja auch Politikern Lernfähigkeit zubilligen und wenn denn hier ein gutes Mauergedenken herauskäme, dann würde sicherlich niemand dagegen Einwände erheben. Hier habe ich das Gefühl, wie überhaupt in der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, dass man versucht, durch Differenzierung, Verwissenschaftlichung und auch ein bisschen die Verschiebung der Koordinaten, das Ganze weniger schlimm erscheinen zu lassen, als es war. Wenn zum Beispiel gesagt wird, dass man am Checkpoint Charlie an den Kalten Krieg erinnern will, dann suggeriert das für viele die von der PDS häufig vorgetragene These, dass die Mauer im Grunde ein Produkt des Kalten Krieges gewesen sei. Doch nicht der Westen hat die Mauer gebaut, sondern die Diktaturpartei in der DDR und das muss man ganz deutlich machen. Und vor allem auch, wozu das dann geführt hat: Dass eben ganz junge Leute waren das ja meistens, 18-, 19-, 20-Jährige, die da abgeschossen oder auch angeschossen wurden, schwer verletzt dann in Haft genommen wurden, hier in Hohenschönhausen in das Haftkrankenhaus des Staatssicherheitsdienstes kamen. Diese tödliche und grauenhafte Dimension des Grenzregimes der DDR, das geht, das ist jedenfalls meine Befürchtung hier, dann sehr leicht verloren.

Schmitz: Muss man sich nicht andererseits auch fragen, ob die Vielzahl der Gedenkstätten, der Gedenkorte in Berlin, die ja noch zunehmen wird, nicht die Gefahr in sich birgt, dass die Stadt sozusagen überlagert wird und nicht mehr die Gegenwart zur Geltung kommt, durch das große, vielfältige Erinnern?

Knabe: Ja, diese Gefahr ist sicherlich nicht ganz von der Hand zu weisen. Aber hier ist eigentlich ein anderes Problem. Nämlich, dass die Erinnerung einseitig erfolgt und teilweise auch geradezu falsch. Wir haben hier gerade vor kurzem in Berlin ein stalinistisches Denkmal mit einem Sowjetsoldaten für 11 Millionen Euro saniert. Luxussaniert möchte man sagen, während die Stätten der friedlichen Revolution '89, oder auch des Volksaufstandes 1953, verrotten, verkommen, nicht sichtbar sind. Und auch die Haftorte hier entweder gar nicht zugänglich sind, oder in einem maroden baulichen Zustand sich befinden und bis heute nicht die Förderung bekommen, die sie bräuchten, um sie zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Hier gibt es ganz deutlich eine Schieflage zu Ungunsten der Opfer der SED-Diktatur.

21.06.2006 Berliner Morgenpost

Sven Felix Kellerhoff

Checkpoint Charlie ist der eigentliche Gedenkort - Die entscheidende Aussage des "Gesamtkonzepts" findet sich auf Seite 12, ganz unten: "Anstöße gingen auch von der kontrovers diskutierten Aktion des privaten Museums Haus am Checkpoint Charlie aus, dessen Leiterin ein als ,temporäres Kunstwerk" deklariertes Mahnmal errichten ließ. Historischer Ort, Mauermuseum und Mahnmal hatten sich kurzfristig zum touristischen Magneten entwickelt."

Mit der Realität der Touristenmassen am Checkpoint Charlie hat diese Wahrnehmung freilich nichts zu tun: Auch nach dem zwangsweisen Abbau der umstrittenen Kreuze auf den Brachflächen strömen die Besucher hierher. Der Checkpoint Charlie ist der eigentliche Gedenkort für die Berliner Mauer, international sowieso, aber auch für die Mehrzahl der deutschen Besucher.

Hier liegt das Grundproblem des "Gesamtkonzepts": Es bleibt in seiner Abwehrhaltung zum privaten Mauermuseum stecken. Und weil die Gedenkstätte Bernauer Straße als Gegenentwurf zu den bisweilen tatsächlich eigenwilligen Aktionen von Checkpoint-Charlie-Chefin Alexandra Hildebrandt gegründet wurde, vermag die Kulturverwaltung dieses Dilemma nicht zu überwinden.

Dabei benennt das Papier wesentliche Defizite treffend: die authentischen Reste müssen erhalten werden und ein "hollywoodhafter Wiederaufbau der Mauer" als "trivialisierter Themenpark" wäre in der Tat eine "entsetzliche Vorstellung". Würdige Gedenkorte schließlich sind nach wie vor ein Mangel - für alle Opfer sowieso, aber selbst für einzelne Getötete. Man erinnere sich nur an den Gedenkstein für das erste Opfer des Schießbefehls an der innerstädtische Grenze, Günter Litfin: Der Stein, in Anwesenheit von Willy Brandt 1962 eingeweiht, war 1995 verschwunden, tauchte wieder auf und wurde 2001 wieder aufgestellt. Und erst wenn das Ostufer des Humboldthafens hergerichtet ist, soll der Stein dort seinen endgültigen Platz finden.

Von großer Bedeutung ist das Konzept des Senates, weil es auch die Grundlage für die gesamtstaatliche Gestaltung des künftigen Gedenkens an die SED-Diktatur sein wird. Die Expertenkommission, die ihre Empfehlungen im Mai vorgelegt hatte, berief sich in dem Abschnitt über Mauer und Teilung ausdrücklich auf das kommende Konzept. Die Experten empfehlen ja, neben diesen Komplex und die Dokumentation der Stasi-Verbrechen einen dritten Komplex über Repression im Alltag der Diktatur zu stellen.

Diese Vorschläge sind heftig kritisiert worden. Klar ist, daß der Kern des Gedenkens an die DDR immer die Unterdrückung von Millionen Deutschen durch Geheimpolizei und Grenzregime sein muß. Das aber funktioniert nur dann, wenn Berlin endlich ein

überzeugendes Gedenkkonzept zur Mauererinnerung realisiert. Das jetzt vom Kultursenator vorgelegte Konzept dürfte es schwer haben, diesen Anspruch zu erfüllen - denn es zementiert die Stellung gegen das erfolgreiche private Mauermuseum.

20.06.06 Die Welt

Mathias Döpfner

Keine DDR light. Showdown in der Debatte um das angemessene Erinnern an die ostdeutsche Diktatur: Anfang Mai wurden die Empfehlungen der Expertenkommission zur "Aufarbeitung der SED-Diktatur" vorgelegt. Ende Juni wird sich der Kulturausschuß des Bundestages damit befassen. Eine Entscheidung steht an. Es geht um die Organisation unseres DDR-Geschichtsbildes.

Allerlei sophistische Differenzierungen verwirren in der Diskussion die Gemüter: Es geht um zentrale oder dezentrale Organisationsstrukturen, um Budgets, um Themenschwerpunkte "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand", und es geht um Personen, vor allem um den unbeugsamen und unbequemen Hubertus Knabe, dessen Gedenkstätte "Hohenschönhausen" vielen ein Dorn im Auge ist. Am Ende erweisen sich die in verschwurbelter Sprache formulierten "Empfehlungen" der Experten indes als Scheindifferenzierungen. Zum Kern der Sache kommt das Papier, wenn es die "geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Defizite" moniert, vor allem die "gegenwärtige Vorrangstellung der öffentlichen Dokumentation staatlicher Repression", während der "Alltag in der Diktatur unterbelichtet" bleibe. Das ist Klartext. Gewünscht ist ein harmloseres Geschichtsbild, Knabe spricht von "DDR light".

Spitzelwesen, Erpressung, Folter und Mord in einem System, das die erschöß, die beim Verlassen des Landes erwischt wurden - solche Härten sollen künftig nicht mehr so im Vordergrund stehen. Ein Geschichtsrevisionismus ganz eigener Art bricht sich da Bahn. Getragen von ehemaligen Stasi-Kadern, die wieder laut und stolz ihre Stimme erheben, und von orientierungslosen westdeutschen Politikern und Publizisten, denen es peinlich ist, selbst die DDR über Jahrzehnte in einem naiven, romantisierenden Licht gezeichnet zu haben. Beim Kampf um die Deutungshoheit arbeiten sie mit dem Weichzeichner. Wenn sich ihr rosarotes Geschichtsbild durchsetzt, wäre das eine Verhöhnung der Opfer.

Das Beste, was der Bundestag mit der Empfehlung der Experten tun kann, ist: ablehnen und ablegen.

18.06.06 Berliner Morgenpost

Jochim Stoltenberg

Eine Einzelkämpferin mit Prinzipien - Berliner Spaziergang mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde. Berliner Spaziergang: Die Sonntagsserie in der Berliner Morgenpost. Chefkorrespondent Jochim Stoltenberg trifft Berliner, die in der Stadt etwas bewegen. Treffpunkt ist ihre Lieblingsecke. Heute: Spaziergang mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde Manchmal sei es schon etwas verrückt hier, meint Marianne Birthler. "Wenn die Busse halten, die Touristen aussteigen, in die Hauseingänge schauen und uns als Osis bestaunen ..." Ich hab' mich mit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagenbehörde am Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg verabredet. In diesem Kiez lebt sie seit mehr als zwanzig Jahren, freut sich über die Wandlung vom zerbröselnden zum wieder fein herausgeputzten Quartier. "Es hat sich eine gute Mischung entwickelt. Wer hier wohnt, lebt mit den Nachbarn, den Geschäften, den vielen Restaurants und Kneipen. Ich empfinde das als sehr lebendig. Neben der Gegend um die Hackeschen Höfe ist das hier die einzige Gegend in Deutschland, in der es schon eine gute Ost-West-Mischung gibt; nicht mehr richtig Osten, aber richtig Westen ist es auch nicht geworden-

Freiheit ist zentraler Begriff

Es ist Mittagszeit. Wir haben beide noch nichts gegessen und stärken uns für den Spaziergang im Café-Restaurant Belluno, dem zweiten Eßzimmer Marianne Birthlers. Sie wohnt im selben Haus. Bei Salat mit Meeresfrüchten und Spargel mit hauchdünn gegrilltem Schweinerücken (beides vorzüglich und preiswert dazu) frage ich zunächst nach den weniger schönen Dingen des Lebens. Überrascht sie das zunehmend dreiste öffentliche Auftrumpfen alter Stasi-Seilschaften? Ihr bislang fröhliches Gutelaunegesicht, das nichts über ihr Lebensalter von 58 Jahren verrät, wird ganz ernst. "Die da jetzt öffentlich auftreten, deren Zeit geht bald zu Ende. Aber sie sind keine Solitäre. Die stützen sich auf ein ziemlich stabiles und gar nicht so kleines Milieu, das noch längere Zeit wirksam sein wird. Man darf sich da nicht täuschen. Ich erkläre mir das damit, daß die alten Tschekisten spüren, daß sie langsam den Boden unter den Füßen verlieren und noch Einfluß nehmen wollen, als was die DDR einmal in die Geschichte eingehen soll. Sie haben ja auch", und nun lächelt sie wieder, "allen Grund zur Sorge, daß ihre Sicht sich nicht durchsetzen wird."

Nachdem eine Expertenkommission jüngst empfohlen hatte, in die Aufarbeitung der SED-Diktatur den DDR-Alltag einzubeziehen, waren Befürchtungen laut geworden, nun solle der ostdeutsche Unrechtsstaat auch offiziell weichgespült werden. "Diese Sorge ist seit einer Anhörung im Bundestag ausgeräumt. Das Wesen einer Diktatur ist der Verlust von Recht und Freiheit. Der zeigt sich aber nicht nur in Gefängnissen, sondern auch im täglichen Leben. Dieser Aspekt ist in der Tat bisher zu kurz gekommen ..."

Und dann erzählt Marianne Birthler von ihren drei Töchtern, die in der DDR nicht zum Abitur zugelassen wurden. "Das war, wie man uns zu verstehen gab, angesichts der politischen Haltung der Eltern unmöglich. Sie mußten auf Berufe ausweichen, für die kein Abitur erforderlich war."

Freiheit sei für sie zum zentralen Begriff geworden. "Auch deshalb, weil sie in Deutschland als Grundwert menschlicher Existenz unterschätzt wird. Vor allem im Osten, aber auch im Westen ..."

Marianne Birthler stammt aus einfachen Verhältnissen, die Eltern hatten einen Laden in der Markthalle am Alexanderplatz. Nicht unbedingt ein direkter Weg zur Kirche. "Aber mein Vater kam aus einem sehr protestantischen Elternhaus. Er starb, als ich noch klein war. Obwohl aus der Kirche ausgetreten, gab es in der Familie noch die Tradition, daß die Kinder konfirmiert werden sollten. Diesen Wunsch meines Vaters hat meine Mutter nachträglich erfüllt. Während des Konfirmandenunterrichts war ich immer mehr von der Kirche fasziniert und wurde sehr fromm. Aus religiöser Überzeugung, aber auch, weil ich mich als Pubertierende damit von meiner Mutter abgrenzen konnte. Erst später kamen politische Gründe hinzu. Ich entdeckte, daß Kirche in der DDR auch Freiraum bedeutet, Platz für soziales und bürgerliches Engagement. Das hatte dann wieder viel mit meiner Mutter zu tun, die eine sehr wache politische Person war."

In Marianne Birthlers Elternhaus wurde Bundestagsdebatten gelauscht, nach der Wahl Willy Brandts zum Kanzler 1969 eine Flasche Sekt geköpft, jeden Sonntag um 12 Uhr im Rias die Freiheitsglocke gehört. "Das war wie Gottesdienst. Diese Erziehung zur Freiheit hatte einen starken Einfluß auf mich."

16 000 Säcke mit Aktenschnipseln

Warum hat die Kirche, die zu DDR Zeiten so vielen Oppositionellen die Pforten öffnete, ihr Ansehen, ihre Bindekraft nicht über die Wende hinaus bewahren können? Marianne Birthler scheint von der Frage überrascht. Eine einfache Antwort hat auch sie nicht. Aber Erklärungen: Viele evangelische Kirchengemeinden boten Raum für politische Aktivitäten, die in der Öffentlichkeit verboten waren. Viele, die sonst gar nichts mit Religion zu tun hatten, nutzten diesen kirchlichen Freiraum, weil er der einzige war. Es gab auch viele kirchliche Mitarbeiter, die unter normalen Umständen einen anderen Beruf gewählt hätten. Sie wurden Theologen oder Gemeindepädagogen, um nicht dem Staat dienen zu müssen. "Dieses

Alleinstellungsmerkmal hat die Kirche nach der Wende verloren. Viele haben danach die Chance genutzt und etwas anderes gemacht. Ich ja auch ..."

Wir machen uns auf den Weg. Marianne Birthler will mir das Leben in ihrem Kiez zeigen. In der Rykestraße weist sie auf zwei Häuser, die gleich nach 1990 von einem Freundeskreis genossenschaftlich erworben und renoviert wurden; rot getüncht das eine, Parterre die fast obligatorische Kneipe. "Davon hat der Hans-Jürgen, heute Besitzer, immer geträumt. Nach dem Fall der Mauer ist er in den Osten zurückgekommen und hat seinen Traum in die Tat umgesetzt. Jetzt ist hier alles saniert. Eigentlich müßte ein Haus in altem Zustand stehenbleiben, damit man sieht, wie es damals war."

Damals - erneuter Anknüpfungspunkt zur Stasi-Aufarbeitung. Noch immer Zigtausende Anfragen im Jahr, 172 Aktenkilometer abgelegt in Regalen, 16 000 Säcke mit Aktenschnipseln harren der Aufbereitung. Letztere sollen nicht länger nur von Hand zusammengefügt, sondern in einem Pilotprojekt endlich schneller per Computersystem rekonstruiert werden. Sechs Millionen Euro will der Bundestag dafür bewilligen. "Toll, nicht ...?" Die Behördenchefin freut sich fast wie ein Kind vorm Weihnachtsmann und strahlt. Der Inhalt von 400 Säcken soll mit dem neuen Programm entschlüsselt werden. In den vergangenen 15 Jahren sind per Hand nur zerrissene Akten aus 319 Säcken mühsam wieder zusammengefügt worden.

Durchaus interessante Vorgänge

Sind bald neue Enthüllungen zu erwarten? "Nach den Erfahrungen mit den ersten 319 Säcken können durchaus noch interessante Täter- und Opferakten auftauchen. In den Säcken liegen ja keine Schnipsel aus den sechziger oder siebziger Jahren. Es sind Akten, die die Stasi-Offiziere gerade zur Hand hatten oder vernichtet haben, weil sie für besonders wichtig gehalten wurden. Da können durchaus noch einige interessante Vorgänge auftauchen..."

Wir haben die Danziger Straße überquert und stehen in der Prenzlauer Allee vor einem Gebäudekomplex aus gelbem Backstein. "Das wollte ich Ihnen unbedingt zeigen", sagt Birthler. Der Bau, um die Jahrhundertwende als Obdachlosen- und Siechenhaus gebaut, ist heute Teil des Bezirksamts Prenzlauer Berg. "Die Kellerräume wurden nach dem Krieg erst von den Russen, dann vom Ministerium für Staatssicherheit bis 1956 als Gefängnis genutzt. Vor mehr als fünf Jahren haben wir eine Bürgerinitiative gegründet, um ein Denkzeichen für die Opfer zu setzen. Nach langen Diskussionen mit Vertretern des Bezirks und mit Unterstützung der Bezirksverordnetenversammlung, auch der PDS-Kulturstadträtin, ist uns das gelungen."

Seitdem zieht sich ein schwarzes Schriftband oberhalb der Kellerfenster rund um das Zentralgebäude, gestaltet von der im Bezirk lebenden Künstlerin Karla Sachse. Darauf gedruckt mahnende Fragen: "Wer schloß die eiserne Tür?", "Wer verschwand im Keller?", "Wann wird es wieder hell?" Bei der Einweihung 2005 gab es übrigens eine Gegendemonstration von früheren Stasi-Mitarbeitern. "Das zeigt", sagt Marianne Birthler in einem Anflug von Zufriedenheit, "zweierlei: Mit hartnäckiger Überzeugungsarbeit, notfalls mit Streit, kann man etwas erreichen. Und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muß sehr differenziert geführt werden."

Wie groß ist das Interesse denn überhaupt noch an der DDR-Geschichte, in den Schulen zum Beispiel? Das hänge sehr vom Interesse der Lehrer ab - im Westen wie im Osten. Kürzlich haben wiederum alte Ost-Kader in einer Briefaktion versucht, Schüler zu beeinflussen, etwa vor dem Besuch des Stasi-Untersuchungsgefängnisses in Hohenschönhausen gewarnt. Müßten die Kultusminister da nicht endlich aufwachen? "Als ich Bildungsministerin in Brandenburg war, ist ein Versuch gescheitert, eine gemeinsame Grundsatzerklärung der Kultusministerkonferenz zur Behandlung des DDR-Themas im Unterricht zu verfassen. Vielleicht ist jetzt ein neuer Anlauf möglich."

So zurückhaltend ist die vierfache Großmutter offenbar nicht immer. Als "charmante Einzelkämpferin" ist sie von Kollegen mehrfach charakterisiert worden. Ich erlebe sie allein

als charmante Wegbegleiterin und Gesprächspartnerin. Mit der Titulierung "Einzelkämpferin" sieht sie sich völlig verkannt. "Das entspricht überhaupt nicht meinem Selbstbild. Meine Überzeugungen und Strategien entwickle ich nie allein. Ich räume aber gern ein, daß - wenn es denn unvermeidlich ist - ich auch manchmal kämpfe. Aber ich trachte nicht danach und tue es auch nicht gern. Allerdings halte ich, wenn es sein muß, an meiner Meinung fest ..."

Keine Scheu vor Auseinandersetzungen

Eine Frau mit Prinzipien. Sie trat als Ministerin in Potsdam zurück, weil sie nicht unter dem in Stasi-Verdacht geratenen Regierungschef Manfred Stolpe arbeiten wollte. Mit Innenminister Otto Schily und Altkanzler Kohl stritt sie bis zum Bundesverwaltungsgericht über die Herausgabe von Akten - und verlor. Zu den nicht gerade schönsten Erinnerungen gehören die Auseinandersetzungen im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, dessen Sprecherin sie von 1993 bis 1994 war.

Am Ende unseres Spaziergangs führt sie mich an einen Ort der Erinnerung der ganz anderen Art. Das Gemeindehaus der Elias-Gemeinde in der Göhrener Straße ist ein mächtiger Backsteinbau, zum Innenhof mit wildem Wein berankt. "Da oben habe ich nach meiner Rückkehr nach Berlin 1983 gewohnt. Und dort war der Christenlehre-Raum, in dem ich als Katechetin, so eine Art Religionslehrerin, Kinder unterrichtet habe ..." Was denkt, was fühlt sie, wenn sie heute hierher zurückkehrt? Marianne Birthler überlegt lange. "Das war ein anderes Leben. Mein Leben hat sich ja mehrfach dramatisch verändert. Ich denk gern an die Zeit hier in der Elias-Gemeinde zurück. Aber sie ist mir auch sehr fremd geworden. Mein Verständnis von Demokratie und Freiheit des Menschen hat allerdings noch sehr viel mit dem Evangelium und meinem Glauben zu tun ..."

Bei meinen Spaziergängen in weiblicher Begleitung komme ich oft nicht umhin, das eine oder andere modische Detail zu erwähnen. Im Falle von Marianne Birthler ist das relativ einfach zu beschreiben: Sie liebt Schmuck; Ketten, Ohrringe, Fingerringe, Armbänder, Broschen, Amulette. Mir fiel besonders ihre Kette auf: zwischen weißen Perlen aufgereihte rechteckige Silberstücke. "Ich trage fast ausschließlich Schmuck, den meine Nachbarn herstellen. Da kann ich genau das bekommen, was ich möchte. Diese Kette ist meine neueste Erwerbung ..."

Eine gute Nachbarschaft ist eben nicht zu verachten.

16.06.2006 Deutschlandradio Kultur

Gabi Wuttke

Historiker: "Es darf kein einseitiges Bild entstehen". Wulle plädiert für ausgewogene Aufarbeitung der DDR-Geschichte

Der Historiker und Mitarbeiter im Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin und wissenschaftliche Leiter des DDR-Museums, Stefan Wulle, hat für eine ausgewogene Aufarbeitung der DDR-Geschichte plädiert. Es sei normal, dass sich die Menschen mit zunehmendem Abstand gern an ihr Leben in der DDR erinnerten, sagte Wulle im Deutschlandradio Kultur. Dieser Teil der Erinnerung dürfe aber nicht von der Erinnerung an den Stasi-Staat, an Repression und Unterdrückung getrennt werden.

Gabi Wuttke: Der Historiker Stefan Wulle war bei der Gauck-Behörde und arbeitet jetzt auch im Forschungsverbund SED-Staat, aus dessen Reihen ja heftige Kritik an den Kommissionsvorschlägen kam. Er ist jetzt im Studio, Guten Morgen Herr Wulle.
Wulle: Guten Morgen.

Wuttke: Der Ansatz der Sabrow-Kommission sagen Sie, stelle eine Einheit von Volk und Partei her und damit gewänne das SED-System die letzte Schlacht des Kalten Krieges. Das ist erklärungsbedürftig.

Wulle: Ja, ich habe das so geschrieben in einem Artikel, vor einigen Tagen. Und ich meinte damit, dass es eine Gefahr wäre. Es sollte nicht so sein. Es ist gegenwärtig so, dass sich viele Menschen gerne an die DDR erinnern. Und es werden immer mehr. Also je größer der Abstand wird zur DDR, umso mehr Menschen erinnern sich gerne an diese Zeit zurück. Nicht

zuletzt einfach deswegen, weil es die Zeit ihrer Jugend, ihrer Kindheit war. Das ist vollkommen normal und menschlich verständlich. Und es liegt ja auch irgendwo eine menschliche Kraft darin, dass der Mensch in der Lage ist, die bösen Sachen, die erniedrigenden Sachen, die unangenehmen Dinge zu vergessen und sich an das Schöne und an das Gute zu erinnern. Insofern ist das irgendwo vollkommen normal. Es spielt natürlich dabei auch eine Rolle, dass manches, was man heute von der DDR erzählt, zum Beispiel Vollbeschäftigung, das es nun wirklich keine Arbeitslosigkeit gegeben hat, das klingt für viele junge Leute heute wie ein Märchen, die mögen das gar nicht glauben. Und da muss man eben immer erklären und da muss die wissenschaftliche Analyse einsetzen.

Wuttke: Genau das will aber die Sabrow-Kommission.

Wolle: Ja, ich bin ja jetzt auch nicht hier angetreten als Kritiker der Sabrow-Kommission, primär. Das ist alles schon recht vernünftig, auch was da Herr Professor Sabrow eben gesagt hat. Das würde ich vielleicht ein bisschen anders ausdrücken, aber im Großen und Ganzen ist das vollständig zu unterstreichen.

Wuttke: Was meinen Sie aber denn mit den beiden Parallelwelten der Erinnerung? Die eine eben diese verbräunte und die andere, wie sähe die aus? Und was wäre der Weg zwischen Stasi-Terror und Gartenzwerg-Idylle?

Wolle: Also es gibt diese Phantasiewelt, wo die Menschen sich gern erinnern, wo sie sich mit Symbolen und Gegenständen der DDR identifizieren. Und es geht durch die Gesichter ein glückliches Lächeln, wenn die damals bekannten Figuren aus dem DDR-Kinderfernsehen wieder auftauchen. Pittiplatsch und Schnatterinchen. Oder auch die politischen Symbole, wie zum Beispiel das FDJ-Hemd und andere Dinge. Also da haben viele junge Menschen keine Scheu, sich damit zu bekleiden und damit sogar an der Schule zu erscheinen. Selbst die Lehrer finden das lustig. Also man lacht gerne über die DDR und das ist ja auch gar nicht so verkehrt. Da gab es furchtbar viel zu lachen und ich halte es auch für richtig. Ich plädiere ja auch für eine fröhliche Aufarbeitung, wo man die lächerlichen, die lustigen und auch die heiteren Seiten, sozusagen, der DDR nicht übersieht. Also das ist die eine Welt. Und das scheint sich jetzt ein bisschen zu trennen von einer Welt, also von einer Erinnerungskultur, von einer Welt, wo die Stasi im Mittelpunkt steht. Repression, Terror, Unterdrückung, die Mauer natürlich, die Mauertoten und ich bin der Meinung, das ist vollkommen richtig. An all diese Dinge muss erinnert werden in Publikationen, in Filmen, eben auch in Museen. Aber es darf nicht einseitig so getan werden oder das Bild entstehen, als ob die DDR daraus entstanden, daraus nur bestanden hätte. Weil, viele Menschen, die da gelebt haben und die es erlebt haben, einem zurecht sagen, ja das ist ja sicherlich alles sehr unschön und sehr schrecklich gewesen, aber unser Leben war nicht so, unser Leben hat das nicht absolut bestimmt, wir hatten in der DDR ein glückliches Leben.

Wuttke: Wie aber diese beiden Fäden miteinander verknüpfen?

Wolle: Wie das verknüpfen, genau das ist die Frage. Das ist das Einfache, was schwer zu machen ist. Das ist die Frage vor der wir immer wieder von neuem stehen. Also jeder der sich daran macht, ein Buch zu schreiben über die DDR, einen Film zu drehen oder ein Museum zu gestalten, wird immer wieder neu diese schwierige Gradwanderung antreten müssen zwischen diesen beiden Extremen. Er wird immer auch von beiden Seiten sozusagen Dresche beziehen, argumentativ. Und es werden immer wieder Leute sagen: Fürchterlich, wie könnt Ihr diese Diktatur so darstellen, eben, dass es ein ganz normales Leben war und eben auch ein Nischenglück in sich barg. Und andere werden immer sagen: Wir haben ganz glücklich und wunderbar in der DDR gelebt und das mit der Stasi und so weiter, das ist alles übertrieben. Die Kunst besteht darin, das miteinander zu vereinbaren und zu zeigen, dass dieses so genannte Nischenglück ein Teil der Diktatur gewesen ist, dass dieses so genannte Nischenglück darin bestand, dass die Menschen auch entmündigt wurden und sich deswegen in diese privaten Bereiche zurückzogen. Das war eine Rückzugsposition, das war durchaus ein Teil sozusagen des Funktionierens der Diktatur. Hat jetzt nicht unbedingt mit der von

Sabrow angeführten Bindungskraft der Diktatur zu tun, das ist noch ein bisschen etwas anderes. Das hat eher zu tun mit dem, was Sabrow die missmutige oder so ähnlich, die missmutige Loyalität genannt hat. Das ist es wohl eher. Die ideologische Bindungskraft, die hat es auch gegeben, die war ungeheuer groß. Und die DDR oder die anderen sozialistischen Staaten seit 1917 hätten nicht existieren können, wenn nicht ein doch beachtlicher Teil der Bevölkerung hinter dieser Ideologie und hinter diesem Staat gestanden hätte, gerade in der terroristischen Phase des Stalinismus. Also alle Bücher, die wir kennen, über die Stalinzeit, sprechen ja auch davon, welche ungeheuere Begeisterung und welchen Fanatismus es auch gegeben hat, dieses System aufzubauen.

Wuttke: Der Historiker Stefan Wolle im Radiofeuilleton. Herr Wolle, Sie plädieren dafür, dass man nicht verbissen und bierernst mit der Geschichte umgehen soll. Sie haben aber auch erläutert, wie schwierig es ist, die beiden Fäden, eben zwischen den Polen Gartenzwerg-Idylle und Stasi-Terror zu knüpfen. Vielleicht ist es eine Frage der Zeit, aber ganz konkret können wir Sie fragen, denn Sie sind der wissenschaftliche Leiter des DDR-Museums in Berlin, das in einem Monat eröffnet wird. Wie setzen Sie praktisch um, was Sie auch als Schwierigkeit sehen?

Wolle: Ich will noch eins draufsetzen, es ist nicht nur - es ist ganz besonders schwierig im Museum deswegen, weil der Mensch sich gerne mit den Objekten seiner eigenen Vergangenheit identifiziert. Das heißt, die Leute gehen durch ein Museum und sagen, wunderbar und hübsch und wie niedlich ist das. Da gibt es die Tempolinsen und die alten Waschmittel und die alten Produkte.

Wuttke: Das geht aber in die Ostalgie, oder?

Wolle: Das geht in die Ostalgie und damit muss man fertig werden. Und das kann nicht durch Kommentare passieren. Da müssen wir also Gegenstände, Objekte sozusagen, so inszenieren, so platzieren, dass das möglich ist. Und das ist in jeder Vitrine, das kann ich Ihnen wirklich sagen, das ist in jeder Vitrine von neuem kompliziert, wie man das macht.

Wuttke: Haben Sie noch einmal ein kurzes Beispiel, wie Sie das lösen wollen?

Wolle: Ja. Beispielsweise Weltfestspiele sollen nicht fehlen. Also '73, großer Jubel auf den Straßen, große Begeisterung, von mir aus auch Bindungskraft. Wie stellt man das dar? Und da muss man eben ein kleines bisschen in die Quellen zurückgehen und zeigen, wie sehr während dieser Weltfestspiele und während dieses Tanzes auf allen Plätzen in Ostberlin, darüber sich ein Riesengewölbe der Staatssicherheit darüber wölbte, gewissermaßen, um das alles zu kontrollieren, um da bestimmte Leute auch davon abzusondern, bestimmte Leute festzunehmen. Und das wollen wir dann eben vor allem aus Objekten darstellen. Also wir legen da einfach eine Handschelle davor - die kann man erwerben, haben wir auch - eine Handschelle aus dem Bestand der Staatssicherheit dazu, um diese Ambivalenz dieses großen Jubels auf den Straßen auch wiederum zu zeigen.

Wuttke: Man kann bei Ihnen eine Handschelle erwerben, das Museum wird also ein ...

Wolle: Falsch, falsch, falsch - diese Handschellen kann man kaufen.

Wuttke: Eben, erwerben.

Wolle: Halt, nein, jetzt will ich keinen Unsinn erzählen: Die kann man nicht bei uns kaufen. Wir haben ein Stück davon und legen das in die Vitrine.

Wuttke: Worauf ich hinaus wollte war, dass dieses Museum ein privates sein wird. Und da stellt sich ganz zwangsläufig, wenn auch kurz, die Frage, wie steht es mit Ihrer Einstellung um das Gedenkstättenkonzept, an dem immer noch gebastelt wird. Sie werden jetzt mit privaten Mitteln an den Staat gehen und im Zuge des Gedenkstättenkonzepts ist ja auch immer wieder auf dieses Museum in Arbeit hingewiesen worden.

Wolle: Diese Konzepte durchzusetzen wird sicherlich noch sehr lange dauern. Da ist eine lange Konzeptionsphase vonnöten, dann muss das durch Haushalte und so weiter bestätigt werden. Und wir machen uns eben durch unser Lösungsmodell das privat zu finanzieren, machen wir uns unabhängig und sind dadurch natürlich auch viel flexibler und viel schneller.

18.06.06 Berliner Morgenpost

N.N.

Eine Einzelkämpferin mit Prinzipien - Berliner Spaziergang mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde. Berliner Spaziergang: Die Sonntagsserie in der Berliner Morgenpost. Chefkorrespondent Jochim Stoltenberg trifft Berliner, die in der Stadt etwas bewegen. Treffpunkt ist ihre Lieblingsecke. Heute: Spaziergang mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagenbehörde

Manchmal sei es schon etwas verrückt hier, meint Marianne Birthler. "Wenn die Busse halten, die Touristen aussteigen, in die Hauseingänge schauen und uns als Osis bestaunen ..." Ich hab' mich mit der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagenbehörde am Kollwitzplatz in Prenzlauer Berg verabredet. In diesem Kiez lebt sie seit mehr als zwanzig Jahren, freut sich über die Wandlung vom zerbröselnden zum wieder fein herausgeputzten Quartier. "Es hat sich eine gute Mischung entwickelt. Wer hier wohnt, lebt mit den Nachbarn, den Geschäften, den vielen Restaurants und Kneipen. Ich empfinde das als sehr lebendig. Neben der Gegend um die Hackeschen Höfe ist das hier die einzige Gegend in Deutschland, in der es schon eine gute Ost-West-Mischung gibt; nicht mehr richtig Osten, aber richtig Westen ist es auch nicht geworden-

Freiheit ist zentraler Begriff

Es ist Mittagszeit. Wir haben beide noch nichts gegessen und stärken uns für den Spaziergang im Café-Restaurant Belluno, dem zweiten Eßzimmer Marianne Birthlers. Sie wohnt im selben Haus. Bei Salat mit Meeresfrüchten und Spargel mit hauchdünn gegrilltem Schweinerücken (beides vorzüglich und preiswert dazu) frage ich zunächst nach den weniger schönen Dingen des Lebens. Überrascht sie das zunehmend dreiste öffentliche Auftrumpfen alter Stasi-Seilschaften? Ihr bislang fröhliches Gutelaunegesicht, das nichts über ihr Lebensalter von 58 Jahren verrät, wird ganz ernst. "Die da jetzt öffentlich auftreten, deren Zeit geht bald zu Ende. Aber sie sind keine Solitäre. Die stützen sich auf ein ziemlich stabiles und gar nicht so kleines Milieu, das noch längere Zeit wirksam sein wird. Man darf sich da nicht täuschen. Ich erkläre mir das damit, daß die alten Tschekisten spüren, daß sie langsam den Boden unter den Füßen verlieren und noch Einfluß nehmen wollen, als was die DDR einmal in die Geschichte eingehen soll. Sie haben ja auch", und nun lächelt sie wieder, "allen Grund zur Sorge, daß ihre Sicht sich nicht durchsetzen wird."

Nachdem eine Expertenkommission jüngst empfohlen hatte, in die Aufarbeitung der SED-Diktatur den DDR-Alltag einzubeziehen, waren Befürchtungen laut geworden, nun solle der ostdeutsche Unrechtsstaat auch offiziell weichgespült werden. "Diese Sorge ist seit einer Anhörung im Bundestag ausgeräumt. Das Wesen einer Diktatur ist der Verlust von Recht und Freiheit. Der zeigt sich aber nicht nur in Gefängnissen, sondern auch im täglichen Leben. Dieser Aspekt ist in der Tat bisher zu kurz gekommen ..."

Und dann erzählt Marianne Birthler von ihren drei Töchtern, die in der DDR nicht zum Abitur zugelassen wurden. "Das war, wie man uns zu verstehen gab, angesichts der politischen Haltung der Eltern unmöglich. Sie mußten auf Berufe ausweichen, für die kein Abitur erforderlich war."

Freiheit sei für sie zum zentralen Begriff geworden. "Auch deshalb, weil sie in Deutschland als Grundwert menschlicher Existenz unterschätzt wird. Vor allem im Osten, aber auch im Westen ..."

Marianne Birthler stammt aus einfachen Verhältnissen, die Eltern hatten einen Laden in der Markthalle am Alexanderplatz. Nicht unbedingt ein direkter Weg zur Kirche. "Aber mein Vater kam aus einem sehr protestantischen Elternhaus. Er starb, als ich noch klein war. Obwohl aus der Kirche ausgetreten, gab es in der Familie noch die Tradition, daß die Kinder konfirmiert werden sollten. Diesen Wunsch meines Vaters hat meine Mutter nachträglich erfüllt. Während des Konfirmandenunterrichts war ich immer mehr von der Kirche fasziniert

und wurde sehr fromm. Aus religiöser Überzeugung, aber auch, weil ich mich als Pubertierende damit von meiner Mutter abgrenzen konnte. Erst später kamen politische Gründe hinzu. Ich entdeckte, daß Kirche in der DDR auch Freiraum bedeutet, Platz für soziales und bürgerliches Engagement. Das hatte dann wieder viel mit meiner Mutter zu tun, die eine sehr wache politische Person war."

In Marianne Birthlers Elternhaus wurde Bundestagsdebatten gelauscht, nach der Wahl Willy Brandts zum Kanzler 1969 eine Flasche Sekt geköpft, jeden Sonntag um 12 Uhr im Rias die Freiheitsglocke gehört. "Das war wie Gottesdienst. Diese Erziehung zur Freiheit hatte einen starken Einfluß auf mich."

16 000 Säcke mit Aktenschnipseln

Warum hat die Kirche, die zu DDR Zeiten so vielen Oppositionellen die Pforten öffnete, ihr Ansehen, ihre Bindekraft nicht über die Wende hinaus bewahren können? Marianne Birthler scheint von der Frage überrascht. Eine einfache Antwort hat auch sie nicht. Aber Erklärungen: Viele evangelische Kirchengemeinden boten Raum für politische Aktivitäten, die in der Öffentlichkeit verboten waren. Viele, die sonst gar nichts mit Religion zu tun hatten, nutzten diesen kirchlichen Freiraum, weil er der einzige war. Es gab auch viele kirchliche Mitarbeiter, die unter normalen Umständen einen anderen Beruf gewählt hätten. Sie wurden Theologen oder Gemeindepädagogen, um nicht dem Staat dienen zu müssen. "Dieses Alleinstellungsmerkmal hat die Kirche nach der Wende verloren. Viele haben danach die Chance genutzt und etwas anderes gemacht. Ich ja auch ..."

Wir machen uns auf den Weg. Marianne Birthler will mir das Leben in ihrem Kiez zeigen. In der Rykestraße weist sie auf zwei Häuser, die gleich nach 1990 von einem Freundeskreis genossenschaftlich erworben und renoviert wurden; rot getüncht das eine, Parterre die fast obligatorische Kneipe. "Davon hat der Hans-Jürgen, heute Besitzer, immer geträumt. Nach dem Fall der Mauer ist er in den Osten zurückgekommen und hat seinen Traum in die Tat umgesetzt. Jetzt ist hier alles saniert. Eigentlich müßte ein Haus in altem Zustand stehenbleiben, damit man sieht, wie es damals war."

Damals - erneuter Anknüpfungspunkt zur Stasi-Aufarbeitung. Noch immer Zigtausende Anfragen im Jahr, 172 Aktenkilometer abgelegt in Regalen, 16 000 Säcke mit Aktenschnipseln harren der Aufbereitung. Letztere sollen nicht länger nur von Hand zusammengefügt, sondern in einem Pilotprojekt endlich schneller per Computersystem rekonstruiert werden. Sechs Millionen Euro will der Bundestag dafür bewilligen. "Toll, nicht ...?" Die Behördenchefin freut sich fast wie ein Kind vorm Weihnachtsmann und strahlt. Der Inhalt von 400 Säcken soll mit dem neuen Programm entschlüsselt werden. In den vergangenen 15 Jahren sind per Hand nur zerrissene Akten aus 319 Säcken mühsam wieder zusammengefügt worden.

Durchaus interessante Vorgänge

Sind bald neue Enthüllungen zu erwarten? "Nach den Erfahrungen mit den ersten 319 Säcken können durchaus noch interessante Täter- und Opferakten auftauchen. In den Säcken liegen ja keine Schnipsel aus den sechziger oder siebziger Jahren. Es sind Akten, die die Stasi-Offiziere gerade zur Hand hatten oder vernichtet haben, weil sie für besonders wichtig gehalten wurden. Da können durchaus noch einige interessante Vorgänge auftauchen..."

Wir haben die Danziger Straße überquert und stehen in der Prenzlauer Allee vor einem Gebäudekomplex aus gelbem Backstein. "Das wollte ich Ihnen unbedingt zeigen", sagt Birthler. Der Bau, um die Jahrhundertwende als Obdachlosen- und Siechenhaus gebaut, ist heute Teil des Bezirksamts Prenzlauer Berg. "Die Kellerräume wurden nach dem Krieg erst von den Russen, dann vom Ministerium für Staatssicherheit bis 1956 als Gefängnis genutzt. Vor mehr als fünf Jahren haben wir eine Bürgerinitiative gegründet, um ein Denkzeichen für die Opfer zu setzen. Nach langen Diskussionen mit Vertretern des Bezirks und mit Unterstützung der Bezirksverordnetenversammlung, auch der PDS-Kulturstadträtin, ist uns das gelungen."

Seitdem zieht sich ein schwarzes Schriftband oberhalb der Kellerfenster rund um das Zentralgebäude, gestaltet von der im Bezirk lebenden Künstlerin Karla Sachse. Darauf gedruckt mahnende Fragen: "Wer schloß die eiserne Tür?", "Wer verschwand im Keller?", "Wann wird es wieder hell?" Bei der Einweihung 2005 gab es übrigens eine Gegendemonstration von früheren Stasi-Mitarbeitern. "Das zeigt", sagt Marianne Birthler in einem Anflug von Zufriedenheit, "zweierlei: Mit hartnäckiger Überzeugungsarbeit, notfalls mit Streit, kann man etwas erreichen. Und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit muß sehr differenziert geführt werden."

Wie groß ist das Interesse denn überhaupt noch an der DDR-Geschichte, in den Schulen zum Beispiel? Das hänge sehr vom Interesse der Lehrer ab - im Westen wie im Osten. Kürzlich haben wiederum alte Ost-Kader in einer Briefaktion versucht, Schüler zu beeinflussen, etwa vor dem Besuch des Stasi-Untersuchungsgefängnisses in Hohenschönhausen gewarnt. Müßten die Kultusminister da nicht endlich aufwachen? "Als ich Bildungsministerin in Brandenburg war, ist ein Versuch gescheitert, eine gemeinsame Grundsatzklärung der Kultusministerkonferenz zur Behandlung des DDR-Themas im Unterricht zu verfassen. Vielleicht ist jetzt ein neuer Anlauf möglich."

So zurückhaltend ist die vierfache Großmutter offenbar nicht immer. Als "charmante Einzelkämpferin" ist sie von Kollegen mehrfach charakterisiert worden. Ich erlebe sie allein als charmante Wegbegleiterin und Gesprächspartnerin. Mit der Titulierung "Einzelkämpferin" sieht sie sich völlig verkannt. "Das entspricht überhaupt nicht meinem Selbstbild. Meine Überzeugungen und Strategien entwickle ich nie allein. Ich räume aber gern ein, daß - wenn es denn unvermeidlich ist - ich auch manchmal kämpfe. Aber ich trachte nicht danach und tue es auch nicht gern. Allerdings halte ich, wenn es sein muß, an meiner Meinung fest ..."

Keine Scheu vor Auseinandersetzungen

Eine Frau mit Prinzipien. Sie trat als Ministerin in Potsdam zurück, weil sie nicht unter dem in Stasi-Verdacht geratenen Regierungschef Manfred Stolpe arbeiten wollte. Mit Innenminister Otto Schily und Altkanzler Kohl stritt sie bis zum Bundesverwaltungsgericht über die Herausgabe von Akten - und verlor. Zu den nicht gerade schönsten Erinnerungen gehören die Auseinandersetzungen im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, dessen Sprecherin sie von 1993 bis 1994 war.

Am Ende unseres Spaziergangs führt sie mich an einen Ort der Erinnerung der ganz anderen Art. Das Gemeindehaus der Elias-Gemeinde in der Göhrener Straße ist ein mächtiger Backsteinbau, zum Innenhof mit wildem Wein berankt. "Da oben habe ich nach meiner Rückkehr nach Berlin 1983 gewohnt. Und dort war der Christenlehre-Raum, in dem ich als Katechetin, so eine Art Religionslehrerin, Kinder unterrichtet habe ..." Was denkt, was fühlt sie, wenn sie heute hierher zurückkehrt? Marianne Birthler überlegt lange. "Das war ein anderes Leben. Mein Leben hat sich ja mehrfach dramatisch verändert. Ich denk gern an die Zeit hier in der Elias-Gemeinde zurück. Aber sie ist mir auch sehr fremd geworden. Mein Verständnis von Demokratie und Freiheit des Menschen hat allerdings noch sehr viel mit dem Evangelium und meinem Glauben zu tun ..."

Bei meinen Spaziergängen in weiblicher Begleitung komme ich oft nicht umhin, das eine oder andere modische Detail zu erwähnen. Im Falle von Marianne Birthler ist das relativ einfach zu beschreiben: Sie liebt Schmuck; Ketten, Ohrringe, Fingerringe, Armbänder, Broschen, Amulette. Mir fiel besonders ihre Kette auf: zwischen weißen Perlen aufgereichte rechteckige Silberstücke. "Ich trage fast ausschließlich Schmuck, den meine Nachbarn herstellen. Da kann ich genau das bekommen, was ich möchte. Diese Kette ist meine neueste Erwerbung ..."

Eine gute Nachbarschaft ist eben nicht zu verachten.

15.06.2006 netzeitung.de
Sabine Pamperrien

Stasileute fernhalten – Die Experten, die Vorschläge zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vorgelegt haben, sind heftig angegriffen worden. Dabei fordern sie ein langfristiges Engagement gegen Unwissen und die grassierende Ostalgie.

Vor kurzem übergab eine im Mai 2005 von der damaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) berufene Expertenkommission dem amtierenden Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) ihre Empfehlungen zur Schaffung eines Geschichtsverbundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Schon im Vorfeld der Veröffentlichung sorgte das 21-seitige Papier für einigen Wirbel.

Am härtesten ging der im SED-Forschungsverbund an der Freien Universität Berlin forschende Historiker Jochen Staadt in der «FAZ» mit seinen Experten-Kollegen und ihrem staatlichem Auftrag ins Gericht. Die Expertenkommission sei ganz gezielt von den Vertretern der rotgrünen Regierung so ausgewählt worden, dass der «regierungsamtlich erwünschte Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen und musealen Auseinandersetzung mit dem SED-Regime» gesichert sei: Der Kommissionsvorsitzende Professor Martin Sabrow aus Potsdam sei ein «Weichzeichner der SED-Diktatur».

Der Geist des Abwickelns

Trotz des Protests der ehemaligen DDR-Bürgerrechtler in der Kommission enthalte das Papier «Kompromissformeln, die dem verbrecherischen Charakter des SED-Regimes nicht gerecht werden». Die Kommission sei gänzlich dem Wunsch rot-grüner Politik gefolgt, nicht mehr die politische Delegitimation der DDR ins Zentrum der Geschichtsaufarbeitung zu stellen, sondern das Regime kritisch zu historisieren. Das Kommissionsmitglied Freya Klier mochte denn auch die Empfehlungen der Kommission nicht mittragen und gab ein Sondervotum ab, in dem sie monierte, das Papier atme im Gewand akademischer Formulierungen den Geist des Abwickelns.

Der «Spiegel» berichtete vorab unter dem reißerischen Titel «Angriff auf ein Symbol», die Expertenkommission empfehle, die jetzt «Birthler-Behörde» genannte ehemalige Gauck-Behörde des «Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik» (BStU) radikal abzubauen. Mit 2200 Mitarbeitern und einem Etat von 100 Millionen Euro archiviert, verwaltet und erforscht sie die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Lob an die Bürger

Liest man die Empfehlungen der Experten, macht es allerdings einige Mühe, die Vorwürfe nachzuvollziehen. Die Kommission hatte den Auftrag, ein Gesamtkonzept für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu entwerfen. Bei den Institutionen, um die es in diesem Bericht geht, handelt es sich zum einen um die vom Bund getragenen Einrichtungen BStU, Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Direkt oder indirekt betrifft der Bericht auch auf Länderebene geförderte Einrichtungen wie die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Gedenkstätte Berliner Mauer oder die Gedenkstätte Normannenstraße.

In den Leitlinien zu den Empfehlungen hebt die Kommission das Verdienst der engagierten Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR hervor, die durch ihren persönlichen Einsatz bei der Verhinderung der geplanten Vernichtung insbesondere der Stasi-Akten erst die Forschung möglich machten. Das durch diesen bürgerschaftlichen Einsatz entstandene Spektrum verschiedener staatlicher und staatlich unabhängiger Dokumentationszentren, Archive und Bibliotheken soll maßgebliche Grundlage der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bleiben. Dabei wird angeregt, diesen Einrichtungen langfristig institutionelle Sicherheit zu verschaffen.

Gemütliche DDR

Der Bericht enthält auch eine Liste mit geschichtspolitischen und erinnerungskulturellen Defiziten. Danach ist die Wahrnehmung der DDR-Geschichte nach Ost und West geteilt und

wird insbesondere in den alten Bundesländern kaum als Teil der gesamtdeutschen Geschichte verstanden. Hinzu komme die zunehmende und insbesondere medial vermittelte Trivialisierung der DDR, die Vernachlässigung des Themas DDR in Schulen und Hochschulen. Gegenwärtig genieße die Dokumentation staatlicher Repression außerdem Vorrang gegenüber derjenigen von Widerstand und Anpassung, Ideologie und Parteiherrschaft sowie des Alltags in der Diktatur.

Filmkomödien wie «Sonnenallee» des ehemaligen DDR-Regiejungstars Leander Hausmann, ganz besonders auch der international gefeierte «Goodbye Lenin» von Wolfgang Becker vermitteln tatsächlich ein durchaus gemütlich-nostalgisches Bild des Lebens in der DDR. «Good Bye, Lenin» wird in Deutschland wegen seiner Anziehungskraft im Schulunterricht verwendet. Eine Broschüre der Bundeszentrale für politische Bildung zu diesem Film soll eine kritische Auseinandersetzung ermöglichen. Es fragt sich jedoch, ob kritische Anmerkungen zu amüsant in Szene gesetzten DDR-Bezügen die Unterdrückungsmechanismen im SED-Staat verstehbar machen.

Siegeszug der DDR-Marken

Viel eher scheint so die Sehnsucht nach DDR-Produkten wie Bautzener Senf, Spreewaldgurken und Nutossi verstärkt zu werden. Inzwischen haben sich ganze Märkte wie OSTPRO am Berliner Alexanderplatz etabliert, die das identifikatorische Potenzial alter DDR-Marken nutzen.

Auch der jüngst mit sieben deutschen Filmpreisen ausgezeichnete Film «Das Leben der Anderen» hat trotz seiner authentischen Darstellung der Stasi-Methoden einen kleinen Makel: Denn der durchschnittliche, von der Stasi bespitzelte DDR-Bürger war eben kein faszinierender Künstler mit großen Gefühlen, ausgeprägter Eloquenz und dazu noch bildschön. Dem normalen Stasi-Opfer dürfte die Bekehrung eines Spions wohl kaum gelungen sein. Darüber hinaus lässt die hollywoodeske Story des Films die Traumatisierung einer ganzen Gesellschaft durch die Auslieferung des Einzelnen an ein wahnhaftes System totaler Überwachung und Indoktrination kaum ahnen.

Der Apparat der Indoktrination

Umfragen unter Schülern, Studenten und auch Lehrern kommen immer wieder zu dem Ergebnis, dass die Geschichte der DDR selbst in Grundzügen kaum reflektiert wird. Im vergangenen Jahr brillierten zahlreiche Schüler von Ostberliner Gymnasien mit völliger Unkenntnis zu Fragen nach dem Jahr der Errichtung der Mauer, dem Jahr ihres Falls und danach, wer denn eigentlich Erich Honecker war. Umfragen unter der Gesamtbevölkerung haben gezeigt, dass immerhin 14 Prozent die DDR als einen demokratischen Staat bezeichnen.

Vor dem traurigen Hintergrund einer Aufarbeitung, die sechzehn Jahre kaum stattgefunden hat, geht der Vorwurf, es werde – aus welchen parteipolitischen Interessen auch immer – die Abwicklung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte betrieben, also an der Sache vorbei. Die DDR steht zwar an allen Schulen auf dem Lehrplan, was aber außer einigen Eckdaten zu vermitteln ist, bleibt diffus. Der ganze Apparat der Indoktrination der DDR-Bürger durch die SED etwa, der mit der militärischen Früherziehung in den Kindergärten begann und in die sämtlich gleichgeschalteten Organisationen mündete, wo noch jeder Sportverein und Angelklub Noten in Marxismus-Leninismus vergab, spielt bisher in der politischen Bildung kaum eine Rolle.

Die durchherrschte Gesellschaft

Ob und wie diese 40 Jahre währende Erziehung bis heute fortwirkt, ist allenfalls polemisch behandelt worden und hat zu den unglücklichsten Debatten der jüngsten Zeit gesorgt, wie z.B. den Einlassungen Jörg Schönbohms zu den getöteten Babys in Brandenburg. Auch die Frage, ob der westliche Antikommunismus zur ideologischen Stabilisierung der östlichen Diktaturen beigetragen haben könnte, ist kaum diskutiert worden.

In einem neu zu schaffenden «Forum Aufarbeitung» sollen nach Ansicht der Experten drei Schwerpunkte künftige Diskurse über die DDR bestimmen. Im Komplex «Herrschaft – Gesellschaft – Widerstand» sollen Themenbereiche wie Widerstand und Opposition, «Alltag in der durchherrschten Gesellschaft» vermittelt werden. Auch die Erforschung der «Mechanismen der Machtausübung» wird empfohlen.

Die Birthler-Behörde und die Gedenkstätten der Verfolgung und Überwachung in der Hauptstadtregion sollen zur Aufarbeitung des Schwerpunkts «Überwachung und Verfolgung» zusammengefasst werden. Den dritten Schwerpunkt soll das Thema «Teilung und Grenze» bilden. Hier regt die Kommission unter anderem eine Kooperation der Gedenkstätte Berliner Mauer mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn und dem Deutsch-Deutschen Museum Mödlareuth an.

Das Fristende naht

Noch am Tage der Veröffentlichung der Empfehlung nahm Marianne Birthler zu den Vorschlägen Stellung. Die Kommission habe unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, wie wichtig auch künftig die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur sein werde. Tatsächlich trägt die Kommission mit ihren Vorschlägen zu einer Änderung der Ausrichtung der BStU lediglich dem Umstand Rechnung, dass nach den derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen in diesem Jahr die Stasi-Überprüfungsmöglichkeit formal endet.

Im aktuellen Gesetzestext heißt es, dass nach Ablauf der Frist niemand mehr wegen seiner Arbeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR belangt werden darf. Dem Experten-Papier ist unschwer zu entnehmen, dass Marianne Birthler in ihrem Bestreben unterstützt wird, eine Fristverlängerung zu erreichen, um weiterhin ehemalige Stasileute aus öffentlichen Ämtern fern zu halten. Über diese Aufgabe hinaus soll die BStU ihren gesetzlichen archivarischen und rekonstruktiven Auftrag ausweiten, um die Möglichkeiten der wissenschaftlichen Erforschung der Stasiakten zu verbessern.

15.06.06 Lausitzer Rundschau online

Klaus Trende

Kathis Tortenmehl und Meldekorn - Zum Alltagsleben der DDR – Eine Schau in Spremberg. Das Niederlausitzer Heidemuseum in Spremberg präsentiert in seiner neuen Sonderausstellung Geschichte zum Anfassen. Unter dem Titel „Abgewickelt und vergessen“ werden 860 Exponate aus dem Alltagsleben der DDR gezeigt.

Sie dokumentieren materielle Standards, Sozialverhalten, gesellschaftliches Sein, wie sie in 40-jähriger Entwicklung entstanden und – unabhängig von politischen Erwägungen früher und heute – ein originäres Zeitgefühl vermitteln. Es war da. Es gehört dazu. Es wird sich aus genügend großem Abstand objektiv darstellen lassen. Hier ist ein bescheidenes Stück zum Geschichtsmosaik.

Der deutsche Historiker Jürgen Kuczynski (1904-1997) legte vor Jahrzehnten seine mehrbändigen Studien zur „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes 1600-1945“ vor. Die umfangreiche Materialsammlung mag irgendwann durch das Historienbild von DDR und Bundesrepublik während ihrer separaten Existenz ergänzt werden. Jedenfalls wird in dieser Sammlung augenfällig der Nachweis geführt, dass Geschichte mehr ist als Herrscherdiktat. Zu diesem Urteil kam etwas später auch die von der Bundesregierung 2005 eingesetzte „Expertenkommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Sie legte kürzlich ihren Bericht vor. Man begriff oder musste sich belehren lassen, dass es neben Stasi, SED, Überwachung und Verfolgung auch das „ganz normale Leben“ gab, jenes Phänomen, das einst Günter Gaus als „Nischenkultur“ erkannte.

Die Ausstellung leistet dazu Kleinarbeit. Denn man sieht, dass und wie sich Alltag in Dingen manifestiert; und dass jener nicht bloß von Ideen, sondern zu allererst von den materiellen Verhältnissen definiert wird. Zekiwa-Kinderwagen, Zeugnisheft, Herder-Medaille, Pionierauftrag zum Weltjugendfestival 1973 in Berlin, Baby-Box mit Elasan-Creme und

Malimo-Lätzchen. Pittiplatsch der Liebe und Sandmann aus Gummi, Frösi- und Atze-Hefte sind ein paar markante Zeichen jener Jahre. Das Familienleben wird anhand von Dingen reproduziert. Selters für zwölf Pfennig, Badusan und Rheubalmin, Debut-TV, Getreidekorn von Melde Cottbus für 13,80 Mark, Bebo-Sher und Spee. Da werden Erinnerungen wach, aber keine Nostalgie. Denn die Schau will nicht Lobeshymnen singen, sondern schiefe Perspektiven gerade rücken.

Neben dem SED-Parteiprogramm liegen die Forumchecks in der Vitrine; Orden, Wehrdienstausweis, Inhaltsverzeichnis von Tante Emmas Westpaket. Der Text: „Geschenksendung – keine Handelsware“. All dies unter Glas verweist deutlich auch auf Widersprüche im Leben der Leute zwischen den vier Wänden. Manches verleitet zum Schmunzeln, anderes zu grimmigem Nachdenken. Aber wer ist vor erlebter Geschichte schlauer als danach? Das können nur die eingebildeten Sieger der Geschichte sein. „Alles zum Wohle des Volkes!“ heißt ein Wahlplakat. Ein anderes: „Aus jeder Mark, jeder Stunde Arbeitszeit, jedem Gramm Material den größten Nutzeffekt!“. Viele wussten von des Kaisers neuen Kleidern, mit denen der Erich H. in Berlin sich kleidete. Woher dann die Macht? Derlei Fragen nach sozialpsychologischen Bedingungen und Volkes Einrichten in die Verhältnisse sind nicht Thema dieser Ausstellung.

Freilich öffnet eine solche Präsentation Intimblicke, die in der Nebengasse Licht auf das Ganze werfen. Herbert Roths Platte liegt da, „Dem Rennsteig entlang“ auf Vinyl neben „Kathis Tortenmehl“. In dieser Kombination wünschte man sich den folgsamen Bürger im Land. Von der Tageszeitung „Junge Welt“ ist die Ausgabe des 8. November 1989 in der Auslage. Der Zentralrat der FDJ fordert auf seiner 12. Tagung eine „Analyse der Krise in der DDR“. Ein wenig zu spät.

Gleich daneben das SPD-Extrablatt vom März 1990. Dessen Titel: „Böhme steht für Zukunft ohne Angst“ und „Helmut Schmidt berät Böhme“. Das waren damals schon Zeiten . . . Sie ehrlich (in sehr begrenztem Ausschnitt) zu reflektieren, ist Absicht dieser Schau. Das authentische Material stimuliert Nachdenken und Dialog mit dem Heute.

15.06.2006 Märkische Allgemeine.de

Hübner/ Interview: Sabrow

Die DDR war ein Paradoxon. Der Potsdamer Historiker Martin Sabrow plädiert für einen neuen Umgang mit der ostdeutschen Geschichte

Martin Sabrow, Leiter des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, und das Bild "Der Arbeiter" von Walter Womacka (1983). Foto: MAZ/Hübner

Als die Empfehlungen der Expertenkommission zur Aufarbeitung des SED-Unrechts bekannt wurden (siehe Kasten links), gab es nicht nur positive Reaktionen. Bürgerrechtler befürchteten eine "Weichzeichnung" der Diktatur, und Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU), unter dessen Obhut ein neues Gedenk-Konzept entstehen soll, sprach sehr zurückhaltend von einem "Denkanstoß". Leiter der Kommission war der Historiker Martin Sabrow (52), geschäftsführender Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung. Sabrow plädiert für eine differenzierte Betrachtung der DDR, die auch Alltagserfahrungen einbezieht. Mit Sabrow sprachen Henry Lohmar und Jan Sternberg.

In Zukunft soll - nach dem Bericht Ihrer Kommission - nicht mehr nur die Stasi, sondern auch der Alltag der Ostdeutschen im Zentrum der Vermittlung von DDR-Geschichte stehen. Das hat Ihnen den Vorwurf eingehandelt, ein "Weichspüler" der DDR zu sein. Was sagen Sie dazu?

Sabrow: Der Vorwurf einer Verharmlosung der DDR ging vor allem vor der Veröffentlichung des Votums durch die Presse - und er entpuppte sich als Missverständnis. Insgesamt war das Echo auf die Empfehlungen überraschend positiv. Die Historiker, die sich mit dem Nationalsozialismus befasst haben, haben in langwierigen Auseinandersetzungen erreicht,

dass das tagtägliche Funktionieren des "Dritten Reichs" mit einbezogen wird, um die Rolle der Gesellschaft und des Einzelnen am nationalsozialistischen Zivilisationsbruch deutlicher zu fassen. Was dort erkämpft wurde und die Verstrickung der deutschen Gesellschaft schmerzhaft deutlich belegte, wurde jetzt von einigen Gedenkpolitikern für die DDR abgelehnt und als Verharmlosung gedeutet. Das irritiert mich doch sehr.

Was ist am Alltag in der DDR aufschlussreich für den Historiker?

Sabrow: Die Aufgabe von uns Historikern ist es unter anderem, individuelle Erfahrungen in den historischen Kontext zu stellen, also in bezug auf die DDR das Leben in einer durchherrschten Gesellschaft zu beschreiben. Die Verbindung von Herrschaft, Gesellschaft und Individuum entstand ja auch in der DDR jeden Tag neu - in der Schule, im Betrieb, im HO-Laden, auch in der berühmten "Nische". Hier entschied sich für jeden Einzelnen jeden Tag neu, ob er Anweisungen folgte oder widerstrebte, ob er sich begeistern ließ und andere zu begeistern suchte, ob er sich missmutig anpaßte, widerwillig einrichtete oder vielleicht Zumutungen eigensinnig unterlief.

In den Ostalgie-Shows im Fernsehen wurde der DDR-Alltag als fröhlich und unbeschwert gezeigt. Sie haben das kritisiert. Ist es nicht normal, dass man sich lieber an die schönen Dinge erinnert?

Sabrow: Jeder Mensch lebt sein unwiederholbares Leben in seiner Zeit. Er hat Anspruch darauf, seine eigene Kindheit, seine Heimat in der Vergangenheit suchen zu dürfen und vielleicht auch wiederzufinden. Als Historiker weiß ich aber auch, daß die Erinnerung an einen scheinbar herrschaftsfreien Alltag in der Diktatur zur Verklärung führen kann; mit demselben Phänomen hatte auch der Generationskonflikt in der Bundesrepublik der 60er-Jahre zu tun. Unser Ziel ist, den Alltag in der DDR eben nicht auszusparen und den Ostalgie-Shows zu überlassen, sondern ihn in seiner politischen Durchdrungenheit zu zeigen.

Nun sind wir 16 Jahre nach der Wende noch vergleichsweise nah an den Ereignissen dran. Ist es zu früh für eine Historisierung der DDR?

Sabrow: Zeitgeschichte ist immer die Geschichte, die "noch qualmt". Und sie müht sich immer wie Sisyphos um eine kritische Historisierung, für die die Zeit noch nicht reif ist. Noch leben die Zeitzeugen, die uns die Deutungshoheit streitig machen, und noch gehen historische und politisch-moralische Aufarbeitung ineinander über. Oft geschieht das spannungsreich und manchmal in wunderbarer Ergänzung wie etwa in unserer Expertenkommission, in der Bürgerrechtler, Publizisten, Museumsfachleute und Historiker einander zuzuhören und voneinander zu lernen bereit waren, bis am Ende ein Konsens gefunden wurde.

Wann übernehmen denn die Historiker die Deutungsmacht?

Sabrow: Die Deutung der Vergangenheit ergibt sich aus einem Kräfteparallelogramm, in dem die Historie sich ihren Raum und ihren Einfluß immer neu schaffen muss. Historische Deutung geht in die Vergangenheitspolitik ein, wie sie sich etwa in der geplanten Novelle des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes niederschlägt. Sie wirkt ebenso auf die öffentliche Gedenk- und Erinnerungspolitik, das war die Arbeit der Kommission, und sie beeinflusst die öffentliche Verständigung über die Vergangenheit. In der Diskussion um das Votum der Expertenkommission hatte ich zeitweilig die Sorge, daß die Verbindung zwischen Erinnerungskultur und Geschichtswissenschaft abgerissen sein könnte. Die Anhörung im Bundestag hat dann die Bedeutung einer differenzierten und eben auch gesellschaftsgeschichtlichen Aufarbeitung der DDR wieder deutlich gemacht.

Wir haben aber auch ganz konkret den Geschichtsunterricht. Sie waren lange Zeit Lehrer - was sollte Ihrer Meinung nach in einem Schulbuch über die DDR stehen?

Sabrow: Einfache Antworten fallen mir schwer, und die DDR erscheint mir vor allem als ein Paradoxon. Sie begann als Mobilisierungsdiktatur und endete als Fürsorgediktatur. Sie hatte den Anspruch, der modernere deutsche Staat zu sein und endete in monströser Antimoderne. Man kann sie in sich selbst analysieren, aber auch als Teil einer gespaltenen Nation, als

Satellit im sowjetischen Blocksystem, aber auch als Erbe der kommunistischen Arbeiterbewegung und natürlich als zweite deutsche Diktatur.

Es gibt ja zudem sehr widerstreitende Erinnerungen.

Sabrow: Wir erleben einen Kampf der Gedächtnisse. Ich sehe gegenwärtig drei unterschiedliche Gedächtnismilieus, die sich gegenseitig die Dominanz streitig machen. Das Revolutionsgedächtnis erinnert an die friedliche Überwindung des SED-Staates 1989 und betont den Täter-Opfer-Gegensatz und den Diktaturcharakter der DDR. Daneben existiert ein weitverbreitetes Wendegedächtnis, das mehr den Lebensalltag und weniger die Herrschaft in den Blick nimmt. Neuerdings ist mit dem Auftreten der Stasi-Altkader in Berlin-Lichtenberg ein drittes Erinnerungsmilieu in den Blick getreten. Sein Anschlußgedächtnis sieht 1989 nicht als Revolution, sondern allenfalls als Gegenrevolution und sieht die DDR durch die Bundesrepublik kolonialisiert - eben auf dem Wege eines "Anschlusses" wie Österreich 1938. Alle diese drei Modelle betrachten die DDR vom Ende aus.

Sabrow: Sie haben Recht, wir diskutieren hier wieder sehr teleologisch und gewöhnen uns zu stark daran, die DDR vom Ende her zu betrachten. Das liegt auch an der Dominanz der heute noch lebenden Zeitzeugen und der medialen Aufmerksamkeit, die sich mehr auf das Ende als auf den Anfang der DDR richtet. Als Historiker müssen wir uns Rechenschaft darüber geben, daß eine genetische Betrachtung zu anderen Blickwinkeln und Ergebnissen führt als eine teleologische vom Ende her.

Welche Verpflichtung haben wir den Opfern gegenüber?

Sabrow: Auch Historiker dürfen Empathie haben, und natürlich gilt sie im Zweifelsfall den Opfern und nicht den Tätern. Als Historiker sollten wir dabei aber nicht vergessen, daß der Opfer-Täter-Diskurs zeitbedingt ist und daß er ein schiefes Begriffspaar bilden kann in einer Gesellschaft, in der Opfer- und Täterrollen sich oftmals überlagerten und wechselseitig durchdrangen.

Die Erinnerung wird auch - und in der multimedialen Welt ohnehin immer stärker - über Bilder transportiert. Wenn Sie nur drei Fotos zur Auswahl hätten, um die DDR zu zeigen, welches wären Ihre Favoriten?

Sabrow: Eigentlich müssten Sie jetzt die Bilder aussuchen und ich würde Ihnen dann sagen, was mir an Ihrer Auswahl fehlt und was sie über unser Gedächtnis sagt. Aber nun gut: Jeder würde das Bild des Grenzers nehmen, der 1961 an der Bernauer Straße in die Freiheit springt. Dieses Pathos der Freiheit - das Grenzen überwindet und später doch auch ein Stück weit ironisch empfunden wurde. Vielleicht das Siegtor Jürgen Sparwassers 1974 und sicherlich ein Schnappschuß vom Ferienplatz an der Ostsee. Und natürlich ein Bild vom Mauerfall, von diesem verrückten, unglaublichen, historischen Moment, an dem die Schlagbäume aufgehen und Menschen auf der Mauerkrone tanzen, weil sich etwas in meiner Generation für undenkbar Gehaltenes ereignet hat - dass eine Diktatur lautlos zusammenbricht.

Wie der SED-Staat Geschichte werden soll

Im Mai 2005 beauftragte die damalige Kulturstaatsministerin Christina Weiss eine Kommission aus Bürgerrechtlern und Experten unter der Leitung von Martin Sabrow mit der Konzipierung des Geschichtsverbundes "Aufarbeitung der SED-Diktatur". Ein Jahr später präsentierte die Kommission ihr Ergebnis in Berlin. Das 21-seitige Papier könnte geeignet sein, eine neue Phase im Umgang mit der DDR-Geschichte einzuleiten. In ihm wird ein Modell aus drei thematischen Säulen empfohlen: 1. "Herrschaft - Gesellschaft - Widerstand", 2. "Überwachung und Verfolgung" sowie 3. "Teilung und Grenze". Alle drei Institutionen sollen als Stiftungen geführt werden. Am heftigsten diskutiert wurden die Empfehlungen für die Dokumentation von Überwachung und Verfolgung. Sie sehen vor, dass die Gedenkstätten Hohenschönhausen (Stasi-Untersuchungsgefängnis), Normannenstraße (Stasi-Zentrale) und Birthler-Behörde zu einer organisatorischen Einheit zusammengeführt werden. Das geplante Dokumentations- und Forschungszentrum "Diktatur und Geheimpolizei" soll Akten vorbereiten und sichern, aber auch die vielschichtigen Aufgaben einer Gedenkstätte

wahrnehmen. Umstritten ist unter anderem, in welcher Form die Akten der BIRTHLER-Behörde in Zukunft zugänglich sind. Die Kommission empfiehlt eine Eingliederung in das Bundesarchiv. Kritiker argumentieren, die BIRTHLER-Behörde müsse als Ergebnis der friedlichen Revolution in der DDR erhalten bleiben.

14.06.06 junge Welt

Abdruck

Linkspartei.PDS-Beschluß zum Umgang mit Beschlüssen. Der Parteivorstand der Linkspartei.PDS verabschiedete am Montag in geschlossener Sitzung einen Beschluß mit dem Titel »Zum weiteren Umgang mit den Beschlüssen zur persönlichen Offenlegung der Biografie und zur Geschichte von 1991, zu dem Gesetz zur Beendigung der Überprüfung zum 31. 12. 2006 und zu den Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ›Aufarbeitung der SED-Diktatur‹«. Wir dokumentieren den Wortlaut:

1. Der Parteivorstand fordert die Bundestagsfraktion Die Linke. auf, sich in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS mit dem Bericht der Expertenkommission zu befassen und Vorschläge zum weiteren politischen Umgang damit zu unterbreiten. Der Parteibildungsprozeß von Linkspartei.PDS und WASG und weiteren Linken gründet auf einem differenzierten Geschichtsbild der linken Vergangenheit in Ost und West, das die repressiven Elemente des real existierenden Sozialismus, die Verbrechen des Stalinismus, den Hang zu Spaltung und Kampf gegeneinander genauso analysiert wie die Elemente von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im real existierenden Sozialismus und die Erfolge der Linken, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften im Kampf um mehr Rechte, Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit.
2. Der Parteivorstand stellt fest, daß der Beschluß des 3. Parteitages, 2. Tagung, 26.–27. 6. 1993, zur Offenlegung der politischen Biografie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren, nichts von seiner Gültigkeit verloren hat. Gleichzeitig bekräftigt der Parteivorstand die Auffassung, daß niemand wegen seiner politischen Biografie diskriminiert werden darf (festgehalten vor allem in der Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluß der 2. Tagung des 2. Parteitages, 29.–31. 1. 1993: Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit).
3. Der Parteivorstand lehnt eine mögliche Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes ab, der zufolge die Regelüberprüfung im Öffentlichen Dienst sowie von Abgeordneten über das Jahresende 2006 hinaus verlängert werden soll.
4. Der Parteivorstand wendet sich gegen Versuche, die kritische Aufarbeitung der Geschichte durch die Linkspartei.PDS zurückzudrehen und die für die Gesellschaft der DDR auch prägenden autoritären Strukturen zu relativieren.
5. Der Parteivorstand bestätigt die bisherige Haltung der Linkspartei.PDS zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Das Rentenrecht eignet sich nicht zur Vergangenheitsaufarbeitung und als strafrechtliches Sanktionsinstrument. Das Rentenstrafrecht verhindert eher eine offene Auseinandersetzung mit Geschichte. Der Parteivorstand unterstützt in ausgewählten Musterfällen die rechtliche Vertretung von Betroffenen. Er erklärt sich solidarisch mit von Verbänden und Vereinen eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Der Parteivorstand bittet die Fraktion Die Linke. im Deutschen Bundestag zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Aufhebung des ersten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 21. 6. 2005 zu erarbeiten sind. Der Parteivorstand befürwortet großzügigere rentenrechtliche Regelungen für die Opfer von rechtsstaatswidriger Politik in der DDR.
6. Der Parteivorstand distanziert sich von der mißbräuchlichen Verwendung und politischen Instrumentalisierung von Stasi-Unterlagen zur Diskreditierung von Personen, insbesondere

auch von Politiker/innen der Linkspartei.PDS, wie in den Fällen Heilmann, Kuschel, Leukefeld und Porsch. Mit einer solchen Praxis wird einer sachlichen und sachgerechten Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und speziell des MfS die Grundlage entzogen.

7. Lothar Bisky, Katina Schubert und Hans Modrow werden gebeten, die Erfahrungen mit den Beschlußlagen in der Linkspartei.PDS in den Parteibildungsprozeß mit der WASG einzubringen.

13.06.2006 politikerscreen.de

Christian Salewski

Regierungsamtliches Geschichtsbild unerwünscht. Die Förderung von Gedenkstätten ist in Deutschland Sache der Kommunen und der Länder. Nur bei Gedenkstätten von „herausragender nationaler und internationaler Bedeutung“ beteiligt sich der Bund paritätisch an den Kosten. Welche Erinnerungsorte in diesem Sinn förderungswürdig sind, bestimmt das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung. Politisch umstritten sind die Gewichtung des Erinnerns zwischen den beiden deutschen Diktaturen und die Art, wie die Gedenkstätten organisiert sind.

Graue Stelen vor grauem Hintergrund – es war, als leiste das Wetter seinen eigenen Beitrag zu jenem Tag im Mai 2005, an dem das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Spitze des Staates versammelte sich in gediegenem Schwarz am neuen Ort der Erinnerns in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tores. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sprach von der „Grenze unseres Verstehens“, an der das Stelenfeld im Herzen Berlins agiere. Er hob hervor, dass die Entscheidung für das Denkmal, die der Bundestag noch in Bonn getroffen hatte, eine Entscheidung „für ein erstes gemeinsames Erinnerungsprojekt des wiedervereinten Deutschlands“ gewesen sei. Seitdem haben über 3,5 Millionen Menschen das Mahnmal besucht. Es entwickelte sich in kurzer Zeit zu der herausragenden Gedenkstätte der Bundesrepublik. Aber es ist bei weitem nicht die einzige.

Erinnerung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

1800 Seiten umfasst allein die Dokumentation „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“. Ihr Pendant für die Opfer des SED-Regimes listet über 350 „Orte des Erinnerns“ auf. Es gibt in Deutschland hunderte Gedenkstätten für die Opfer des staatlichen Unrechts, doch der Bund fördert nur ein gutes Dutzend von ihnen.

Die Erinnerung an das Unrecht gilt in Deutschland als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Staat nimmt sich hier bewusst zurück. Christina Weiss, ehemalige Kulturstaatsministerin, betonte vor dem Bundestag ausdrücklich: „Es darf und es wird kein regierungsamtliches Geschichtsbild geben.“ Die allermeisten Gedenkstätten entstanden aus bürgerschaftlichem Engagement heraus. Ergebnis ist eine ausdifferenzierte, dezentrale Gedenkstättenlandschaft, die vom kleinen Mauermuseum an der ehemaligen innerdeutschen Grenze bis hin zu wissenschaftlich begleiteten und staatlich geförderten Großprojekten wie den KZ-Gedenkstätten reicht.

Die staatliche Gedenkstättenförderung ist ein Kind des deutschen Föderalismus. Erhalt und Pflege der Gedenkstätten übernehmen Länder und Kommunen. Erst wenn ein Erinnerungsort „herausragende nationale und internationale Bedeutung“ für sich beanspruchen kann, besteht für den Bund die Möglichkeit, die entsprechende Gedenkstätte oder Stiftung finanziell zu unterstützen. Meist geschieht das anteilig. Die eine Hälfte kommt vom Bund, die andere vom jeweiligen Land und der Kommune. So steht es im Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung, dessen immer noch gültige Fassung aus dem Jahr 1999 derzeit überarbeitet wird und der 1993 eine Gesamtkonzeption zur Gedenkstättenförderung vorausging. Einzige Ausnahmen bilden die zentralen Gedenkstätten der Bundesrepublik - wie die „Neue Wache“ und das „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“. Hinzu kommen demnächst noch

zentrale Mahnmale für Homosexuelle sowie Sinti und Roma, die von den Nationalsozialisten verfolgt wurden. Außerdem finanziert der Bund fünf Gedenkstätten, um an bedeutende deutsche Staatsmänner zu erinnern, darunter die Willy-Brandt-Stiftung. Geld fließt auch in die Erhaltung der großen sowjetischen Gedenkstätten und Kriegsgräber.

Politischer Streit über Ausrichtung des Gedenkstättenkonzepts

Herr über die Fördertöpfe in erinnerungspolitischen Dingen ist der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit der Regierungsübernahme durch die große Koalition bekleidet Bernd Neumann (CDU) dieses Amt. Für das Jahr 2005 beläuft sich der Haushaltsposten „Geschichtsbewusstsein“, der beinahe ausschließlich der Gedenkstättenförderung dient, auf 50,2 Millionen Euro.

Politischer Streit entzündet sich weniger an dem finanziellen Aufwand als daran, wie das Gedenkstättenkonzept des Bundes ausgerichtet ist. Mal dreht es sich dabei um ein vermeintliches Ungleichgewicht zwischen der Aufarbeitung der SED- im Vergleich zur NS-Diktatur. Mal sollen Gedenkstätten unter einem organisatorischen Dach zusammengeführt werden, damit sie effektiver und abgestimmter arbeiten. Manchem Kritiker ist die Erinnerung an das SED-Unrecht zu sehr auf Berlin konzentriert, manchem zu sehr auf den Osten Deutschlands. Es gibt also geschichtspolitische Streitpunkte genug.

Dabei sehen die Experten aus der Wissenschaft das Gedenkstättenkonzept durchaus positiv. Zuletzt bestätigte eine Expertenanhörung des Kulturausschusses des Bundestags im Februar 2005, dass das Konzept geeignet sei, die Erinnerung an das Unrecht beider deutscher Diktaturen zu pflegen. Die Wissenschaftler betonten zwar das derzeitige Ungleichgewicht zwischen geförderten Gedenkorten für die NS- und die SED-Verbrechen, sahen dadurch aber keine Unrechtsgeschichte der anderen gegenüber bevorzugt. Der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums der Stiftung „Haus der Geschichte“ in Leipzig, Rainer Eckert, kommt in seiner Stellungnahme zu dem Schluss: „Wir haben, denke ich, einen Schwerpunkt liegen auf den Gedenkstätten, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen – das hat historische Gründe, ist berechtigt, sollte auch nicht geändert werden.“

Diskussion über Organisation der Gedenkstätten

Eine Sichtweise, die parlamentarisch zuletzt die Union im Jahr 2004 kritisierte. In einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Gedenkstättenförderung des Bundes hieß es, dass im Vergleich zur NS-Herrschaft „an die Zeit der SED-Diktatur auf nationaler Ebene nur marginal gedacht“ werde. Der Antrag, der außerdem gefordert hatte, Gedenkstätten für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs zu fördern, fand nach kontroverser Diskussion allerdings keine Mehrheit.

Eine andere Diskussion betrifft die Organisation und die Vernetzung der Gedenkstätten untereinander. So schlug die damalige Kulturstaatsministerin Weiss im März 2005 vor, die vier großen Berliner NS-Gedenkstätten - das Holocaust-Mahnmal, die Topographie des Terrors, das Haus der Wannsee-Konferenz und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand -, die allesamt vom Bund gefördert werden, unter einem organisatorischen Dach mit dem Namen „Stiftung der NS-Verbrechen“ zusammenzuführen. Mit ihrem Vorschlag löste Weiss zwar eine öffentliche Debatte unter Fachwissenschaftlern und Gedenkstättenmitarbeitern aus. Ihr Vorschlag verlief sich aber, nicht zuletzt wegen des Widerstands der Gedenkstättenleiter, die sich um ihr eigenständiges Profil sorgten, im Sande.

Analog dazu berief Weiss eine Expertenkommission, die den Auftrag erhielt, „Elemente eines Gesamtkonzeptes für einen dezentral organisierten Geschichtsverbund zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ zu formulieren und dazu die Arbeit von 41 Einrichtungen ein Jahr lang zu prüfen. Die von der Kommission am 15. Mai 2006 vorgestellten Ergebnisse fanden weitgehend Unterstützung. Die Experten schlugen vor, die DDR-Aufarbeitung „im Zusammenwirken von Musealisierung, Gedenkstättenarbeit und politischer Bildung“ auf drei übergeordnete Themenbereiche zu fokussieren: „Herrschaft – Widerstand – Gesellschaft“, „Überwachung und Verfolgung“, sowie „Teilung und Grenze“. Eine derartige Gliederung

ermögliche einen angemessen differenzierten Blick auf die DDR-Geschichte. Als problematisch sehen die Experten die „Berlin Zentrierung“ und eine nach Ost und West geteilte Wahrnehmung der DDR-Geschichte an. Einige Kritiker fürchten eine Verharmlosung des DDR-Unrechts, sollte man dem „Alltag in der Diktatur“ zu viel Platz einräumen. Nachdem aber die Vorschläge zumeist positiv aufgenommen wurden, könnten sich die Ergebnisse durchaus in dem neu überarbeiteten Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung wieder finden. Das allerdings wird frühestens gegen Ende des Jahres vorgestellt.

13.06.2006 politikerscreen.de

Christian Salewski

Herrschaftswissen für alle. Der Umgang mit den Stasi-Akten gilt vielen als Musterbeispiel dafür, wie die Hinterlassenschaften einer Diktatur aufzuarbeiten seien. Doch 16 Jahre nach der Wiedervereinigung erheben sich Stimmen, die die Aufarbeitung anders als bisher regeln wollen. Dabei hat sich der bundesdeutsche Weg bewährt. Das zeigt insbesondere der Vergleich mit den osteuropäischen Ländern. Teilweise stehen diese erst am Anfang einer umfassenden Öffnung ihrer Archive.

Es ist elf Uhr am Vormittag des 17. Juni 1953. Im Osten Berlins demonstrieren 150.000 Menschen gegen das SED-Regime. Was als Streik und Protest gegen eine Normerhöhung für Bauarbeiter beginnt, weitet sich zu einem Volksaufstand aus, der die ganze DDR erfasst. Das Regime droht die Kontrolle zu verlieren. Sowjetische Panzer fahren auf. Gegen zwölf Uhr fallen die ersten Schüsse. Der Ausnahmezustand wird verhängt. Am Abend hat die Staatsgewalt sich durchgesetzt. Mindestens 55 Menschen verlieren rund um den 17. Juni ihr Leben. Das Regime, gerade noch mit einem blauen Auge davon gekommen, beschließt, das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als „Schild und Schwert der Partei“ massiv auszubauen. Als es dann 1989 tatsächlich abtreten muss, beschäftigt die Stasi statt 9000, wie im Jahr 1953, geschätzte 91.000 hauptamtliche und weit mehr als 100.000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) - eine Geheimpolizei der Superlative. Heute bilden 180 Kilometer an Aktenregalen, die das MfS hinterließ, das Hauptbetätigungsfeld einer Behörde, die weltweit ihresgleichen sucht. Die Frage ist, wie lange noch.

Ungewisse Zukunft der Birthler-Behörde

Die Behörde der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR“ (BStU), kurz Birthler-Behörde, verfolgt seit ihrer Gründung am 3. Oktober 1990 den Auftrag, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des MfS zu unterrichten. Seit der Bundestag Ende 1991 das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) beschloss, bearbeiteten die Archivare rund sechs Millionen Anträge auf Akteneinsicht und auf Überprüfung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. Doch damit könnte bald Schluss sein. Die Stimmen mehren sich, die die Birthler-Behörde 16 Jahre nach der Wiedervereinigung zu einem Dokumentations- und Forschungszentrum umwandeln wollen. Die Arbeit mit den Akten, das eigentliche Kerngeschäft, solle dann, zumindest auf lange Sicht, das Bundesarchiv übernehmen. So fordert es das kürzlich vorgestellte Konzept einer Expertenkommission der Bundesregierung zur künftigen Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Während Kritiker des Konzepts befürchten, die Behörde solle abgewickelt werden, sieht Behördenchefin Marianne Birthler die Vorschläge differenzierter. Grundsätzlich sei das Konzept, das drei thematische „Säulen“ der Auseinandersetzung vorsieht, zu begrüßen. Allerdings hätten sich die Aufgaben der BStU „vor Ablauf des von heute aus überschaubaren Zeitraums von zehn bis 15 Jahren nicht erledigt“. Das Bundesarchiv habe außerdem keine angemessene Rechtsgrundlage, wenn es darum gehe, Akteneinsicht zu gewähren. Ein Argument, das der ehemalige Bürgerrechtler und Vize der Unions-Fraktion, Arnold Vaatz (CDU), nicht gelten lässt. Er fordert im Interview mit der Sächsischen Zeitung, die Birthler-

Behörde so schnell wie möglich abzuschaffen. Eine gesetzliche Grundlage könne man auch für das Bundesarchiv schaffen.

Von diesem Rigorismus distanziert sich allerdings Martin Sabrow, Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Vorsitzender der Kommission. Die Vorschläge würden fehlinterpretiert. „Wir haben nicht – wie es in der Presse steht – der Abwicklung der Behörde das Wort geredet, wir haben keine Zeitvorgaben gemacht“, betonte er ausdrücklich. Auch Kulturstaatsminister Bernd Neumann sah sich veranlasst, den Sorgen der Kritiker, die Aufarbeitung der SED-Diktatur solle nun "historisiert" werden, entgegenzutreten: "Es ist und bleibt ein zentrales Anliegen gerade und auch der neuen Bundesregierung, die SED-Diktatur konsequent und differenziert aufzuarbeiten, und zwar nicht nur historisch, das ist wichtig, sondern immer auch aktuell politisch."

Polnischer Streit um Aufarbeitung der Vergangenheit

Dass der deutsche Weg, sich mit dem geheimdienstlichen Vermächtnis der Diktatur auseinanderzusetzen, stets hochpolitisch war, zeigt ein Blick in das osteuropäische Ausland. In den ehemaligen „Bruderstaaten“ gibt es teilweise heftigen Streit darum, wie mit den Geheimakten der jeweiligen Staatssicherheiten umgegangen werden soll. Jüngstes Beispiel ist die heftige Auseinandersetzung in Polen um die so genannte Wildstein-Liste. Der konservative Publizist Bronislaw Wildstein hatte im Internet eine Liste mit 240.000 Namen veröffentlicht, die den Akten des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) entstammen. Die Publikation traf die polnische Geschichtsaufarbeitung unvorbereitet, denn im Gegensatz zur Birthler-Behörde nimmt das ohnehin erst 1998 gegründete IPN keine Routine-Überprüfungen im öffentlichen Dienst vor. Zwar verabschiedete das polnische Parlament im April 1997 ein so genanntes Lustrationsgesetz zur Reinigung des Staatsapparats. Doch davon betroffen sind nur Minister und Abgeordnete, sofern sie ihre Verbindung zur Staatssicherheit nicht freiwillig einräumen. Erschwerend kommt hinzu, dass dem IPN schlicht die finanziellen Mittel fehlen, um eine Aufklärung, die diesen Namen verdient, zu ermöglichen. Erst kürzlich musste das IPN zum zweiten Mal in Folge erhebliche Etatkürzungen verkraften. Die Wildstein-Liste könnte nun zu einem Umdenken beitragen.

Ein spätes, doch zugleich positives Beispiel bietet die Slowakei. Seit dem Herbst 2002 bemüht sich das Institut des Nationalen Gedenkens, Wesen und Spätfolgen des Kommunismus zu untersuchen und offen zu legen. Zwar hat die Behörde gerade einmal 80 Mitarbeiter, aber dafür eine solide rechtliche Grundlage für ihre Arbeit, inklusive dem Recht, Strafanträge zu stellen. Bis Ende 2005 bearbeitete die Behörde etwa 1000 der mehr als 6500 eingegangenen Anträge auf Akteneinsicht.

Rumänische Behörde ohne direkte Zugriffsrechte auf Akten

Es scheint, als bilde sich nur langsam ein neues Bewusstsein in Osteuropa, das der Aufklärung der geheimpolizeilichen Aktivitäten mehr Gewicht einräumt. Diverse Länder verabschiedeten Gesetze zum Umgang mit den Akten der Staatssicherheitsapparate, die allerdings, was ihre aufklärende Wirkung angeht, teilweise deutliche Mängel aufweisen. So verabschiedete das rumänische Parlament 1999 zwar ein Gesetz über die Öffnung der Archive der Securitate und schuf mit dem Nationalen Rat für die Aufarbeitung der Securitate-Archive (CNSAS) auch eine entsprechende Behörde. Allerdings erhielt diese keinen direkten Zugriff auf die Akten. Die CNSAS muss die Unterlagen im Archiv des Inlandsgeheimdienstes (SRI) anfordern, der die Herausgabe mit dem Verweis auf nationale Sicherheitsbelange jederzeit ablehnen kann.

In Ungarn gilt seit 2003 ein Stasi-Unterlagen-Gesetz, nach dem ein vom Parlament benannter Ausschuss prüft, wer welche Akten einsehen darf. Auch das Historische Archiv der Staatssicherheitsdienste (ASZTL) erhielt nur beschränkten Zugriff auf die Bestände, auch wenn sich die Situation insgesamt verbessert hat.

Eine Rolle rückwärts in die Vergangenheit vollführte hingegen Bulgarien. Im Frühjahr 2002 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das den ohnehin schon restriktiven Zugang, den ein Gesetz zur Aktenöffnung 1997 ermöglichte, drastisch einschränkte. Bulgarien ist damit das Schlusslicht, wenn es um Aufarbeitung der Staatssicherheitsdienste und ihrer Arbeit geht.

Während in Deutschland darüber diskutiert wird, die politische Aufklärungsarbeit langsam in eine historische Einordnung zu überführen, haben einige Länder Osteuropas noch den ganzen Weg vor sich. Zwar haben die ehemaligen sozialistischen Blockstaaten gesetzliche Regelungen geschaffen, wie mit dem archivierten Herrschaftswissen umzugehen sei. Doch sind die Gesetze häufig nicht dazu geeignet, die Praxis der Diktatur aufzuarbeiten. Das zeigt exemplarisch, wie kontrovers die Debatte um die Vergangenheitsbewältigung innerhalb der osteuropäischen Gesellschaften heute noch ist. Nicht nur, aber auch in vergleichender Perspektive gelten das Stasi-Unterlagen-Gesetz und die BIRTHLER-Behörde deshalb in den Augen vieler als vorbildlich.

12.06.06 Deutschlandradio Kulturnachrichten

N.N.

BIRTHLER: Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht nur Aufgabe von Behörden

Eine Gesellschaft die sich nicht erinnert, ist nicht lebendig, meint Marianne BIRTHLER. Im 'Tagesspiegel' mahnt die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen eine breite öffentliche Debatte über die SED-Diktatur an. Die Auseinandersetzung mit dem Alltag in der DDR und den Auswirkungen der Diktatur auf die Gesellschaft helfe, den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie besser schätzen zu lernen, sagte BIRTHLER. Dabei gehe es nicht um eine Neuauflage der Stasi-Debatte, denn die Zeit der spektakulären Enthüllungen neige sich allmählich dem Ende zu. Angesichts der jüngsten Auftritte ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit warnte BIRTHLER vor einem letzten Gefecht alter Männer, die es nicht ertragen könnten, dass die Geschichte über sie hinweg gehe.

12.06.06 Der Tagesspiegel

Matthias Meisner und Antje Sirleschtov

„Die DDR ist nicht nur ein Ost-Thema“ Stasi-Behördenchefin BIRTHLER über den Umgang mit der Geschichte und das Wesen der Diktatur

Frau BIRTHLER, warum tauchen 16 Jahre nach der Wende alte Stasi-Seilschaften in der Öffentlichkeit auf?

Vielleicht geraten die Tschekisten in Panik, weil sie merken, dass ihre Weltsicht allmählich an Boden verliert und sie sich nicht durchsetzen wird. Manche sprechen vom letzten Gefecht alter Männer, die es nicht ertragen können, dass die Geschichte über sie hinweggeht. Da ist was dran, allerdings sollte man das Milieu, in dem die ehemalige Führungsriege des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nach wie vor eine große Resonanz hat und das sich von ihren Äußerungen ermutigt und bestätigt sieht, nicht unterschätzen. Um die Frage, als was die DDR in die Geschichte eingehen wird, wird noch gestritten, sie ist auch noch nicht entschieden.

Glaubt man der Expertenkommission der Bundesregierung, ist sie es schon. Ein bisschen Stasi-Aufarbeitung, ein bisschen DDR-Alltagsgeschichte. Reicht das?

Der Verdacht, die Kommission wolle die DDR weichspülen, ist inzwischen überzeugend widerlegt worden. Anlass war der Begriff „Alltag“, dem ja etwas Schillerndes anhaftet. Es gibt tatsächlich Leute, die mit dem Verweis auf angeblich alltägliches sorgloses Leben ausblenden wollen, dass die DDR eine Diktatur war. Richtig ist: Wenn man den grundsätzlichen Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie beschreiben will, dann genügt es nicht, auf Repression und Staatssicherheit zu schauen. Der Wesenskern einer Diktatur ist der Verlust von Recht und Freiheit. Und dieser zeigt sich nicht nur in Gefängnissen, sondern in allen Bereichen des Lebens. Die Aufhebung der Gewaltenteilung,

die Rolle der SED, die Gleichschaltung der Medien, die Klassenideologie, die katastrophale Bildungspolitik von Margot Honecker – alles Erscheinungsformen der Diktatur, die in der bisherigen Debatte noch zu kurz gekommen sind. Und nun soll es ein Museum geben für den Alltag in der DDR?

Ein Lernort DDR, wie ihn die Kommission jetzt vorschlägt, wäre ein brauchbarer Ansatz. Ein Ort, an dem eine Schulklasse einen Gesamteindruck bekommen kann, von dem, was die DDR für ein Staat war, und wie die Menschen unter den Bedingungen der Diktatur lebten. Massenwirksam ist das alles nicht.

Wenn es gut gemacht wird, durchaus. Es kommt darauf an, Zusammenhänge verständlich und interessant aufzuarbeiten. Es geht um den Transfer längst vorhandener gesicherter Erkenntnisse in die breite Öffentlichkeit. Unsere Erfahrung zeigt, dass das möglich ist. Es genügt dafür nicht, einfach nur das Wissen von Experten in eine verständliche Sprache zu übersetzen. Besser ist es, an Erlebnisse und Erfahrungen der Menschen anzuknüpfen. Ich erreiche Jugendliche mit der Geschichte von Schülern, die von der Schule flogen, weil sie die falschen Klamotten und die falsche Musik liebten, manchmal mehr als mit Berichten von Verfolgung und Haft. Und warum mussten Kinder lernen, dass darüber, was am Abendbrottisch besprochen wurde, in der Schule nicht geredet wird? Diese Art von DDR-Alltag ist gemeint.

Wer soll über die DDR diskutieren?

Die Öffentlichkeit: also Politik, Medien, Bildungseinrichtungen, Kunst. Wir alle. Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht nur die Aufgabe von Behörden. Die Multiplikatoren sind gefragt: Schulen, Universitäten, die Landeszentralen für politische Bildung – da gibt es bisher eher eine dürftige Bilanz – auch oder vor allem im Westen. Die Geschichte der DDR ist ein deutsches, nicht nur ein ostdeutsches Thema. Da sind alle gefragt – vom Ministerpräsidenten bis zum Lokalredakteur.

Wozu brauchen wir diese Debatte?

Weil es um unsere Vergangenheit geht, also um unser Leben. Eine Gesellschaft, die sich nicht erinnert, ist nicht lebendig, hat kein Selbstbewusstsein. Vor allem aber können wir aus dieser Geschichte lernen. Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur verhilft dazu, den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie besser schätzen zu können. Es geht also nicht um einen neuen großen Aufschlag. Doch lohnt es sich darüber nachzudenken, ob es möglicherweise weiße Flecken in der Aufarbeitung gibt.

War es falsch, DDR-Geschichte auf die Opfer-Täter-Verhältnisse zu konzentrieren und Raum für Ostalgie wellen zu öffnen?

Es ist doch verständlich, dass sich das Interesse zunächst auf diese Themen richtete. In den ersten Jahren hat es den Leuten doch unter den Nägeln gebrannt: Wer hat wen verraten, waren es womöglich meine Freunde? Wer von denen drängt schon wieder in Amtsstuben oder in die Politik? Die Zeit der spektakulären Enthüllungen neigt sich allmählich dem Ende zu. Jedes Thema hat seine Zeit. Jetzt wollen viele wissen, wie hat es genau funktioniert.

Warum erfahren Kinder in der Schule so wenig über die DDR?

Leider sind Schulen, in denen über die DDR hinreichend und sachgerecht informiert und diskutiert wird, noch in der Minderheit. Nicht selten werden Lehrer, die diesen Diskurs wollen, mundtot gemacht. Sie bekommen zu wenig Rückendeckung von Kollegen, Schulleitung oder Schulbehörden, wenn Eltern oder Großeltern die ehrliche Debatte über deren Vergangenheit nicht passt.

Sie wollen die Behörde, der Sie vorstehen, mit breiteren Kompetenzen ausstatten?

Nein. Die gesetzlichen Aufgaben, die wir haben, sind so vielfältig, dass wir Mühe haben, sie alle auszufüllen. Zu ihnen gehört es auch, über Struktur, Wirkungsweisen und Methoden der Stasi zu unterrichten – also auch über ihre Auswirkungen in der Gesellschaft. Nach dem viel versprechenden Beginn der Debatte um die Zukunft der Aufarbeitung sollten nun aber auch

die Stasiunterlagenbehörde und andere Institutionen, die sich der DDR-Aufarbeitung widmen, an konzeptionellen Debatten beteiligt werden.

11.06.2006 Die Welt am Sonntag

Ralf Georg Reuth

Aufklärung im Stasi-Knast - Die Nachricht: Morgen besucht die CDU/CSU-Fraktionsführung die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen.

Der Kommentar: Mit dem Film "Das Leben der Anderen" wird in der Populärkultur endlich nicht mehr nur Ostalgie betrieben. Dennoch sind 31 Prozent der Ostdeutschen inzwischen der Meinung, die DDR sei keine Diktatur gewesen. Vor diesem Hintergrund versuchen Ex-Stasi-Offiziere mit gezielten Angriffen gegen Historiker, Gedenkstätten und ehemalige Dissidenten, Geschichte umzudeuten. Unterstützung bekommen die Ewiggestrigen von unerwarteter Seite. Eine noch von Rot-Grün eingesetzte Kommission empfiehlt das Aufgehen der Birthler-Behörde in ein neues Dokumentationszentrum, das vor allem den Alltag in der DDR thematisiert. Auf diese Weise soll "der deutlich übergewichtigen Konzentration auf Orte der Repression und der Teilung entgegengewirkt werden".

Offensichtlich wird für manche Sozialdemokraten und Grüne die DDR zu grau gezeichnet, überboten sie sich doch einst mit Honneurs für Honecker. Da böte sich der Besuch der Unions-Fraktionsführung in der Gedenkstätte als Gelegenheit an, einmal Farbe zu bekennen. Im früheren Stasi-Gefängnis wird seit Jahren unter der Leitung Hubertus Knabes in beeindruckender Weise über das SED-Unrecht aufgeklärt. Die Kommission irrt: Bei der Erinnerung an die DDR dürfen die Tatorte eben nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Nirgendwo sonst wird das Wesen einer Diktatur so unmittelbar erfahrbar. Ralf Georg Reuth

11.06.2006 Der Tagesspiegel

ots/Berlin

Der Tagesspiegel: Birthler: Deutschland braucht breite öffentliche Debatte um SED-Diktatur

Die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, hat eine breite öffentliche Debatte über die SED-Diktatur angemahnt. Die Auseinandersetzung mit dem Alltag in der DDR und den Auswirkungen der Diktatur auf die Gesellschaft ver helfe dazu, "den Wert von Freiheit, Recht und Demokratie besser schätzen zu lernen", sagte sie dem Tagesspiegel (Montagsausgabe). Dabei gehe es nicht um eine Neuauflage der Stasi-Debatte, denn "die Zeit der spektakulären Enthüllungen" neige sich allmählich dem Ende zu. Vielmehr müssten Politiker, öffentliche Einrichtungen, Medien und Kirchen über die alltäglichen Mechanismen, die das Wesen der DDR-Diktatur ausgemacht haben, diskutieren.

Angesichts neuerlicher Auftritte ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit warnte Birthler vor einem "letzten Gefecht alter Männer, die es nicht ertragen können, dass die Geschichte über sie hinweggeht". Allerdings sollte das Milieu, dass sich "von solchen Äußerungen ermutigt und bestätigt fühlt, nicht unterschätzen". Birthler: "Die Frage, als was die DDR in die Geschichte eingeht, ist noch nicht entschieden."

10.06.06 Frankfurter Allgemeine Zeitung

N.N.

Und Bautzen? Sachsen kritisiert SED-Kommission

09.06.06 Die Welt

Ines Geipel

Kleine, graue, miese DDR - Das Expertenpapier zur Aufarbeitung der SED-Diktatur markiert keinen Paradigmenwechsel

Im Aufarbeitungsbergwerk DDR rumorte es in den vergangenen vier Wochen mächtig. Anfang Mai hatte eine neunköpfige Expertenkommission ein Papier zur Neujustierung der Geschichtslandschaft DDR vorgelegt und damit einen unerwartet heftigen Streit ausgelöst. Gut so! Wann wird schon mal über so etwas Dröges wie ein Kommissionspapier gestritten. Es gibt also noch was zu klären in Bezug auf das, was sich einmal DDR nannte. Aber was war der Inhalt des Streits? Welche Relevanz hatte das vorgestellte Konzept? Welche Fragen stellte es und vor allem, welche ließ es aus, wenn es in der Lage war, die Gemüter derart zu bewegen?

Zunächst muß man sich wohl nicht unnötig lange mit der Feststellung aufhalten, daß eine Kommission, die noch in der Endphase der Schröder-Regierung aufgestellt wurde, gewisse politische Reflexe bediente. Auch wurde ohne größeres öffentliches Murren hingenommen, daß ein gut trainierter Wissenschafts-Lobbyismus auf monetäre Begehrlichkeiten aus ist, die sich dann auch erwartungsgemäß in dem Konzept wiederfanden. Was eine Vielzahl von DDR-Aufklärern bis in die Opfer-Verbände hinein allerdings tatsächlich erregte, muß man der Rubrik, "Hardware DDR-Aufarbeitung" zurechnen. Ihr Zorn galt in der Hauptsache dem noch von der ehemaligen Kulturstaatsministerin als Arbeitsvorlage mitgegebenen Paradigmenwechsel - "der politischen Delegitimation der DDR zur kritischen Historisierung". An diesem Wechsel rieben sich fortan die Geister. Martin Sabrow, Potsdamer Historiker und Chef der Expertenkommission, hatte seit langem „neue Narrative“ in Bezug auf die DDR angemahnt und die im Expertenpapier endlich auch vorlegen können. Nach der Lektüre des Konzepts denkt man: Poh! Was für ein erstaunlicher philologischer Budenzauber! und fragt sich: Was war sie denn nun, diese kleine, graue, miese DDR? Eine "Konsens-Diktatur" oder nicht doch besser nur ein "durchherrschtes System"? Die Empfehlung, so belobigten sich die Experten selbst, setze "neue Maßstäbe für eine plurale und multiperspektivische Aufarbeitung der deutschen Geschichte im ‚Jahrhundert der Extreme‘".

Stimmt schon, je grauer und härter der Osten, um so farbenprächtiger seine Auferstehung. Dabei klingt jene ausgerufene "plurale und multiperspektivische Aufarbeitung" ein bißchen nach einer DDR als schönstem deutschen Müsli-Land, einem einzigartigen Nischengewusel, in dem die Insassen in anhaltend "mißmutiger Loyalität" - einer der Neologismen der Kommission - schwer rumkauzten und sich offenbar vierzig Jahre lang frohgemut auf die Schenkel klopfen. Mit aller Vehemenz und Klarheit kritisierten fünf Opfer-Verbände und diejenigen, die mit immer knapper werdenden Mitteln Tag für Tag an der Erinnerungsfront stehen, daß "dem Alltag und den Bindungskräften in der Kommunistischen Diktatur durch staatlich finanzierte Einrichtungen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden" solle. Nach harschem Gegenwind erweiterte Martin Sabrow somit das Kommissions-Papier und schrieb, daß wir es "heute mit einem mehrfach gespaltenen Milieugedächtnis zu tun" hätten, "in dem voneinander abgeschottete Bilder der DDR-Vergangenheit nebeneinander" stünden.

Es ist nicht ganz sicher, ob jene nachgereichte Erkenntnis vom mehrfach geschredderten DDR-Gedächtnis der immer konfuser werdenden Debatte über die DDR tatsächlich zur Klärung verhelfen konnte. Eine Vielschichtigkeit von Geschichte muß noch lange nichts mit ihrer bestimmenden Realität, geschweige denn mit deren brutalen Tatsachen zu tun haben. In jedem Fall dürfte es aber ein inneres Verhältnis zwischen dem gut gemischten Historien-Cocktail aus multiplen Ansichten zur DDR und der Gesellschaftswüste Ost geben, über die ernstzunehmende Berichte bemerkenswerter Weise seit längerem ausbleiben. Als störe das, was in ihr zu erfahren wäre, nachhaltig die Geschäfte.

Denn zu fragen bleibt schon, ob jene "plurale und multiperspektivische Aufarbeitung", mitsamt all ihrer Theoretisiererei, Professionalisiererei und Historisiererei, das bestimmende Kriterium für die notwendige Aufklärung der zweiten deutschen Diktatur sein kann. Oder anders herum gefragt: Ist eine derart aufdringliche Homöopathisierung der ostdeutschen Diktaturgeschichte tatsächlich das geeignete Modell, um heranwachsenden Generationen

Maßstab, Aufmerksamkeit und Haltung gegenüber der pluralen und multiperspektivischen Gesellschaft mitzugeben, in die sie soeben hineinwachsen?

Denn was ist eigentlich Sache, wenn wir heute von der DDR reden? Wie ist die öffentliche Wahrnehmung ihrer Geschichte? Wie die Situation etwa in den ostdeutschen Provinzen, wo man, wie die Experten annehmen, bruchlos zur Historisierung der DDR übergehen kann? Ist geklärt, was Menschen in der Diktatur gemacht haben, wie sie es gemacht haben, warum sie es gemacht haben? Ist gesagt, wer Opfer, wer Täter, wer Mitläufer waren? Wie groß darf die Diskrepanz zwischen der akademischen Konstruktion einer Expertencrew und eines noch immer ungebrochenen Fortlebens des imaginären Ost-Kollektivs sein? Wo steuert ein solches Aufarbeitungs-Schlachtschiff eigentlich hin, wenn es sich leistet, die historische Hypothek der DDR in der Gegenwart gänzlich unbetrachtet zu lassen? Was machen wir mit hartnäckig schweigenden Schülern und deren Orientierungslosigkeit, mit rapide zunehmender Gewalt, wie erklären wir harschen Politfilz und unmäßig anwachsende Korruption in den ostdeutschen Bundesländern? Und sind nicht eben genau diese Phänomene auch eine Aussage über die Dimension der Härte, mit der ein Staat meinte, seine Bürger vierzig Jahre lang entmündigen zu können? Schlußendlich: Welchen Wert hat ein sich in schönster Selbstreferentialität gerierendes Aufarbeitungskonzept, wenn es nicht dringlich danach fragt, für wen diese ganze plurale Welt der Erinnerung zuallererst gedacht sein sollte?

Das Hearing, das diese Woche zur Neuordnung der DDR-Gedächtnislandschaft im Bundestag stattfand, hat nach siebenstündiger Debatte das Fazit erbracht, daß vorerst kein Paradigmenwechsel in Sachen SED-Diktatur ansteht. Die neuen Narrative sind, wie man nun weiß, die alten. Die DDR darf noch einmal sein, was sie immer war - ein totalitäres Regime, mit unsäglich vielen Opfern. Ob allein das schon reicht, ihr schiefes Erbe tatsächlich auszuloten, dürfte vor allem davon abhängen, ob es der gern maßgebenden westdeutschen Expertenriege gelingt, ihre internalisierten Aufarbeitungsfolien in Sachen Diktatur neu zu fundamentieren. Jede Diktatur hat ihre eigenen Narrationen. Die sind freizulegen. Zuerst mit denen, die in ihr gelebt haben.

08.06.2006 Die Zeit

Evelyn Finger

DDR und kein Ende – Die Opfer des Stalinismus müssen endlich anerkannt werden

08.06.2006 Die Welt

Mariam Lau

Aus Sicht der Opfer – Erinnerung an die SED-Diktatur

Es mag ein bißchen seltsam klingen, aber die Vergangenheitsbewältigung gehört zu den vielen Dingen, auf die man als Deutscher wirklich stolz sein kann. Kein anderes Land, das unter kommunistischer Diktatur gelebt hat, ist so gründlich gegen Rückfälle gefeit wie das wiedervereinigte Deutschland. Weder Italien noch Japan haben sich derart schonungslos mit ihrer faschistischen Vergangenheit oder Kollaboration auseinandergesetzt wie die Bundesrepublik. Vom Irak bis Südafrika bitten uns Länder, ihnen beim Aufbau von Institutionen zu helfen, die das bedrückende Erbe ihrer Gewaltherrschaften für jedermann zugänglich halten, und es ist kein Zufall, daß erste zaghafte Versuche der Türken, sich ihrer Vergangenheit zu stellen, nicht zuletzt auf deutschem Boden stattfinden.

Was die Sabrow-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nun vorgelegt hat, kann es an konzeptioneller Raffinesse, historischer Tiefenschärfe und menschlicher Integrität mit den Kolloquien zum Holocaust-Mahnmal aufnehmen, wenn dieser Vergleich hier gestattet ist. Weil ehemalige Bürgerrechtler, Historiker jeder Provenienz und Mitarbeiter von Gedenkstätten dort auf Augenhöhe miteinander um jedes Wort gerungen haben, ohne sich gegenseitig mundtot machen zu wollen, ist eine echte Arbeitsgrundlage entstanden. Die Vorwürfe, hier handele es sich um politisch motivierte Verharmlosung der SED-Diktatur,

wurden dann übereinstimmend als das charakterisiert, was sie sind: gegenstandslos. Versucht werden soll die Bündelung, Koordination und Professionalisierung der verschiedenen Anstrengungen. Das Engagement ehemaliger Häftlinge ist bewundernswert und ehrenhaft. Es muß aber, schon zu ihrem eigenen Schutz, von den Einrichtungen moderiert werden und kann nicht der Selbsttherapie dienen, schon gar nicht, indem man beispielsweise Schülerinnen probeweise in Zellen einsperrt oder die historische Wahrheit nachbessert (die solche Manipulationen auch gar nicht nötig hat, sie war grauenhaft genug). Für viele dieser Opfer, die zum Teil sehr viel schlechter leben als ehemalige Bedienstete von SED und Staatssicherheit, denen die Bundesrepublik nach jüngster Rechtsprechung Renten in Milliardenhöhe zahlen muß, hängen psychische und materielle Existenz von ihrer Arbeit in den Gedenkstätten ab. Diese Situation ist unwürdig. Man löst sie aber nicht, indem man jede Kritik an der Museumspädagogik mit Drohgebärden oder der Verdächtigung beantwortet, hier wollten lediglich die alten Kader wieder ans Ruder.

Es bleibt ein entscheidender politischer Dissens. Er verbirgt sich hinter der harmlos klingenden Frage, welche Rolle eigentlich der Alltag in der Diktatur bei der Aufarbeitung spielen darf, im Verhältnis zur Darstellung von Repression. Dem ostdeutschen Theologen Richard Schröder fiel auf, daß sich in letzter Zeit in dieser Frage fast nur Westdeutsche geäußert haben. "Wir bewältigen euch eure Vergangenheit", sei das Motto, "wie wir es schon einmal getan haben." Wer nur die Repression zeigen, die DDR nur als Stasi-Land beschreiben will, beraubt nicht zuletzt die Bürgerrechtsbewegung ihrer Geschichte. Der Christ, der in der Kirche blieb, obwohl es ihn die Beförderung kostete, war der Teil des Widerstands? Und was ist mit den Mitgliedern des Demokratischen Aufbruchs - zu denen ja auch die jetzige Bundeskanzlerin zeitweise gehörte -, die recht lange noch an einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus laborierten? Viele Menschen waren auch empfänglich für die "Antifa"-Rhetorik der SED-Oberen. Man weiß heute, daß sie einen Fehler gemacht haben, aber waren sie deshalb alle Stalinisten?

08.06.2006 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Huld und Sühne

Die Erinnerung an die DDR gehört nicht nur dem Ostens

08.06.2006 Süddeutsche Zeitung

Knast und Alltag. Wie soll der DDR gedacht werden? Eine Anhörung in Berlin

08.06.2006 Süddeutsche Zeitung

Plädoyers für einen "Lernort DDR"

08.06.2006 Deutschlandradio - Kulturnachrichten

Lob für Sabrow-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Vergangenheitsbewältigung gehört nach Ansicht der Zeitung 'Die Welt' zu den Dingen, auf die man als Deutscher wirklich stolz sein kann. Das Blatt lobt damit gleichzeitig die bisherige Arbeit der Sabrow-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Weil ehemalige Bürgerrechtler, Historiker und Mitarbeiter von Gedenkstätten auf Augenhöhe miteinander gesprochen hätten, ohne sich gegenseitig mundtot machen zu wollen, sei eine echte Arbeitsgrundlage entstanden. Die Vorwürfe, es handele sich dabei um eine Verharmlosung der SED-Diktatur sei gegenstandslos, schreibt die Zeitung. Von Kulturstaatsminister Bernd Neumann eingeladenen Historiker und Sachverständigen, unter anderem Joachim Gauck, hatten in Berlin zu den Vorschlägen der Sabrow-Kommission Stellung genommen. Diese regt unter anderem an, den DDR-Alltag stärker in die Aufarbeitung einzubeziehen.

08.06.2006 Die Tageszeitung S. 11

Stefan Reinecke

"Das normale unerfreuliche Leben in der DDR"

Die Expertenkommission zur DDR-Geschichte wird scharf kritisiert, weil sie die Diktatur nicht kritisch genug betrachte. Unfug, sagt der Theologe und ehemalige Bürgerrechtler Richard Schröder. Die DDR war mehr als Stasi und Mauer

taz: Herr Schröder, die noch von Rot-Grün berufene Expertenkommission zur DDR-Geschichte ist kritisiert worden, weil sie mehr Darstellung des DDR-Alltags empfiehlt. Ist diese Kritik berechtigt?

Richard Schröder: Nein. Die Debatte ist eine Luftblase. Die Kommission meint den Alltag in der Diktatur, nicht irgendwelche nostalgischen Erinnerungen, wie ihr böswilligerweise unterstellt wird. Und für diesen Alltag gibt es in Berlin in der Tat keine Gedenkorte. Diese Orte sind entweder auf die Stasi oder die Mauer bezogen. Die DDR war aber mehr als Stasi und Mauer.

Sie sehen keine Gefahr, dass die DDR zu hübsch gemalt wird?

Gar nicht. Es geht darum, das normale unerfreuliche Leben in der Diktatur zu betrachten. All die Ambivalenzen, die Situationen von freiwilligem Zwang, denen man ausgesetzt war.

Zum Beispiel?

Wenn man nicht in der Partei war, musste man in die Gewerkschaft eintreten. Es gab, von der Schule angefangen, Unmengen von Formierungen, die verdient haben, dargestellt zu werden. Eine Diktatur besteht nicht aus Helden, Opfern und Opportunisten. Wer das glaubt, versteht nichts. Es gab viele Schattierungen. Die muss man kenntlich machen.

Konservative wie der Historiker Horst Möller kritisieren, dass die gesellschaftlichen Bindekräfte, die die DDR zusammenhielten, ausgebreitet werden, um sie zu legitimieren.

Ja, er behauptet sogar, dass schon die Erkenntnis, dass es diese gesellschaftliche Bindekräfte gab, eine Anerkennung der Diktatur sei - Unfug.

Was hielt die DDR denn zusammen?

Zum Beispiel die Idee, dass doch immerhin der Kapitalismus abgeschafft sei. Oder dass die Nationalsozialisten im Westen seien - was so ja nicht stimmte. Der DDR-Antifaschismus war verlogen, weil er an eine aggressive Haltung gegen Israel gekoppelt war. Aber solche Rechtfertigungen gab es oft. Es waren Lebenslügen - und Bindekräfte an die Verhältnisse. Selbstverständlich muss man solche Bindungen darstellen.

Worin besteht eigentlich der geschichtspolitische Konflikt?

Ich habe den Eindruck, dass dies im Wesentlichen eine Kontroverse zwischen Westdeutschen ist. Da geht es auch um wissenschaftlichen Status und Forschungsgelder.

Aber auch Vertreter von Opferverbänden sehen alte Kader auf dem Vormarsch und die DDR vor neuer Blüte. Deshalb wehren sie sich gegen jede Historisierung.

Die Idee, dass wir uns noch in der Systemauseinandersetzung befinden, halte ich für höchst übertrieben. Tatsache ist, dass es legale Verbände von Ex-Stasi-Leuten gibt. Man kann fragen, warum wir 1989 und 1990 die SED nicht zu einer kriminellen Organisation erklärt haben. Dann gäbe es diese Ex-Stasi-Organisationen heute nicht. Aber das ging damals nicht, weil doch auch SED-Mitglieder mitdemonstriert haben. Damit hätten wir die Oppositionsbewegung gespalten - und das wäre falsch gewesen. Wenn Ex-Stasi-Leute heute, wie geschehen, im Rudel auftreten, dann muss man ihnen entgegentreten. Aber man sollte das nicht überschätzen. Es gab in der Öffentlichkeit doch niemand, der gesagt hat: Naja, ein bisschen Recht haben die Stasi-Leute ja. Im Gegenteil.

Wo sehen Sie denn Lücken im kollektiven Gedächtnis in Bezug auf die DDR? Was fehlt?

Das ist in West und Ost sehr verschieden. Es ist ebenso schwierig wie nötig, Westdeutschen, die die Freiheit für selbstverständlich halten, klar zu machen, wie es sich in einer Diktatur lebt. Dafür kann ein Film wie "Das Leben der Anderen" mehr leisten als eine Gedenkstätte. Im Osten hört man hingegen oft "Immerhin gab es damals keine Arbeitslosigkeit". Das ist die

Gesinnung eines Knechtes: Wozu brauche ich Freiheit, wenn ich wohl versorgt bin? Das ist ein Teil der Ostalgie, die es allerdings in allen ex-realistischen Ländern gibt.

Glauben Sie, dass ein Mahnmal in Berlin für die Opfer der SED ein richtiges Symbol wäre, um dem entgegenzuwirken?

Ach, ich habe nichts dagegen. Aber ich habe den Eindruck, wenn es um Geschichte geht, fällt uns außer Opfergedenken nicht viel ein. Wie wäre es mal mit einem Denkmal für die deutsche Einheit? Auf was Fröhliches kommt in Deutschland niemand. Offenbar sind uns angenehme Tatsachen unangenehm. Die Einheit passt halt nicht in unser schwarz gestimmtes Erinnerungsbild. Scheinbar gilt: Der edle Deutsche zeigt sich darin, dass er vor allem ein Opfergedenker ist.

08.06.2006 die tageszeitung

Stefan Reinecke

Die neue Vernünftigkeit

Bundestags-Anhörung zur DDR-Geschichte: Ex-Bürgerrechtler und Historiker wollen mehr DDR-Alltag zeigen. Rechte Kritiker des Konzepts gingen argumentativ unter

Anfang Mai hat eine aus Ex-Bürgerrechtlern und Zeithistorikern bestehende Expertenkommission ein Konzept für DDR-Gedenkstätten vorgelegt (taz vom 12. 5.). Sie empfiehlt den Blick zu weiten und jenseits der Stasi-Fixierung auch den Alltag in der Diktatur zu betrachten. Dies hatten rechte Historiker und die Leiter der Stasi-Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße heftig attackiert. Bei der Vorstellung des Konzepts hatte zudem Hermann Schäfer, rechte Hand des Kulturstaatsministers Bernd Neumann (CDU), die Kommission schroff angegriffen. Hauptvorwurf: Verharmlosung der DDR. Vorgestern trafen die Kontrahenten bei einem Hearing aufeinander.

Der konservative Historiker Horst Möller, Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte, begann mit einem Frontalangriff. Die Kommission sei einseitig zusammengesetzt - wobei sich der leise Verdacht einstellte, dass er für sich und nicht liberale Historiker wie Klaus-Dietmar Henke oder Martin Sabrow ebenfalls einen Platz in der Kommission beansprucht. "Typisch für die DDR war die Stasi, nicht die Kinderkrippe", so Möller, der sich in den Schützengräben des Kalten Krieges offenbar häuslich eingerichtet hat. Die Ex-Bürgerrechtlerin und Kommissionsmitglied Ulrike Poppe konterte zutreffend, dass gerade die bis in die Krippen reichende Durchherrschaft des Alltags typisch für die DDR war. Und die Frage vieler Eltern, ob sie ihren Kinder diese Krippen zumuten konnten.

Doch bemerkenswerterweise spielten ideologische Verhärtungen à la Möller in der Debatte keine Rolle. Das lag wohl auch daran, dass Hubertus Knabe, umstrittener Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen, und Jörg Drieselmann von der Gedenkstätte Normannenstraße zwar eingeladen, aber nicht erschienen waren. Den vernünftigen Ton gaben die Statements von Reinhard Rürup, Richard Schröder und Joachim Gauck vor. Rürup empfahl, die Geschichte der NS-Gedenkstätten zum Vorbild zu nehmen. Auch dort habe es einen Übergang von eher privaten zu staatlichen Gedenkinstitutionen gegeben. Joachim Gauck betonte die Rolle des Alltags. "Die normale Anpassungsleistung des DDR-Bürgers begann nicht vis-a-vis des Stasi-Offiziers", so Gauck. Richard Schröder erklärte pädagogisch in Richtung Opferverbände, dass "Historisierung nichts Böses, sondern etwas Natürliches ist". Das Fazit? Klaus-Dietmar Henke meinte zur taz, das Hearing habe gezeigt, wie schwach "die Polemik gegen eine kritische Historisierung der DDR" sei. Unklar ist allerdings trotz dieses Sieges an der Diskursfront, was aus den Empfehlungen der Kommission wird. Das Duo Neumann/Schäfer scheint entschlossen, die Kommission weiter für ein unliebsames rot-grünes Erbe zu halten. Der Kulturausschuss des Bundestages wird sich Ende Juni mit den Empfehlungen befassen. Anfang 2007 soll ein Gedenkstättenkonzept für die NS- und die DDR-Zeit vorliegen. Trotz kleinteiliger parteipolitischer Scharmützel ist die Chance für ein vernünftiges Konzept noch nicht vertan.

07.06.2006 Neues Deutschland

Historiker für zentrales DDR-Denkmal

Berlin (ND). Der Berliner Historiker und ehemalige wissenschaftliche Leiter der Stiftung »Topographie des Terrors«, Reinhard Rürup, hat ein zentrales Mahnmal für die Opfer der DDR in der Mitte Berlins vorgeschlagen. Bei einer Anhörung in Berlin stieß der Vorstoß gestern auf Zustimmung. Ein solcher Gedenkort dürfe aber nicht zu nah am Holocaust-Mahnmal und am Standort für das Denkmal für die von den Nazis ermordeten Roma stehen, so Rürup.

Die von Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) eingeladenen Historiker und Sachverständigen hatten zum Votum der Kommission zur künftigen DDR-Aufarbeitung Stellung bezogen. Neben Rürup sprachen gestern unter anderem auch der Theologe Richard Schröder und der Ex-Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck. Der Vorschlag der Kommission hatte vor drei Wochen ein geteiltes Echo ausgelöst.

07.06.06 Berliner Zeitung

Renate Oschlies

Von Fahnenappell bis Kadersystem. Nun doch auch Zustimmung zu DDR-Aufarbeitungskonzept

BERLIN. Am Nachmittag war der Historiker Martin Sabrow sichtlich erleichtert: "Es scheint, wir sind aus den frisch ausgehobenen Schützengräben wieder heraus", sagte der Vorsitzende der Expertenkommission für ein Konzept zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Danach sah es noch am Morgen gar nicht aus. Die Kommission sei völlig fehlbesetzt, rüffelte eingangs der Historiker Horst Möller vom Institut für Zeitgeschichte München. Die vorgeschlagene Aufarbeitung mit dem Schwerpunkt DDR-Alltag könne "nicht funktionieren", es drohe ein weichgespültes DDR-Bild, in dem "die Kinderkrippen als charakteristischer als die Stasi" dargestellt würden, sagte er auf einem Hearing, zu dem die Expertenkommission und der Kulturstaatsminister Bernd Neumann gestern weitere Sachverständige, Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen eingeladen hatten.

Dem Mitte Mai vorgelegten und seitdem heftig umstrittenen Konzept fehle "das der Sache gebotene Pathos", kritisierte der Historiker Reinhard Rürup. Er schlug einen Gedenkort für die Opfer der SED-Diktatur in Berlins Mitte vor, was auf allgemeine Zustimmung stieß. Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin lehnte die Gliederung in drei Themensäulen ab und sprach sogar vom "Verdacht des institutionellen Lobbyismus" einzelner Kommissionsmitglieder. Diese Stimmung kippte, als die Theologen der erweiterten Expertenrunde an der Reihe waren. Sie entkräfteten Befürchtungen, die stärkere Zuwendung zum DDR-Alltag könnte die SED-Diktatur verharmlosen. Richard Schröder und der frühere Beauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, nannten gleich etwa zwei Dutzend Alltagsaspekte, die alles andere als geeignet wären, "der DDR Sympathien anzudichten, die sie nicht hatte", wie Schröder sagte. Als Beispiele nannte er die Rolle der Kirchen in der DDR oder die "NS-Verstrickung peinlich vieler SED-Funktionäre". Er warnte vor einer "Besserwessirei" bei der DDR-Aufarbeitung. Es seien viele Westdeutsche unterwegs, die nie in einer Diktatur gelebt hätten, aber anböten: "Wir bewältigen Eure DDR-Diktatur ebenso gut, wie wir die NS-Diktatur unserer Väter bewältigt haben."

Gauck berichtete von Vortragsreisen in den Westen Deutschlands. "Ich spreche da kaum noch von Stasi, ich bringe den Westlern die Osis nahe: Ich schildere ihnen Schule, Pioniere, Fahnenappell, Anpassung am Arbeitsplatz, im Wohnumfeld, das Kadersystem - und schon läuft es allen eiskalt über den Rücken." Da begriffen die Leute auch ohne Stasi, wie Diktatur funktioniere. Die DDR wäre selbst ohne Stasi "ein Irrweg der Geschichte gewesen, da ihr Gewaltenteilung und demokratische Freiheiten und Rechte fehlten".

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier hielt dagegen. Sie erlebe, wie alte DDR-Eliten, besonders unter den Lehrern, sich wieder positionierten "und einen Kampf um die Deutungshoheit über die DDR führen", sagte sie. Das vorgelegte Konzept reiche nicht aus, um die junge Generation gegen diese Ostalgie zu wappnen. Am Ende fanden die meisten das vorgelegte Konzept gar nicht so schlecht, und Martin Sabrow meinte, gerade "eine Sternstunde der Aufarbeitung" erlebt zu haben.

07.06.06 Frankfurter Rundschau S. 3

Karl-Heinz Baum

Erforschung der DDR-Vergangenheit. Wirklichkeit der Diktatur

Martin Sabrow wählte große Worte. "Wir kommen heraus aus den Schützengräben", sagte der Vorsitzende der Kommission zur Schaffung eines DDR-Geschichtsverbundes, die die Bundesregierung berufen hatte: "Das ist eine Sternstunde für die Aufarbeitung der SED-Diktatur." Vielleicht waren das der großen Worte bei der Anhörung des Kulturausschusses des Bundestags doch zuviel. Doch nicht noch einmal sollte man der Kommission "Mangel an Pathos bei dieser nationalen Aufgabe" vorwerfen.

Vor drei Wochen hatte das Gremium öffentlich seine Vorstellungen darüber dargelegt, wie denn mit der DDR künftig umgegangen werden sollte. Es hagelte Kritik. Die Kommission wolle "ein Aufarbeitungskombinat" schaffen; der Diktatur-Charakter der DDR solle unter den Teppich gekehrt werden; die DDR-Opfer kämen zu kurz; die bisherige Forschung sei nicht genügend berücksichtigt, die DDR sei als Ganzes zu sehen und dürfe nicht in die drei Säulen "Grenze und Teilung", "Staatssicherheit" und "Gesellschaft, Herrschaft, Widerstand" aufgefächert werden, befanden die Kritiker.

Joachim Gauck und Richard Schröder, die beiden ostdeutschen Theologen und früheren Vordenker der DDR-Opposition, bemühten sich wieder einmal darum, die Debatte ins rechte Licht zu rücken. Gauck leitete nach der Wende bis zum Jahr 2000 die Behörde für die Stasi-Unterlagen, Schröder war Fraktionsvorsitzender der SPD in der erstmals frei gewählten Volkskammer der DDR.

Plädoyer für ein Ende des Streits

Gauck mahnte das Ende des fruchtlosen Streits an. Statt Kritik habe die Kommission Dank verdient. Niemand wolle die DDR-Geschichte teilen und die Teile voneinander abschotten. Die Säulen seien "Einfallstore", die Fernstehenden den Zugang zur DDR in ihrer ganzen Schrecklichkeit ermöglichen sollten. Bei seinen vielen Vorträgen in Deutschlands Westen rede er seit sechs, sieben Jahren nicht mehr von der Stasi. Er erzähle vom Sechsjährigen, der in die Schule komme, von der von ihm erwarteten Disziplin, dass er Rechnen mit Panzern lerne, in die staatliche Jugendorganisation FDJ eintreten solle und dafür ein Halstuch bekomme. Oder auch davon, dass jemand an der Haustür klinge und ihn auffordere, am 1. Mai die DDR-Fahne herauszuhängen. "Sie sind der Einzige, der sich weigert, unser Haus zu schmücken", habe nicht nur er sich anhören müssen. Menschen ohne Diktatur-Erfahrung laufe es da kalt den Rücken herunter, sagte Gauck. Der Staat der Ostdeutschen sei sicherlich "auch ohne Staatssicherheit ein Irrweg" gewesen.

Für Richard Schröder geht es heute darum, Nachwachsenden und der großen Mehrheit der Westdeutschen, die die SED-Herrschaft nur von nebenan kennen, die Wirklichkeit der Diktatur zu vermitteln. Da habe es nicht nur Widerstand gegeben, sondern viele, manchmal peinliche Grautöne. Die Kirche sei weder Hort des Widerstands noch der Anpassung gewesen, sie hätte aber widersprochen. Manche seien in die DDR-CDU eingetreten, um nicht in die SED einzutreten, kein Widerstand, keine Anpassung. "Das Wichtigste für uns war doch, nicht im Gefängnis zu landen." Schröder empfahl Historikern auf Osteuropa zu schauen, da gebe es heute ähnliche Entwicklungen wie in den neuen Ländern. Die westdeutsche Mentalität sei doch nicht das Maß aller Dinge. Zudem meinten zu viele Westdeutsche, sie hätten mit ihrer Zivilcourage schon für das Ende der DDR gesorgt.

Manfred Krugs Rechnungen

Vielleicht sollte Schröder an den früheren DDR-Schauspieler Manfred Krug erinnern. Der sagte 1978, ein Jahr, nachdem er in den Westen "abgehauen" war, auf die Frage, ob sich die Westdeutschen nicht total von Ostdeutschen unterschieden: "Genau da habe ich mich getäuscht." Packe man je 16 Millionen Ostdeutsche und Westdeutsche in je einen Sack und schütte sie auf der anderen Seite aus, hätten Menschen wie Systeme sechs Wochen Anpassungsschwierigkeiten.

Bürgerrechtlerin Freya Klier, selbst Kommissionsmitglied, warf Gauck und Schröder vor, die Wirklichkeit falsch zu sehen. Die vorgeschlagenen Schritte zur Darstellung der SED-Diktatur reichten nicht aus. Zum Ende der DDR sei verpasst worden, SED-hörige Lehrer aus den Schulen zu entfernen. Sie und einstige Unterstützer des Systems kämpften um die Deutungshoheit bei den Nachwachsenden.

Historiker Reinhard Rürup unterstützte die Forderung der Kommission nach einem Erinnerungsort DDR. Der müsse in Berlins Mitte sein.

Sein Kollege Historiker Manfred Wilke warnte die Kommission vor Fehlinterpretationen der Symbolik jener Epochenwende. Nicht die Staatssicherheit sei Symbol der friedlichen Revolution, sondern der deutsche Bastillesturm vom 9. November 1989.

Zum "Mangel an Pathos" befand Kommissionsmitglied Klaus Dietmar Henke, DDR-Historikern stehe es gut an, wie ihre Kollegen, die sich mit der NS-Zeit befassten, mit dem "Pathos der Nüchternheit" zu arbeiten.

07.06.2006 Die Welt

Sven Felix Kellerhoff

"Die Stasi war charakteristischer als die Kinderkrippen" – Bei einer Anhörung zum DDR-Gedenken sorgen die Vorschläge der Experten-Kommission für wenig Aufregung - nur die Stasi-Gedenkstätten fürchten um ihre Eigenständigkeit

So sinnfällig ist der Anhörungssaal im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages wohl noch nie genutzt worden: Rund 200 Experten versammelten sich gestern hier, um über das künftige Gedenken an die SED-Diktatur zu diskutieren. Und durch die raumhohe Verglasung zur Spree hin hatten sie immer die sieben weißen Stahlkreuze im Blick, die am anderen Flußufer an sieben der mindestens 152 Toten erinnern, die an der Berliner Mauer ihr Leben verloren.

Die Kommission und ihr vor drei Wochen vorgestelltes Gutachten hatten viel Gegenwind bekommen. Als "Weichspülerei" der SED-Diktatur und als "staatlich verordnete Ostalgie" wurden die Empfehlungen kritisiert; Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) machte aus seiner Unzufriedenheit kaum einen Hehl. Gestern nun fand das lang geplante Hearing mit Fachleuten und Betroffenen statt. Dabei wurden klare Konfrontationen deutlich, aber auch Ausblicke auf eine mögliche Einigung.

Das Gutachten schlägt eine Neuordnung des Gedenkens an die SED-Diktatur in drei Säulen vor. Neben die "Mauer und Grenze" sowie "Überwachung und Verfolgung" soll ein dritter "Kristallisationspunkt" treten, über "Herrschaft, Gesellschaft, Widerstand". Dagegen richtete sich die meiste Kritik, weil die vorgesehene Konzentration auf "Alltag in der Diktatur" das SED-Unrecht relativieren könnte.

Kommissions-Chef Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, machte selbst deutlich, daß die Empfehlungen kein "Schlußstein, sondern nur ein Baustein" des künftigen Gedenkens an die SED-Diktatur sein könne. Dem widersprach keiner der geladenen externen Fachleute. Ebenso bestand bald Einigkeit, daß die teilweise aufgeregten Berichte in den Medien übertrieben gewesen seien - zum Beispiel die Behauptung, die Kommission wolle die Birtler-Behörde "radikal abbauen". Beinahe unisono redeten Kommissionsmitglieder und Gäste einer "Versachlichung" der Debatte das Wort - und hielten sich im wesentlichen selbst daran.

Dennoch ertränkten sie die Debatte nicht in Konsens-Soße. Spitz kritisierte etwa Horst Möller, Chef des Instituts für Zeitgeschichte in München und Berlin, die Bildung von drei Kristallisationspunkten als "fragwürdig". Den neu zu schaffenden Komplex über Gesellschaft und Alltag hielt er für überbewertet: "Der Staatssicherheitsdienst war charakteristischer für die DDR als die Kinderkrippen". Möllers Forschungsinstitut betreibt selbst am Obersalzberg, Hitlers einstiger Alpenresidenz, eine Dokumentation, in der die inszenierte Bergidylle beschrieben wird, ohne die Verbrechen des Dritten Reiches zu unterschlagen.

Auch Manfred Wilke vom SED-Forschungsverbund der Freien Universität Berlin betonte, daß die Stasi-Hinterlassenschaften Hohenschönhausen und Normannenstraße die "zentralen Kommunikations-Orte" des Gedenkens an das SED-Unrecht sein sollten. Eine Verlagerung hin zum "Alltag in der Diktatur" lehnte Wilke ab. Und er ging noch weiter: Die Stasi sei nicht die "Voraussetzung" der Diktatur gewesen, wie die Kommission schreibt, sondern "nur ihr Werkzeug" - "Voraussetzung war doch wohl der Kommunismus".

Solcher Kritik wollten sich andere Experten nicht anschließen. Reinhard Rürup, Historiker und Gedenkstätten-Experte, lobte die Empfehlungen, betonte aber, das Gedenken an die SED-Diktatur müssen "eine nationale, eine hauptstädtische Aufgabe werden". Dafür sei ein Gedenkort in der Mitte Berlins nötig, aber nicht zu nahe am Holocaust-Mahnmal.

Richard Schröder (SPD) und Joachim Gauck schließlich verteidigten aus der Sicht ehemaliger DDR-"Staatsinsassen" (Gauck) die Verschiebung hin zum Alltag in der Diktatur: "Natürlich war die Repression das Eigentliche, aber sie war nicht alles", so der ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Schröder legte Wert auf das letzte Jahr der DDR, 1990, und fragte rhetorisch: "Haben wir denn Berührungspunkte vor den angenehmen Tatsachen unserer Vergangenheit?"

Unzufrieden mit der Anhörung zeigten sich dagegen die Vertreter der Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße; sie befürchteten eine Zentralisierung. Hier besteht sicher weiter Beratungsbedarf. Langfristig dürfte das Ergebnis der Expertenkommission wohl eine neue Dokumentation über "Alltag in der Diktatur" sein, die freilich nichts am Vorrang von Repression und Verfolgung im Gedenken an die SED-Diktatur ändert. Das, so war am Rande der Anhörung zu hören, wäre eine sowohl sachgerechte wie kompromißfähige Lösung.

07.06.2006 Berliner Morgenpost

Sven Felix Kellerhoff

Gedenken in Mitte für SED-Opfer. Genauer Standort steht noch nicht fest

Berlin - In Mitte soll ein Gedenkort für die Opfer der SED-Diktatur eingerichtet werden. Darin waren sich gestern bei einer Anhörung im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages praktisch alle Experten einig. Reinhard Rürup, Historiker und Gedenkstätten-Experte, betonte aber, das Gedenken müsse "eine nationale, eine hauptstädtische Aufgabe werden". Allerdings solle ein solcher Ort nicht zu nahe am Holocaust-Mahnmal und den anderen Denkmälern für die ermordeten Sinti und Roma sowie die homosexuellen NS-Opfer eingerichtet werden.

Gegenstand der Anhörung waren die Empfehlungen einer Kommission, die Mitte Mai vorgestellt worden waren. Sie hatten viel Kritik hervorgerufen, weil sie den DDR-Alltag zu stark betonen wollten. Kommissionschef Martin Sabrow, Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, machte gestern selbst deutlich, daß die Empfehlungen kein "Schlußstein, sondern nur ein Baustein" des künftigen Gedenkens an die SED-Diktatur sein könnten. Bei der Aussprache blieb von der teilweise aufgeregten Kritik wenig übrig. Lediglich die Stasi-Gedenkstätten Hohenschönhausen und Normannenstraße blieben bei ihrer strikten Ablehnung der Empfehlungen. Ebenfalls sehr kritisch zeigten sich Horst Möller vom Institut für Zeitgeschichte in München und Berlin sowie Manfred Wilke vom Forschungsverbund SED-Staat. Beide betonten, Mittelpunkt jedes Gedenkens an die SED-Diktatur müsse die Stasi als Instanz der Repression bleiben. Möller hielt den neu zu

schaffenden Komplex über Gesellschaft und Alltag für überbewertet: "Der Staatssicherheitsdienst war charakteristischer für die DDR als die Kinderkrippen!" Aus der Sicht ehemaliger DDR-"Staatsinsassen" (Joachim Gauck) verteidigten der ehemalige Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen sowie Richard Schröder (SPD) allerdings die vorgeschlagene Verschiebung hin zum Alltag in der Diktatur: "Natürlich war die Repression das Eigentliche, aber sie war nicht alles", so Gauck. Auf diese Weise sei die DDR nicht zu verstehen.

Langfristig dürfte das Ergebnis der Expertenkommission wohl eine neue Dokumentation über "Alltag in der Diktatur" sein, die freilich nichts am Vorrang von Repression und Verfolgung im Gedenken an die SED-Diktatur ändert. Das, so war am Rande der Anhörung zu hören, wäre eine sowohl sachgerechte wie kompromißfähige Lösung.

07.06.2006 Neues Deutschland S. 2

Tom Strohschneider

Das wahre Aufarbeitungskombinat. Hauptsache Diktatur: Experten diskutierten Vorschläge zum Umgang mit der DDR-Geschichte

Mitte Mai legte eine Historiker-Kommission Vorschläge zur Neukonzeption der »Aufarbeitung der SED-Diktatur« in der Bundesrepublik vor. Die Diskussion über die Empfehlungen war heftig. Gestern nahmen bei einer Anhörung in Berlin noch einmal Experten Stellung.

Dem Potsdamer Historiker Martin Sabrow war die Anspannung zu Beginn der Anhörung anzumerken. Die von ihm geleitete Kommission habe mit den Mitte Mai veröffentlichten Vorschlägen zwar eine Debatte über die DDR-Aufarbeitung entfachen wollen. Dass es dabei so heftig zugehen würde, sei der Expertenrunde dann aber doch nicht immer lieb gewesen.

Kein Wunder, mussten Sabrow und die neun weiteren Mitglieder der Kommission doch ordentlich Kritik wegstecken. Ihr Votum würde zu einer Verharmlosung des DDR-Bildes beitragen, die Vorschläge liefen auf ein zentralistisches »Aufarbeitungskombinat« (Hubertus Knabe) hinaus. Vor allem die Betonung von Alltagsgeschichte und jenen »Bindungskräften«, die auch jenseits von Stasi und Mauer »zur relativen Stabilität der diktatorisch verfassten Gesellschaft beigetragen haben«, hatte es der Kritik angetan.

Dass es dabei immer auch um die Eigeninteressen von Instituten bzw. wissenschaftlichen Strömungen geht, mithin der Streit auch einer um Personal und Fördermittel ist, bestreitet niemand – sondern jeder wirft es der anderen Seite vor.

Horst Möller, Chef des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, beschwerte sich gestern beispielsweise langatmig über die Zusammensetzung der Kommission. In der hätten weder sein Institut noch der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin noch das Dresdner Hannah-Arendt-Institut – allesamt die Totalitarismustheorie befürwortende Einrichtungen – Vertreter entsandt. Das Votum der Sabrow-Kommission, so Möller, habe also geschichtspolitische Schlagseite.

Nach der gestrigen Anhörung fragt man sich jedoch, worin diese bestehen soll. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup, sozusagen der offizielle Gegenspieler von Möller, begrüßte zwar im Gegensatz zu diesem das Kommissionspapier. Doch auch Rürup nennt die DDR totalitär. Manfred Wilke vom besagten Forschungsverbund SED-Staat mühte sich, noch einmal die Mär vom Paradigmenwechsel in der DDR-Betrachtung aufzurichten. Von einem solchen Ansinnen hatte aber nicht einmal der Ex-Stasiunterlagen-Chef Joachim Gauck etwas mitbekommen, weshalb er nach einigen Seitenhieben gegen »ewig gestrige rote Reaktionäre« dafür plädierte, jetzt nicht in einen Glaubenskrieg zu verfallen.

Warum auch. Als Diktatur wird die DDR von allen beteiligten Experten angesehen. Man könnte fast sagen: Wie in einem zentralistischen Aufarbeitungskombinat. Auch im Streit um den DDR-Alltag geht es eher um Detailfragen wie der, welches Gewicht

»diktatorspezifische« Alltagserfahrungen in den Aufarbeitungsplänen der Kommission erhalten und welches »diktaturunspezifische«.

Gibt es also gar keine Differenzen unter den Experten? Doch. Aber für die Debatte darüber, was die DDR war und was ihr Erbe heute bedeutet, erscheint es nur am Rande interessant zu sein, ob das von der Kommission vorgesehene Drei-Säulen-Modell methodische Schwächen hat. Oder ob ein Geschichtsverbund nun eine den Zentralismus befördernde Idee ist oder nicht und was es mit den integrierten Konzepten der Geschichtsaufarbeitung zu tun hat. Diese Fragen werden später unter dem Gesichtspunkt der politischen und finanziellen Machbarkeit entschieden – allerdings nicht von den Historikern.

Vielleicht hat sich im Kreis jener Experten, die das Personal der DDR-Aufarbeitung stellen, deshalb auch eine eigenartige Betriebsblindheit eingestellt. Ulrike Poppe etwa, Ex-Bürgerrechtlerin in der Sabrow-Kommission, glaubte gestern bereits nach zwei Stunden, die Anhörung habe »die gesamte Debatte der letzten Wochen abgebildet«. Wie kann das sein, wo doch eine die DDR im Prinzip verteidigende Position, die man ja keineswegs begrüßen muss, durch keinen ihrer Experten vertreten war?

Es war der ostdeutsche Theologe Richard Schröder, der bei der Anhörung am Dienstag noch am ehesten eine Lanze für eine differenzierte Sicht auf die DDR brach. Was war derjenige, fragte Schröder, der als kirchlicher Mensch Nachteile in Kauf nahm, aber trotzdem nichts für den Sturz der SED unternommen habe? Ohne ein Denken jenseits schematischer Kategorien, in denen es nur Opfer und Täter bzw. nur Diktatur und Widerstand gibt, wird kein noch so gutes Aufarbeitungskonzept diese Frage beantworten können.

07.06.2006 Sächsische Zeitung

Berlin/dpa

Ein „Lernort DDR“ soll entstehen

Geschichte. Experten plädieren für einen zentralen Erinnerungsort zu Diktaturerfahrungen.

Berlin. Die Idee eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes zur alltäglichen Diktaturerfahrung in der DDR hat gestern bei einer Anhörung im Bundestag in Berlin prominente Befürworter gefunden.

Für einen zentralen Erinnerungsort mitten in Berlin plädierten neben anderen der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, und der Berliner Historiker Reinhard Rürup. Auch der Berliner Theologe und einstige SPD-Fraktionschef in der letzten DDR-Volkskammer, Richard Schröder, sprach sich dafür aus, dem DDR-Alltag zwischen Anpassung und Widerstand in der Öffentlichkeit mehr Gewicht zu geben.

Der Vorschlag der Experten-Kommission zur künftigen Aufarbeitung der SED-Diktatur stieß aber auch auf Kritik. Der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Horst Möller, sah im Kommissionsbericht keine ausreichende Grundlage für die weitere Planung der Gedenkstättenarbeit. Er hielt dem Gremium ungenügende Analysen und überzogene Kritik an bestehenden Gedenkstätten vor.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten forderte, Bautzen müsse eine zentrale Rolle bei der Erinnerung an die DDR-Diktatur spielen. Der Ort sei bis heute ein Synonym für Repression in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Hintergrund sind Überlegungen, die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße und das Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen zu einem Dokumentationszentrum „Diktatur und Geheimpolizei“ zu vereinen.

Die im vergangenen Jahr vom Kanzleramt eingesetzte Kommission unter Vorsitz des Potsdamer Zeithistorikers Martin Sabrow hatte vor drei Wochen Vorschläge für eine Reform der Vielzahl von Gedenk- und Dokumentationsstätten zur SED-Diktatur vorgelegt. Sie sollten die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes von Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung zum Ziel haben. Nicht erwünscht waren neue Institutionen,

Mehrkosten und Gesetzesänderungen. Bis Jahresende will Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) unter Berücksichtigung der Empfehlungen ein Konzept vorlegen, wie sich der Bund künftig bei der historisch-politischen Aufarbeitung der SED-Diktatur engagiert.

Die Kommission empfiehlt die Schaffung eines Verbundes mit den drei Kernbereichen „Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand“, „Überwachung und Verfolgung“ sowie „Teilung und Grenze“. Im ersten, dem Alltag in der DDR gewidmeten Bereich soll im Herzen der Hauptstadt ein „Forum Aufarbeitung“ eingerichtet werden.

06.06.2006 Mitteldeutsche Zeitung

Berlin/dpa

«Lernort DDR» findet bei Anhörung prominente Unterstützer. Plädoyers für die Idee eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes

Die Idee eines zentralen Lern- und Erinnerungsortes zur alltäglichen Diktaturerfahrung in der DDR hat am Dienstag bei einer Anhörung im Bundestag in Berlin prominente Befürworter gefunden. Für einen zentralen Erinnerungsort mitten in Berlin plädierten neben anderen der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, und der Berliner Historiker Reinhard Rürup. Auch der Berliner Theologe und einstige SPD-Fraktionschef in der letzten DDR-Volkskammer, Richard Schröder, sprach sich dafür aus, dem DDR-Alltag zwischen Anpassung und Widerstand in der öffentlichen Darstellung mehr Gewicht zu geben. Der Vorschlag der Experten-Kommission zur künftigen Aufarbeitung der SED-Diktatur stieß aber ebenso auf Kritik. Der Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Prof. Horst Möller, sah im Kommissionsbericht keine ausreichende Grundlage für die weitere Planung der Gedenkstättenarbeit. Er hielt dem Gremium ungenügende Analysen und überzogene Kritik an bestehenden Gedenkstätten vor.

Die im vergangenen Jahr vom Kanzleramt eingesetzte Kommission unter Vorsitz des Potsdamer Zeithistorikers Martin Sabrow hatte vor drei Wochen Vorschläge für eine Reform der Vielzahl von Gedenk- und Dokumentationsstätten zur SED-Diktatur vorgelegt. Sie sollten die Schaffung eines dezentralen Geschichtsverbundes von Einrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung zum Ziel haben. Nicht erwünscht waren neue Institutionen, Mehrkosten und Gesetzesänderungen. Bis Jahresende will Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) unter Berücksichtigung der Empfehlungen ein Konzept vorlegen, wie sich der Bund künftig bei der historisch-politischen Aufarbeitung der SED-Diktatur engagiert.

Das Experten-Gremium empfiehlt die Schaffung eines Verbundes mit den drei Kernbereichen «Herrschaft-Gesellschaft-Widerstand», «Überwachung und Verfolgung» sowie «Teilung und Grenze». Im ersten, dem Alltag in der DDR gewidmeten Bereich soll im Herzen der Hauptstadt ein «Forum Aufarbeitung» eingerichtet werden.

Der Kommission war teilweise vorgeworfen worden, mit ihrer Hinwendung zum DDR-Alltag die Unterdrückungsgeschichte des zweiten deutschen Staates «weichspülen» zu wollen und die Opfer der SED ins Abseits zu drängen. Sowohl Schröder als auch Rürup und Gauck nannten diesen Vorwurf abwegig.

Er halte die Empfehlungen für gelungen und brauchbar, sagte Schröder. Wer mit Blick auf die DDR nur von Tätern, Widerstand und Opfern spreche, kenne nur die Farben Schwarz und Weiß. Die Wirklichkeit im DDR-Alltag sei aber zu vielschichtig gewesen, um es beim Verweis auf die Gefängnisse zu belassen. «Es gab eine Vielzahl von fatalen Teilidentifikationen mit der DDR, die zum Alltag gehörten. Das muss zur Darstellung kommen.» Ähnlich äußerte sich auch Gauck. Er rief zu einer Versachlichung der Debatte auf, wenn es um den Begriff.

06.06.2006 Deutschlandradio Kultur

Moderation: Jürgen Liebing

"Die Arbeit geht uns vorerst nicht aus".

Marianne Birthler über die Anhörung einer Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes

Zum Thema "Aufarbeitung der SED-Diktatur" gab es heute vor dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien eine Anhörung. Es ging dabei um einen Vorschlag einer Expertenkommission, der so genannten Sabrow-Kommission, benannt nach dem Vorsitzenden, dem Potsdamer Historiker Martin Sabrow. Sie hatte unter anderem einen dezentralen Geschichtsverbund empfohlen, dem die Gedenkstätte Hohenschönhausen und die Stasiunterlagenbehörde angehören sollen.

Über die Expertenanhörung sprach Deutschlandradio Kultur mit Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Lesen Sie hier einen Auszug aus dem Gespräch:

Liebing: Es geht bei diesen Vorschlägen auch um Ihre Behörde. Was wird daraus werden, wenn diese Vorschläge umgesetzt würden?

Birthler: Bis auf weiteres sind keine tiefgreifenden Veränderungen in Sicht, denn die gesetzlichen Aufgaben, nach denen wir arbeiten, die haben sich in absehbarer Zeit noch nicht erledigt. Die Vorschläge der Kommission, zumindest was die Stasiunterlagenbehörde betrifft, beziehen sich auf langfristige Veränderungen. Das wird eines Tages sein, wenn die Nachfrage nach den Akten nicht mehr groß ist. Das ist aber nicht das Thema der nächsten 10 bis 15 Jahre. Für diesen Zeitraum schlägt die Kommission eine Art Verbund vor zum Thema Repression und Geheimpolizei, zu dem die Gedenkstätte Hohenschönhausen, das Haus 1, in dem sich der frühere Sitz von Erich Mielke befand, und wir gehören sollen. Diese Vorschläge haben eine ganz unterschiedliche Resonanz gefunden.

Liebing: Ist die Nachfrage nach Akteneinsicht noch immer groß?

Birthler: Um nur eine Zahl zu nennen von vielen: Allein im Jahr 2005 haben wir 80.000 Anträge auf persönliche Akteneinsicht ins Haus bekommen - die meisten davon Erstanträge. Das war eine Zahl, mit der nie zu rechnen war. Es kommen außerdem noch hinzu die Anträge, die wir aus den Bereichen Forschung und Medien bearbeiten oder Anträge im amtlichen Zusammenhang. Also die Arbeit geht uns vorerst nicht aus - ganz zu schweigen davon, dass die Bestände an Stasi-Akten noch längst nicht vollständig erschlossen sind.